

Anträge

Inhaltsverzeichnis

79/ A010	Restrukturierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	4
79/ A022	Einführung eines Naturschutzgebietes im Nordsteigerwald	6
80/ A012	Liberaler Tierschutz	9
82/ A001	Katastrophenschutz	12
82/ A002	Arzneimittelversorgung	13
82/ A003	WLAN in Obdachlosenhäusern, Frauenhäusern und Clearing-Häusern	14
82/ A004	Genehmigung von Freiflächenphotovoltaik-Anlagen vereinfachen	15
82/ A005	Chancengleichheit herstellen – Regionale Selbstverwaltung stärken!	16
82/ A006	Kommunale Verwaltung vor Cyberangriffen schützen!	25
82/ A007	Tuning für Deutschlands Fahrschulen: Onlinelehre langfristig ermöglichen	26
82/ A008	Beste Bildung für Menschen mit Behinderung	27
82/ A009	Das neue Testament – Digitale Revolution des Erbrechts	28
82/ A010	Behörden digitalisieren, aber richtig.	29
82/ A011	Energiepreis-Krise begegnen: Notwendige Anpassungen im Strommarktdesign	32
82/ A012	Schluss mit Vertuschung: Untersuchungsausschuss zur 2. Stammstrecke	35
82/ A013	Echte Freizügigkeit in Europa wiederherstellen: Grenzkontrollen beenden	36
82/ A014	Recycling ist ein Freiheitskreislauf!	37
82/ A015	Ausbau der Wasserkraft in Bayern	40
82/ A016	Grüne Lunge am Haus: Gebäudebegrünung ausbauen	42
82/ A017	Neuorganisation von Lehrverpflichtungen	43

82/ A018	Den frühen Wurm frisst der Vogel: Schulbeginn auf 9:00 Uhr verschieben	44
82/ A019	Waffenlieferungen an die Ukraine verstärken	45
82/ A020	Eine resiliente, sicherheitspolitische Energiestrategie für Europa	47
82/ A021	Priorität und Rechtssicherheit für Maßnahmen zum Schutz vor Angriffen im Cyberraum	49
82/ A022	Europäische Perspektiven für den Westbalkan	51
82/ A023	Einführung eines Senioren Au-Pairs	53
82/ A024	Ausbau der Wasserkraft - Energie für Bayern	55
82/ A025	Energiepreis-Krise begegnen: Optionen für notwendige Maßnahmen zum aktuellen Strommarktdesign	58
82/ A026	Forderungen der FDP Bayern zum Fachkräftemangel	61
82/ A027	One-Stop-Shop für GmbH-Gründungen	63
82/ A028	Technologie aus der Forschung in die Anwendung bringen – Ausgründungskonzept der FDP Bayern – Hightech als Motor für Innovation und Wachstum	65
82/ A029	Digitalunterricht darf kein reiner Notnagel sein!	69
82/ A030	Psychische Gesundheit ist keine Gesundheit 2. Klasse	70
82/ A031	Digitale Verkehrssteuerung für alle Metropolen in Bayern!	71
82/ A032	Berufliche Bildung - Made in Germany	74
82/ A033	Mittelschulen - teuer verwaltet, schlecht gestaltet	80
82/ A034	Schluss mit Palantir beim BLKA!	83
82/ A035	Kein Steuergeld für chinesische Propaganda!	84
82/ A036	Let's talk about sex-ism	85
82/ A037	Für mehr Durchlässigkeit in unserem Schulsystem	87
82/ A038	Reform des Familienrechts, Unterhalt und Wechselmodell	88

82/ A039	Friedenshindernisse beseitigen - Palästina-Flüchtlinge integrieren	89
82/ A040	Wohlstand sichern, Zuwanderung fördern - Bayrisches Landesprogramm zur Gewinnung ausländischer Auszubildender	90
82/ A041	High oder nicht high? Das ist hier die Frage!	92
82/ A042	Lehrerversorgung sichern: Attraktivität des Berufs steigern und Quer- und Seiteneinsteiger als wertvolle Unterstützung für Schulen verstehen	98
82/ A043	Foodwaste vermeiden – den mündigen Verbraucher stärken	101
82/ A044	Schluss mit der (abgeschwächten) Unendlichkeitshaft!	103
82/ A045	Bis zur StPO und nicht weiter!	104
82/ A046	Sweet Dreams (Are Made Of Bildungsgerechtigkeit)	106
82/ A047	End Endometriose	109
82/ A048	Wohlstand fördern, Chancen geben - Bayrisches Landesprogramm zur Gewinnung ausländische Arbeitskräfte	113
82/ A049	Von der Pandemie zur Endemie	115
82/ A050	Digitale Bildung ganzheitlich und nachhaltig denken	117
82/ A051	Trennung von Kirche und Staat endlich konsequent umsetzen	119
82/ A052	Damit die eigenen vier Wände wieder sicher sind	122
82/ A053	Der Schutz Israels ist deutsche Staatsräson.	129
82/ A054	Friedliches Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen und Religionen in der BRD	130
82/ A055	Jährliche Anpassung des unpfändbaren Arbeitseinkommens und des Freibetrags auf Pfändungsschutzkonten (Grundfreibetrag).	132
82/ S001	§ 33 Abs. 2 Landesfachausschüsse (Anzahl der Vertreter)	133

Antrag 79/A010: Restrukturierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Antragsteller*in:	LFA Medien, Landesvorstand
-------------------	----------------------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die FDP Bayern fordert eine Struktur-, Finanz- und Programmreform des öffentlich-
- 2 rechtlichen Rundfunks. Ziel ist es innerhalb von 5 Jahren, den Rundfunkbeitrag um 50%
- 3 zu verringern und den Informationsanteil um 50% zu erhöhen. Die FDP fordert eine
- 4 Konzentration auf den Bildungs-, Informations- und Kulturauftrag.

Begründung

Der Inhalt des aktuellen Antrags entspricht der über 5 Jahre entwickelten Position der FDP Bayern vor dem letzten Landesparteitag. Leider wurde diese Position durch einen Antrag ganz am Ende des letzten Parteitages (mit nur wenigen verbliebenen Delegierten) wieder stark verwässert, so dass die FDP Bayern heute nicht mehr Vorreiter der FDP in der Medienpolitik ist.

Dies trotz der Situation, dass unsere jetzt ältere Position nach Jahren interner Arbeit dann auch weitgehend als Position durch die Bundespartei übernommen wurde. Dies mündete darin, dass die Fraktion der FDP im Bundestag (Verteidigt durch unseren MdB Thomas Hacker) am 17.10. (Tag des Ablaufs der Einreichungsfrist für den Landesparteitag) folgenden Antrag gestellt hat:

Die FDP will, dass sich die Bundesregierung bei den Ländern dafür einsetzt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch Konzentration auf den Kernauftrag ein Vollprogramm mit unverzichtbaren Inhalten erbringt, um so den Public-Value (öffentlichen Wert) des öffentlich-rechtlichen Rundfunks noch deutlicher herauszustellen. Die Programmschwerpunkte sollten auf die Bereiche Bildung, Information, Beratung und Kultur gelegt werden.

Auch sollte der öffentlich-rechtliche Rundfunk die zum Funktionsauftrag gehörende Unterhaltung dahingehend konkretisieren, dass Unterhaltungsformate im Hörfunk wie im Fernsehen vornehmlich der Vermittlung von Bildung, Information, Kultur und Beratung dienen. (vom/hau/17.10.2019).

Unser Antrag für die alte/neue Position der FDP Bayern geht weiter. Wir fordern eine Konzentration auf den Bildungs-, Informations- und Kulturauftrag und eine Reduzierung des Rundfunkbeitrags und das alles in einem klar definierten Zeitraum und in einer klar definierten Höhe.

Wir sehen dass hierfür auch eine Neudefinition/deutliche Beschränkung des Auftrags nötig ist, eben ohne die Genres Unterhaltung und Sport, soweit Inhalte nicht auch massgeblich Information, Bildung und Kultur mit anbieten.

Wir glauben an den Sinn und Zweck des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einer Demokratie. Im Gegensatz zu anderen Parteien wollen wir das Duale System mit privaten und öffentlich-rechtlichen Sender erhalten und zukunftsfähig machen. Wir sind überzeugt mit der von uns

gewünschten Genrebeschränkung, verbunden mit einer Reduktion der aktuell über 8 Mrd. liegenden Kosten auf 4 Mrd. mehrere Ziele gleichzeitig zu erreichen.

Wir wollen nicht in die Programmhoheit der öf. Sender eingreifen und damit Politikferne bewahren. Deshalb bleiben wir bewusst allgemein und fordern z.B. keine Abschaltung von einzelnen Programmen oder Ähnliches, obwohl wir dazu Vorschläge anbieten könnten.

Wir sind davon überzeugt, dass die Intendanten mit diesen beiden Vorgaben selbständig die kostenträchtigen Bereiche Unterhaltung und Sport entsprechend reduzieren und die Bereiche Information, Bildung und Kultur entsprechend ausbauen können.

Weiterhin sind wir davon überzeugt, dass durch die Neuorientierung und Kostenreduktion die zunehmend schwindende Akzeptanz des öf. Rundfunks in der Bevölkerung wieder steigt und auch der demokratiestärkende Mehrwert als objektive Informationsquelle in einer Welt mit vielen fehlerhaften und interessengetriebenen Informationen noch unterstützt wird.

Uns ist bewusst, dass der von uns gestellte Antrag nicht einfach so umgesetzt werden kann, da dazu z.B. für die Neudefinition des Auftrags Entscheidungen aller Bundesländer notwendig sind.

Dennoch glauben wir, dass eine Partei ein Ziel und/oder eine Zukunftsvision anbieten muss um damit die Diskussion in die richtige Richtung zu leiten. Das wollen wir mit unserem Antrag erreichen.

Weitere Begründung dann mündlich auf dem Landesparteitag.

Antrag 79/A022: Einführung eines Naturschutzgebietes im Nordsteigerwald

Antragsteller*in:

LFA Umwelt, KV Bamberg, Landesvorstand

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag der FDP Bayern möge beschließen und der FDP-Landtagsfraktion zur
- 2 Umsetzung Folgendes empfehlen:
- 3 Zum Schutz der Artenvielfalt spricht sich die FDP Bayern dafür aus, die
- 4 welterbewürdigen Buchenwälder im Ebracher Staatsforst kurzfristig durch ein
- 5 großflächiges, nutzungsfreies Naturschutzgebiet im Nordsteigerwald und eventuell
- 6 langfristig durch einen Nationalpark zu schützen. Damit soll ein Naturschatz von
- 7 landes- und bundesweiter Bedeutung bewahrt und gleichzeitig die Regionalentwicklung
- 8 gefördert werden.

Begründung

Die Buchenwälder im Nordsteigerwald bieten eine Jahrhundert-Chance für die Menschen und die Natur der Steigerwald- Region in Franken. Der Steigerwald ist im Aufbruch: ein großes Prädikatsschutzgebiet mit Weltnaturerbe- Titel für seine herausragenden Buchenwälder könnte ein wirtschaftlicher Motor für die gesamte Regionalentwicklung sein und einen ökologischen Schatz mit einem international herausragenden Alleinstellungsmerkmal darstellen. Obwohl Bayern im Herzen der Buchenwaldverbreitung liegt, das walddreichste Bundesland ist und auch wirtschaftlich gut dasteht, wehrt sich die Staatsregierung bisher, endlich die Voraussetzungen für ein Buchenwald-Weltnaturerbe in Franken zu schaffen.

Die wichtigsten Gründe seien an dieser Stelle gebündelt und zusammengefasst:

-Natur (Biodiversität, Einzigartigkeit, Bedrohtheit)

Aus naturschutzfachlicher Sicht gibt es keinen Kandidaten, der für ein Weltnaturerbe besser geeignet wäre, als der Steigerwald. Darüber ist sich die gesamte Fachwelt einig, bis auf ein paar ganz wenige Ausnahmen. Der im Moment wohl bekannteste Vertreter der Forstexperten und Nationalparkbefürworter ist Peter Wohlleben, bundesweit bekannt durch seine Medienpräsenz.

Vor diesem Hintergrund hatte die „Nationale Strategie zum Erhalt der Biologischen Vielfalt“ von 2007 zum Ziel, bis 2020 wieder ursprüngliche Natur auf 2 % der Landesfläche herzustellen – heißt umgekehrt: 98 % sollen Kulturlandschaft bleiben! Aktuell sind es nur 0,6 %! Da Deutschland Waldland ist, steht darin ferner, dass 5 % der deutschen Wälder sich wieder frei entfalten sollen, bzw. 10 % der öffentlichen Wälder, damit es keinen Privateigentümer trifft. Wohlgemerkt: 95 % aller und 90 % der staatlichen Wälder sollen wie bisher genutzt werden! Aktuelle Aussagen, dass in bay. Staatsforsten die Schutzquoten erreicht würden, entbehren jeder soliden Grundlage.

Der Nordsteigerwald beheimatet eines der fünf wertvollsten Laubwaldgebiete Deutschlands. Voraussetzung für eine Weltnaturerbe-Bewerbung ist ein flächiges, nutzungsfreies Schutzgebiet.

Dies könnte ein geschützter Nationalpark sein mit 100 % Staatswald, keinen Auflagen für angrenzende Privatwälder oder landwirtschaftliche Flächen und laut Bayerischem Naturschutzgesetz einer Mindestgröße von 10.000 ha. Bliebe noch der Weg über ein Naturschutzgebiet von etwa 1.200 ha in folgendem Gebiet: als wertvolle Kernfläche eines Naturwalds im Steigerwald den „**Hohen Buchenen Wald**“ (Landkreis Bamberg, Regierungsbezirk Oberfranken), ergänzt durch eine landkreisübergreifende **Erweiterung um den Stollberger Forst** (Landkreis Schweinfurt, Regierungsbezirk Unterfranken). Dieses Gebiet würde von der Fläche her dem entsprechen, was der BaySF-Vorsitzende Martin Neumeyer im Rahmen der Fachgruppe Wald zum Runden Tisch des Artenvielfalt-Volksbegehrens für den Steigerwald angekündigt hat, also etwa 1.200 ha. Am besten für die Region Steigerwald, sicherlich eine Jahrhundertchance, wäre wohl aus ökonomischer und ökologischer Sicht ein 3. Nationalpark in Bayern, also ein fränkischer Buchen-Nationalpark.

Bayern, einst Vorreiter im Naturschutz – jetzt hinkt es hinterher. 1970 hatte Bayern das erste Umweltministerium und den ersten Nationalpark in Deutschland. Ausgerechnet jetzt, wo sich angesichts des Klimawandels, der Diskussion um den Flächenfraß und das dramatische Artensterben eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern für mehr Naturschutz einsetzen, verweigert sich die Landespolitik! Auch wir von der FDP müssen ein unmissverständliches Signal aussenden!

- Mensch (regionalpolitische Entwicklungschancen)

Nationalparks haben bedeutende regional- ökonomische Effekte: sie bringen jährlich millionenhohe Fördermittel sowie viele neue Arbeitsplätze in die Region, vor allem durch mehr Tourismus! Ein fränkisches UNESCO- Weltnaturerbe Steigerwald spielte in der „Obersten Liga“ in Franken, in Bayern, in Deutschland, ja sogar in der ganzen Welt! Ein „Nationalpark Steigerwald“ stünde auf der Liste der internationalen Nationalparks auf einer Ebene mit den bekanntesten Parks der Welt, z.B. einem Yellowstone- oder Yosemite- Nationalpark. Zudem liegt e strategisch günstig zwischen den Weltkulturerbe-Städten Bamberg und Würzburg. Mit diesem „**Fränkischen DREIGESTIRN**“ kann dann auch Nordbayern zusätzlich noch zum Aushängeschild für die nachhaltige Entwicklung einer ländlichen Region werden.

-Akzeptanz in der Bevölkerung

In der Bevölkerung gibt es mittlerweile eine Zweidrittel-Mehrheit pro Weltnaturerbe (und sogar Nationalpark). In bestehenden Weltnaturbestätten, aber auch Nationalparkregionen ist die Akzeptanz hoch. In beiden bayerischen Nationalparks liegt die Akzeptanz heute sogar im Nahbereich bei 80 – 90 %. Einen 3. Nationalpark befürworten nach neuesten Umfragen die überwiegende Mehrheit der Bayerinnen und Bayern. Deutschlandweit gibt es keine einzige Nationalparkregion, die ihren Titel wieder hergeben würde!

Zwei-Drittel-Mehrheit für den Nationalpark Steigerwald:

Neben zehn mitgliederstarken Naturschutzverbänden (die Großen in Deutschland) bringen sich der bundesweit größte Nationalparkverein (VNS) mit 1.200 Mitgliedern und der „Freundeskreis Nationalpark Steigerwald“ sehr aktiv für ein Schutzgebiet ein. Vertreter aus Wirtschaft und Kommunalpolitik formierten sich nach Seehofers Ausschluss des Steigerwaldes bei einer Nationalparksuche aus Empörung zu einer „Allianz für eine faire Chance für den Steigerwald“. Das fordern auch die Stadtparlamente von Haßfurt, Würzburg und Gerolzhofen in der Region. Die letzte Meinungsumfrage von EMNID ergab 2016 eine Zweidrittel-Mehrheit für den Nationalpark

Steigerwald, einschließlich der Städte Bamberg und Schweinfurt.

Die Buchenwälder und die Bevölkerung im Steigerwald brauchen JETZT ein Schutzgebiet! Die Gewinne des staatlichen Forstbetriebs Ebrach, wo auch nur ein Teil aus der Nutzung genommen würde, liegen gerade einmal bei einem Hunderttausendstel des bay. Staatshaushalts. Muss Bayern sein Welterbe Buchenwälder diesen kommerziellen Interessen opfern? Die Welt verliert ein Kleinod – die Region eine zukunftsweisende Weichenstellung! Es muss umgehend eine neutrale Machbarkeitsstudie zu allen Optionen in Auftrag gegeben werden, die die Region regionalökonomisch voranbringen, zur Erlangung des WELTNATURERBE-Prädikats, einschließlich der Option Nationalpark. Die Bevölkerung muss endlich in eine Diskussion auf Faktenbasis einbezogen werden. Die Buchenwälder müssen jetzt umgehend – auch unabhängig von einem Nationalpark – durch ein nutzungsfreies größeres Schutzgebiet für künftige Generationen erhalten werden. – Zum Nutzen für Beide: für Mensch und Natur! Das Eine geht nicht ohne das Andere!

Antrag 80/A012: Liberaler Tierschutz

Antragsteller*in:

BV Oberbayern, Landesvorstand

Die Versammlung möge beschließen:

1 Unter liberalem Tierschutz verstehen wir den Einsatz für eine artgerechte, an
2 ethische Grundsätze gekoppelte, verantwortungsvolle Tierhaltung, die den Respekt vor
3 leidensfähigen Lebewesen wahrt, aber in keiner Weise als generelle Kampfansage gegen
4 Bauern, Landwirte und Züchter zu verstehen ist. Liberaler Tierschutz bedeutet auch
5 die Belange der Tierhalter, wie z.B. wirtschaftliche Rechtssicherheit zu
6 berücksichtigen. Weder Fleischverbot, noch andere Bevormundungen sollen unser Ziel
7 sein. Sachlich und realistisch möchten wir Rahmenbedingungen schaffen, um Tierleid zu
8 minimieren.

9 Der Tierschutz ist im Grundgesetz verankert. Einige Punkte der daraus getroffenen
10 Verordnungen sind jedoch widersprüchlich angelegt und in unterschiedlicher Weise
11 interpretierbar. Deshalb bedarf es einer dringenden Überarbeitung. Wir sehen in
12 unserer Partei, der FDP, die Möglichkeit, zwei vermeintliche Gegensätze in Einklang
13 zu bringen. Durch klare, zukunftsweisende Regelungen, die Planungssicherheit für alle
14 schaffen, die auf verschiedenster Weise mit Tieren zu tun haben. Gleichzeitig wird
15 die Umsetzung effektiven Tierwohls ermöglicht. Nur eine verantwortungsvolle
16 Tierhaltung ermöglicht qualitativ hochwertige Lebensmittel

17 1.Tierschutz in der Haltung

18 Derzeit finden Überprüfungen in Stallungen in Bayern durchschnittlich nur alle 42
19 Jahre statt. Eigenkontrollen haben sich als unzuverlässig erwiesen. Dokumentierte
20 Zustände liefern nicht selten ein erschreckendes Bild der Verwahrlosung und
21 Verantwortungslosigkeit.

22 Wir fordern unabhängige, unangemeldete Stallkontrollen von dafür eigens ausgebildeten
23 Personen, z.B. Veterinärassistenten, die im Falle gravierender Verstöße gegen den
24 Tierschutz, den zuständigen Amtstierarzt einschalten. Es obliegt dem Amtstierarzt
25 über angemessene Sanktionen und erforderliche Nachkontrollen zu entscheiden.
26 Weiterhin soll bezüglich der Haltung von über 6 Monate alten Rindern durch klare
27 Regelungen Rechtssicherheit geschaffen und die ganzjährige Anbindehaltung mit einer
28 an den Erfordernissen des Tierschutzes orientierten angemessenen Übergangsphase
29 grundsätzlich verboten werden. Auch die dauerhafte Kastenstandhaltung von Sauen, mit
30 Ausnahme der Abferkelboxen, soll verboten werden. Bei der konkreten Umsetzung der
31 Änderung der TierSchNutzV sind Übergangsfristen von 5 bis maximal 8 Jahren
32 vorzusehen.

33 2.Tierschutz beim Transport

34 Tiere, die zur Schlachtung bestimmt sind, sollten nicht erst ins Ausland
35 transportiert werden sondern bereits in Deutschland geschlachtet werden. Wir haben

36 beim Tiertransport nicht nur in Drittländer, sondern auch innerhalb der EU
 37 Verantwortung für unsere Tiere zu tragen, dass Ihnen kein unnötiges Leid zugefügt
 38 wird, dass ausreichende Versorgung, das Tränken und Füttern sichergestellt ist, dass
 39 Ruhe, bzw. Auslaufphasen eingehalten werden, auch beim Verladen Tierschutzrecht nach
 40 EU Verordnung eingehalten wird und dass die Schlachtung möglichst schmerzfrei
 41 durchgeführt wird.

42 In der entsprechenden EU-Verordnung ist ganz klar geregelt, dass der Transport von
 43 Tieren bei Temperaturen über 30 °C nicht genehmigt werden darf. Dennoch ist es im
 44 vergangenen Jahr zu Fällen gekommen, bei denen die Tiere aus 15 EU-Mitgliedstaaten
 45 beispielsweise bei ihrem Transport über die Grenze zur Türkei deutlich zu hohen
 46 Temperaturen ausgesetzt gewesen sind. Nach Angaben des
 47 Bundeslandwirtschaftsministeriums wurden im Juli und August der Jahre 2017 und 2018
 48 insgesamt 210 Tiertransporte aus Deutschland über die bulgarisch-türkische Grenze
 49 durchgeführt. Davon waren nur 26 bei Temperaturen bis maximal 30 °C abgewickelt
 50 worden, bei den restlichen 184 haben die
 51 Temperatur höher gelegen.

52 Wir fordern, Kontrollen durchzuführen, die Transportfähigkeit der Tiere zu überprüfen
 53 und gegebenenfalls zu untersagen. Tiertransporte in den Sommermonaten entsprechend
 54 der EU-Transportverordnung bei Temperaturen über 30° grundsätzlich nicht zu
 55 genehmigen.

56 **3.Tierschutz bei der Schlachtung**

57 Für die Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorschriften, die die Vermeidung von
 58 Schmerzen und Schäden verlangen, ist der Lebensmittelunternehmer verantwortlich. Dem
 59 amtlichen Personal obliegt es, zu überprüfen, ob der Lebensmittelunternehmer seiner
 60 Verpflichtung, die lückenlosen und dauerhaften tierschutzrechtlichen Anforderungen
 61 sicherzustellen, gerecht wird. Dass genau diese Anforderungen in der Realität oft
 62 nicht umgesetzt werden, beweisen uns zahlreiche Dokumentationen. Gravierende Mängel
 63 bei der Betäubung führen dazu, dass Tiere ihren langsamen Tod bei vollem Bewusstsein
 64 und Schmerzen ertragen müssen. Das ist die Folge permanenter, personeller
 65 Unterbesetzung von Amtstierärzten, oder hierzu befähigtem Kontrollpersonal.

66 Wir fordern eine regelmäßige, fachaufsichtliche Unterstützung der im Schlachtbetrieb
 67 tätigen Amtstierärzte durch mehr amtl. Tierärzte und Fachassistenten, um eine
 68 umfassende Überwachung sicherzustellen. Die zuständige Behörde hat für die im
 69 Schlachtbetrieb tätigen Amtstierärzte
 70 Schulungen, insbesondere zur Kontrolle und praktischen Beurteilung der
 71 Betäubungswirkung und Feststellung der ordnungsgemäßen Entblutung, durchzuführen. Die
 72 zuständige Behörde hat für die regelmäßige, technische Überprüfung der
 73 Betäubungsgeräte durch technische Sachverständige Sorge zu tragen. Zur unverzüglichen
 74 und nachhaltigen Abstellung von Mängeln, sind durch die zuständige Behörde geeignete
 75 Maßnahmen (bis zu Untersagung der Schlachtung) anzuordnen und deren Umsetzung zu
 76 kontrollieren. Zudem fordern wir ein Umdenken der Kastration von Ferkeln von
 77 Isoflurannarkose zu Immunokastration. In der Übergangszeit müssen die Ferkelerzeuger
 78 im Umgang

79 mit der Narkose besser ausgebildet, gesetzliche Vorgaben besser überprüft und
80 festgesetzte Strafen bei Verstößen erlassen werden.

81 **4. Qualzuchten verbieten**

82 Qualzucht definiert sich durch geno- und phänotypische Veränderungen bei der Züchtung
83 von Tieren, die Schmerzen, Leiden, oder Verhaltensstörungen verursachen. Solche
84 Züchtungen dürfen nicht geduldet, oder gar gefördert werden.

85 Wir fordern:

- 86 • eine verbindliche Rechtsverordnung, die klar benennt, was als Qualzucht gilt.
87 Auch der Handel mit aus Qualzucht hervorgegangenen Tieren soll verboten werden.
88 Als gesetzliche Grundlage muss das Qualzucht-Gutachten des Bundesministeriums
89 für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BMEL) aus dem Jahr 1999 zugrunde
90 gelegt werden. Bei der Bewertung, ob Leistungszucht als Qualzucht anzusehen ist,
91 muss das Hauptaugenmerk auf das Tierleid gerichtet werden.
- 92 • das BMEL auf der Grundlage des § 11b Abs. 4 TierSchG, in einer Rechtsverordnung
93 zuchtbedingte Krankheitsrisiken in der Nutztierzucht näher bestimmt und die
94 Zucht mit bestimmten Nutztierassen, bzw. Linien verbietet, oder beschränkt,
95 wenn dieses Züchten zu Verstößen gegen § 11b 1 TierSchG führen kann.
- 96 • die Zusammenhänge zwischen Zucht und Erkrankung transparent dargestellt werden.
- 97 • das Verbot von Qualzüchtung bei Kaninchen, sowie die strikte Umsetzung des §11b
98 des Tierschutzgesetzes. Die durch Zucht geförderten oder zumindest geduldeten
99 Merkmalsausprägungen wie Punktscheckung, Zwergwüchsigkeit, Langohrigkeit
100 und/oder Brachygnathia (Kieferverkürzung) sind für die Tiere mit Schmerzen,
101 Leiden und/oder Schäden verbunden.
- 102 • die Gesundheit der Milchkühe nicht durch das Zuchtziel höherer Milchleistung
103 beeinträchtigt wird.

Antrag 82/A001: Katastrophenschutz

Antragsteller*in:	Liberalen Senioren Bayern
-------------------	---------------------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Liberalen Senioren fordern, beim Katastrophenschutz keine Kürzungen vorzunehmen.
- 2 Das gibt für die Handlungen der Bundesregierung und der Landesregierung des
- 3 Freistaates Bayern.

Begründung

Die Coronapandemie oder die Hochwasserkatastrophe im nördlichen Rheinland-Pfalz sowie im südlichen Nordrhein-Westfalen haben eindrücklich aufgezeigt, dass Deutschland – wenn überhaupt – nur ansatzweise in der Lage ist, zielgerichtet den Anforderungen des Katastrophenschutzes gerecht zu werden. Die Liberalen Senioren Bayern haben schon 2020 auf Defizite hingewiesen und gefordert, dass die Finanzausstattung auf allen Ebenen verbessert werden muss.

Die Innenminister der Länder haben im Juni 2022 in Würzburg gefordert, zehn Milliarden Euro Investitionen binnen der nächsten 10 Jahre und einen „Stärkungspakt Bevölkerungsschutz“ zu etablieren.

Bei den Etatberatungen für den Haushalt 2023 will Finanzminister Christian Lindner den Etat für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe um fast 40 %, den Etat für das Technische Hilfswerk um knapp 30 % kürzen.

Die Liberalen Senioren Bayern halten dies angesichts der Klimaentwicklung und zur Sicherheit der Bevölkerung für unverantwortlich und fordern die FDP-Landtagsfraktion Bayern, die FDP-Bundestagsfraktion und den Bundesfinanzminister auf, diese Kürzungen zu unterlassen.

Antrag 82/A002: Arzneimittelversorgung

Antragsteller*in:	Liberalen Senioren Bayern
-------------------	---------------------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Arzneimittelversorgung in der Bundesrepublik muss sichergestellt und die
- 2 Koalitionsvereinbarung zu diesem Thema muss unverzüglich umgesetzt werden.
- 3 Der Landesparteitag des FDP-Landesverbandes Bayern unterstütz diese Forderung der
- 4 Liberalen Senioren.

Begründung

Seit Jahren kommt es in Deutschland zu Lieferengpässen bei Arzneimitteln. Aktuell sind rund 250 Präparate nur eingeschränkt oder nicht lieferbar. Dabei handelt es sich um Narkosemittel, Medikamente für Brustkrebspatientinnen, Fiebersäfte für Kinder, Cholesterinsenker, Asthmasprays o.ä. Dies ist keine neue Entwicklung, sondern zeichnet sich seit vielen Jahren ab.

Gründe dafür sind vielfältig. Während im Jahre 2000 noch 59 % der Wirkstoffe in Europa produziert worden sind, kamen 2020 bereits 63% aller Wirkstoffe aus Asien, dort allerdings aus wenigen Standorten, was die Lieferketten regelmäßig in Schwierigkeiten bringt. Dazu bilden sich auf Anbieterseite gerade Verkaufsoligopole heraus – die nächsten Preissteigerungen und Lieferabhängigkeiten sind vorprogrammiert.

Die Bundesdelegiertenversammlung der Liberalen Senioren hat auf Antrag des Landesverbandes Bayern in der Versammlung 2019 in Würzburg beschlossen:

- Die Sicherstellung der Lieferfähigkeit und die Grundversorgung der Patienten mit in Deutschland oder in Europa hergestellten Medikamenten muss ein Auftrag der Krankenkassen sein.
- Die Rabattverträge der Krankenkassen sind dahingehend zu überprüfen, dass mindestens einer der Anbieter den Nachweis erbringt, dass er seine Produktionsstätten in einem Mitgliedsland der EU führt
- Einführung einer Arzneimittelreserve, um den Lieferengpässen wirkungsvoll begegnen zu können
- Abschaffung der Importklausel für Medikamente. Die erzielten Spareffekte stehen in keinem Verhältnis zum bürokratischen Aufwand.

Die Koalition hat in ihrer Koalitionsvereinbarung 2021 beschlossen: „Wir ergreifen Maßnahmen, um die Herstellung von Arzneimitteln nach Deutschland oder in die EU zurückzuverlegen.“

Die Liberalen Senioren Bayern fordern die FDP-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung auf, diese Vereinbarung unverzüglich mit allen Konsequenzen umzusetzen und bitten dabei um Unterstützung. Dabei sind auch Preissteigerungen durch die Produktion in der EU zu akzeptieren.

Antrag 82/A003: WLAN in Obdachlosenhäusern, Frauenhäusern und Clearing-Häusern

Antragsteller*in:	Dr. Michael Ruoff, SV München
-------------------	-------------------------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die FDP Bayern setzt sich dafür ein, dass in allen Häusern, in denen Menschen Schutz
- 2 suchen, kostenloses WLAN angeboten wird.

Begründung

Der Zugang zum Internet ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Insbesondere Menschen in schwierigen Situationen ist geholfen, wenn sie ohne Hürden und in Ruhe recherchieren, Bewerbungen und Anträge schreiben können und dafür nicht zu einem Hotspot in der Umgebung gehen oder gar fahren müssen. Auch die Nutzung des Internets zur Kommunikation mit Freunden und Angehörigen oder die Ablenkung durch lesen, hören oder schauen tut Menschen in Not gut und es ist wichtig, hier die Zugangshürden zu reduzieren.

Antrag 82/A004: Genehmigung von Freiflächenphotovoltaik-Anlagen vereinfachen

Antragsteller*in:	BV Unterfranken
-------------------	-----------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Photovoltaikanlagen sind keine bleibenden Bauwerke und können jederzeit
- 2 zurückgebaut werden. Aus diesem Grund fordern wir den Gesetzgeber auf, dafür zu
- 3 sorgen, dass für Flächen-Photovoltaik-Anlagen keine Baugenehmigung mehr notwendig
- 4 ist. Durch das Planfeststellungsverfahren hat die Kommune genug Einfluss auf die
- 5 auszuweisenden Gebiete.
- 6 Wir setzen uns für eine Reform des Denkmalschutzrechtes insoweit ein, dass der
- 7 Bau von Photovoltaik-Anlagen auf Dachflächen denkmalgeschützter (Wohn)Gebäude
- 8 leichter möglich wird. Neben einem möglichen Entfall des Genehmigungserfordernisses
- 9 ähnlich zu den Regelungen in der Bayerischen Bauordnung (Verfahrensfreiheit
- 10 und Genehmigungsfreistellung), muss insbesondere geregelt werden unter
- 11 welchen Voraussetzungen die energetisch-nachhaltige Selbstversorgung mit derartigen
- 12 Anlagen in der Abwägung das Interesse am Denkmalschutz überwiegt.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 82/A005: Chancengleichheit herstellen – Regionale Selbstverwaltung stärken!

Antragsteller*in: BV Unterfranken

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die FDP Unterfranken stellt Chancengleichheit und Selbstverwirklichung in
- 2 den Vordergrund. Dabei sollen jedem unabhängig vom konkreten Lebensstandort die
- 3 gleichen Chancen für ein selbstbestimmtes Leben offenstehen.
- 4 Dabei sind insbesondere kleine Gemeinden und Dörfer im Gegensatz zu
- 5 Ballungszentren in einem strukturellen und wirtschaftlichen Nachteil. Dieser
- 6 Situation wollen wir mit zielorientierten und individuell anpassbaren Rahmenlösungen
- 7 entgegenreten.
- 8 Kern dieser Entwicklungen ist die zunehmende Abwanderung junger Menschen in
- 9 die Ballungszentren. Die Probleme des ländlichen Raumes lassen sich dabei nur lösen,
- 10 wenn Anreize für einen Zuzug oder Verbleib im ländlichen Raum geschaffen
- 11 werden. Dabei sind alle staatlichen Akteure zur Zusammenarbeit aufgerufen, ganz
- 12 besonders die Gemeinden selbst. Schematische Lösungen werden hier nicht weiterhelfen
- 13 können.
- 14 In diesem Zusammenhang müssen zuallererst bestimmte Grundstrukturen und
- 15 Rahmenaufgaben definiert werden. In einem zweiten Schritt wird geklärt, wie
- 16 Gemeinden diese und andere Aufgaben überregional erfüllen können und sollen. Zum
- 17 Schluss bedarf es für besonders ländlich geprägte Regionen eines
- 18 besonderen Handlungskonzeptes, um auch dort den Menschen Chancengleichheit zukommen
- 19 zu lassen.
- 20 **I. GRUNDSTRUKTUREN UND -BEDÜRFNISSE FLEXIBEL UND ÜBERREGIONAL ERHALTEN**
- 21 Unabhängig vom konkreten Differenzierungsgrad müssen bestimmte
- 22 Grundstrukturen erhalten und Grundbedürfnisse der Menschen gedeckt werden. Gerade
- 23 in bayerischen Regionen mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) gestaltet sich
- 24 dies oftmals als besondere Herausforderung. Deshalb hat sich der Staat hier zum einen
- 25 auf absolut notwendige Aufgabenerfüllung zu beschränken. Zum anderen sind Gemeinden
- 26 und deren Aufsichtsbehörden besonders in der Pflicht gezielt kommunale
- 27 und überregionale Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen zu organisieren und
- 28 auf gemeinsame Erfüllung von Aufgaben hinzuwirken.
- 29 **1. Aufrechterhalten der örtlichen Grundversorgung**
- 30 Es gibt originäre Staatsaufgaben, welche in jedem Fall möglichst effektiv zu
- 31 erfüllen sind. Zu diesen zählen solche Grundeinrichtungen, welche es gerade dem
- 32 Einzelnen ermöglichen sich selbst zu verwirklichen und sein Leben frei zu gestalten.
- 33 Für diese Aufgaben hat der Staat flächendeckend einzustehen und örtlich angepasste

34 Lösungen zu finden. Eine Zusammenarbeit mit dem Privatsektor ist hier gewünscht und
 35 oftmals auch geboten.

36 a.

37 *Ambulante und stationäre Versorgung klar, modern und wohnortnah*

38

39 Wir wollen die medizinisch beste Versorgung von Patientinnen und
 40 Patienten sicherstellen. Dafür streben wir eine Gesundheitsversorgung mit
 41 höchster Qualität und moderner Ausstattung an. Wir wollen die wohnortnahe
 42 Versorgung aufrechterhalten und ein Gesundheitssystem mit klaren Zuständigkeiten
 43 schaffen. Die Aufgabenzuweisungen müssen für Leistungserbringer und Patienten
 44 deutlich erkennbar sein und sich am Grundsatz „ambulant vor stationär“ orientieren.
 45 Unser Ziel ist es, die harten Sektorengrenzen zu überwinden und ein integriertes
 46 und somit ein echt kooperatives Gesundheitssystem aufzubauen. Dieses schaffen wir mit
 47 Hilfe eines gemeinsamen Vergütungssystems und einer fließenden Gesundheitsstruktur
 48 von ambulanten zu stationären Leistungen. Wir bekennen uns zu sozial-
 49 marktwirtschaftlichen Prinzipien in diesem von Planwirtschaft geprägten Umfeld.
 50 Wirtschaftlichkeit ist für uns das Mittel zu einer effizienten Ressourcenallokation.
 51 Marktwirtschaftliche Instrumente dürfen jedoch nicht so ausgestaltet sein, dass sie
 52 Anreize zur Unter- oder Überversorgung setzen. Stattdessen müssen sie sich an
 53 medizinischen Qualitätsmerkmalen orientieren. So wird gute medizinische Leistung in
 54 einem Guss gewährleistet.

55 Die Strukturreform im stationären Sektor muss verantwortungsvoll weiterentwickelt
 56 werden. Wir wollen zur Gewährleistung bundesweit gleichwertiger Lebensverhältnisse
 57 eine bedarfsgerecht gestufte Krankenhausversorgungsstruktur schaffen, die eine
 58 moderne und qualitativ hochwertige Patientenversorgung sicherstellt und auf große
 59 maximalversorgende Krankenhäuser, Spezial- und Schwerpunktkrankenhäuser sowie auf
 60 Grundversorgungskrankenhäuser setzt. Die qualitätsbezogenen Kriterien für die
 61 Zulassung und die Aufrechterhaltung der Zulassung als öffentliches Krankenhaus sollen
 62 auf Bundesebene gesetzlich nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft festgelegt
 63 werden.

64 Ziele einer guten Notfallversorgung muss eine bedarfsgerechte,
 65 einheitliche Versorgung von Menschen in Notsituationen nach dem aktuellen Stand
 66 der medizinischen Wissenschaft sein. Dies wird durch ein
 67 integriertes, sektorintegrierendes und einheitliches System zur Steuerung von
 68 Hilfeersuchen und der zielgerichteten Versorgung von Notfallpatient:innen
 69 gewährleistet. So wird die Fehl- oder Doppelversorgung innerhalb
 70 bestehender Notfallversorgungsstrukturen verringert.

71

72 Hierzu müssen die Länder endlich ihre Verantwortung im Bereich
 73 der Krankenhausinvestitionen nachkommen und die jährlich Investitionslücke von ca. 4-
 74 5 Mrd. € schließen.

75 b. *Digital und mobil im ganzen Land*

76 Der Mobilfunk- und Breitbandausbau bleibt Staatsaufgabe und ist voranzutreiben. Die
 77 konkrete Umsetzung kann gestuft erfolgen und soll einer Priorisierung zugänglich
 78 sein. Ebenso ist es zwingende Voraussetzung, dass das Straßennetz mit einer
 79 ordentlichen Anbindung an das Bundesstraßen- und -autobahnnetz erhalten wird.
 80 Ein ÖPNV ist für Personen ohne individuelles Fortbewegungsmittel
 81 unerlässlich. Dennoch scheitert ein wirtschaftlich-sinnvolles Betreiben eines
 82 gut ausgebauten ÖPNV in strukturschwachen Regionen und Gemeinden. Ein enges
 83 Busnetz ist auch nicht in jeder Gemeinde notwendig. Auf Grundlage einer
 84 Bedarfsanalyse sollen flexibel-adaptierte Buslinienkonzepte erarbeitet werden.
 85 Darüber hinaus setzen wir hier auf eine überregionale Zusammenarbeit
 86 mehrere Gemeinden. Kreative Modelle der Personenbeförderung –
 87 beispielweise mittels Rufbussen und preislich günstig gestalteten Taxi- oder
 88 Ubersystemen – sollen hier helfen.
 89 Falls in RmbH eine Personenförderung mittels Bahnverkehr angestrebt wird, könnte man
 90 sich an Projekten wie der „Die Waldbahn“ für den Bayerischen Wald orientieren.

91 c. *Kinderbetreuung und Bildung flexibel gewährleisten*

92 Kinderbetreuung und ein basales Bildungsangebot müssen unabhängig vom
 93 Wohnort erreichbar sein. Kinderbetreuung muss möglich sein, damit die Eltern
 94 einer beruflichen Tätigkeit nachgehen können. Dabei begrüßen wir
 95 alle Kindertagesstätten in kommunaler, kirchlicher und freier Trägerschaft.
 96 Dennoch ist gerade in strukturschwachen Regionen eine gewisse Zentralisierung
 97 und Zusammenlegung im Rahmen des wirtschaftlich machbaren unerlässlich. Doch
 98 falls Kindertagesstätten mangels ausreichend Kindern nicht mehr sinnvoll
 99 betrieben werden können, sollen diese trotzdem nicht künstlich am Leben
 100 gehalten werden. Hier setzen wir viel mehr auf private Kindertagespflege. Dabei
 101 sollen die Einnahmen aus privater Kindertagespflege zu mindestens 30 Prozent
 102 steuerfrei gestellt werden. [?] [?] Darüber hinaus wollen wir für den Fall des steigenden
 103 Bedarfs an Kinderbetreuungsplätzen die bürokratischen Hürden für die Errichtung
 104 von Kindertagesstätten minimieren.
 105 Schulen sollen möglichst aufrechterhalten werden. Diese müssen
 106 die bestmögliche personelle und materielle Ausstattung haben. Dazu zählt
 107 ganz besonders eine digitale Ausstattung. Grundschulen sollen möglichst
 108 wohnortnah und erreichbar sein. Falls in entlegeneren Gebieten die Schulwege
 109 besonders weit sind soll eine Beauftragung von privaten
 110 Personenbeförderungsunternehmen genutzt werden. Die Mehrkosten übernimmt der
 111 Freistaat Bayern. Bei weiterführenden Schulen stehen wir darüber hinaus einem
 112 tragbaren und sozial verträglichem Home-Schooling-Konzept positiv gegenüber. Dabei
 113 müssen die Bedürfnisse der kindlichen Entwicklung im Vordergrund stehen. Hierbei
 114 soll insbesondere der Sozialisationsgedanke des klassischen Schulumfeldes
 115 leitend sein.
 116 Um den jährlichen Schulabsolventen auch nach dem Schulabschluss eine Perspektive in
 117 jeder Region zu geben, wollen wir Bildungszentren schaffen, in welchen sowohl ein
 118 Studium als auch eine Ausbildung oder beides absolviert werden kann. Durch einen
 119 Zusammenschluss von Ausbildung, Berufsschule und Hochschule in

120 Form von Bildungszentren soll ein vielfältiges Angebot geschaffen werden. Der
 121 Ausbau von Ausbildungsschulen könnte in Form von Projekten umgesetzt
 122 werden, um Ausbildungsberufe attraktiver zu gestalten.
 123 Darüber hinaus sollen eigenständige Außenstellen von Universitäten und
 124 Fachhochschulen geschaffen werden. Dabei kann die Außenstelle auch eine Chance für
 125 die Gemeinde als Wirtschaftsstandort darstellen, da sie
 126 mit ihren Forschungseinrichtungen von einem Innovationsschub profitieren.
 127 Forschung und Entwicklung bieten für die Kommunen immer eine Chance auf
 128 Ausgründungen und Startups und damit für die Schaffung attraktiver Arbeitsplätze. Wo
 129 es sinnvoll erscheint, können ungenutzte Flächen zu einem Campus umgestaltet werden.
 130 Auch der Knappheit preiswerter Studentenwohnungen in den Ballungszentren wird
 131 entgegengewirkt, indem neue Studentenwohnheime in die Entwicklungsplanung außerhalb
 132 der Ballungszentren einbezogen werden. Ein Semesterticket für den ÖPNV soll eine
 133 einfache und preiswerte Anbindung für alle Studierende und Auszubildende zu den
 134 Ballungszentren sichern.

135 **2. Landwirtschaft stärken statt schwächen**

136 Die Landwirte in unserem Land sind äußerst wichtig für die Nahrungsversorgung.
 137 Die vielen bürokratischen und unübersichtlichen Regularien halten wir für falsch und
 138 in der derzeitigen Form im Grundsatz für unangemessen. Ebenso lehnen wir
 139 Subventionen ab, welche zu Wettbewerbsnachteilen führen.
 140 Dennoch muss der Staat auch dem Monokulturanbau durch Energiemais und
 141 Futtermais sowie dem Artensterben durch Pflanzenschutzmittel entgegentreten. Der
 142 Anbau von Futterprodukten ist zumeist für die Erzeuger interessanter als der Anbau
 143 von Nahrungsmittelrohstoffen. Nährstoffe des Bodens werden durch Monokulturen
 144 ausgelaugt und einseitig belastet. Dadurch werden mehr Düngemittel und Pestizide
 145 benötigt, welche ebenso eine schädliche Wirkung auf den Wildtierbestand haben. Durch
 146 die stetig steigende Feldgröße werden die Hecken und Grünflächen zudem weiter
 147 reduziert. Hingegen halten wir naturverträgliche Pflanzenschutzmittel für eine
 148 moderne Landwirtschaft weiterhin für notwendig, damit ein wirtschaftliches
 149 Handeln der Landwirte möglich bleibt. Die verabschiedete Düngemittelverordnung
 150 halten wir in diesem Zusammenhang für zu restriktiv und lehnen sie ab.
 151 Landwirte sollen als Unternehmer betrachtet werden und sich durch ihre
 152 gute Arbeit selbst finanzieren können. Dabei sollen neue Technologien zum Einsatz
 153 kommen und entsprechende geförderte Schulungen angeboten werden. Zudem muss die
 154 Forschung für neue Schutzmittel und Anbauarten in enger Zusammenarbeit
 155 mit Unternehmen und Hochschulen ausgebaut werden.
 156 Darüber hinaus fordern wir die verantwortungsvolle technologische
 157 Begleitung der Gentechnik, um sie in Zukunft auch in der Landwirtschaft nutzbar
 158 machen zu können.

159 **3. Umwelt – Harmonie zwischen Mensch und Natur**

160 Bei allen Maßnahmen sind auch immer die Auswirkungen auf die Natur und Umwelt
 161 zu beachten. Es bedarf einer Partnerschaft zwischen Mensch und Natur,
 162 zwischen Ökonomie und Ökologie. Regionales Handeln ist für einen global gedachten
 163 Naturschutz unerlässlich.

164 Hier ist es wichtig, dass bei jedem Handeln alle Interessen abgewogen werden und
 165 ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen gefunden wird. Dabei ist
 166 dem Prozess der Entfaltung und Ausbreitung natürlicher Strukturen möglichst
 167 ausreichend Rechnung zu tragen und möglichst wenig entgegenzutreten. Es ist ein
 168 verhältnismäßiges sowie maßvolles regionales Handeln an den Tag zu legen.

169 In diesem Zusammenhang befürworten wir die bestehenden Nationalparks und
 170 begrüßen Initiativen für neue Naturparks. Uns ist hierbei besonders wichtig, dass die
 171 Bürger vor Ort in den Entscheidungsprozess ausreichend einbezogen werden.

172 Bei der Energiegewinnung darf es nicht sein, dass Wälder und Wiesen aus
 173 Gründen mangelnden Widerstandes für den Bau von Windparks missbraucht werden. Wir
 174 lehnen die Nutzung des Waldes als neue Plattform für Windenergie ab. Darüber hinaus
 175 dient die Jagd dem aktiven Schutz von Flora und Fauna. Deshalb dürfen bürokratische
 176 Hürden für die Jagd- und Fischereiausübung nicht weiter ausgebaut werden. Auflagen
 177 sollten geprüft und gegebenenfalls verhältnismäßig und sinnvoll reduziert werden.

178 II. GEMEINDEN ÜBERREGIONAL STÄRKEN

179 Die Gemeinden sind zentrale Handlungsfiguren örtlicher Gestaltung. Jede Gemeinde
 180 ist aufgrund örtlicher Gegebenheiten und Umstände unterschiedlichen
 181 Herausforderungen ausgesetzt. Dabei muss das Handeln örtlicher Politik in
 182 strukturschwachen Regionen anderen Grundsätzen folgen als in solchen Regionen, in
 183 welchen regionale Verdichtungsstrukturen vorhanden sind.

184 1. Gemeindliches Vorgehen in strukturschwachen Regionen

185 Gerade in strukturschwachen Regionen kommt die Handlungsfähigkeit der Gemeinden
 186 an ihre Grenzen. Ziel muss es deshalb sein die Gemeinden in
 187 ihrer Handlungsfreiheit einerseits zu stärken und andererseits eine koordinierte
 188 und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit zu realisieren, welche langfristig die
 189 jeweilige Region in wirtschaftlicher, finanzieller und gesellschaftlicher Hinsicht
 190 lebenswert und attraktiv macht.

191 a. *Regionale Zusammenarbeit vertiefen und regionale Wirtschaftskraft bündeln*

192 Strukturschwache Gemeinden und generell Gemeinden in strukturschwachen
 193 Regionen müssen vertieft miteinander zusammenarbeiten.

194 Bei strukturschwachen Gemeinden ist das zwingend. Deshalb sollen
 195 benachbarte strukturschwache Gemeinden Aufgaben der örtlichen
 196 Grundversorgung gemeinsam erledigen. Zu diesem Zwecke sollen die Gemeinden im
 197 Regelfall Zweckverbände bilden. Als ultima ratio sollen Pflichtverbände gegründet
 198 werden.

199 Darüber hinaus soll im Regelfall auch die regionale Wirtschaftskraft
 200 gebündelt werden. Das Betreiben gemeinsamer Gewerbegebiete oder sonstiger
 201 Baugebiete ist hier zielführend.

202 Mit den Mitteln der kommunalen Zusammenarbeit sollen letztendlich Gebietsreformen
 203 vermieden und die föderal-regionale Vielfalt Bayerns erhalten werden. Der Bildung
 204 von Verwaltungsgemeinschaften verschließen wir uns nicht.

205 Als absolute ultima ratio kann ebenfalls das Zusammenlegen oder Auflösen
 206 von Gemeinden zweckmäßig sein, auch wenn dies nur als allerletztes Mittel in Betracht

207 gezogen werden soll und nur wenn mildere Maßnahmen nicht nachhaltig genug greifen.

208 **b. Forschungsstandorte schaffen**

209 Darüber hinaus wollen wir vermehrt Forschungsstandorte schaffen. Dies kann

210 im Zusammenhang mit Universitäten oder Fachhochschulen geschehen.

211 Dies kann allerdings auch industrielle Forschung oder Forschung durch

212 Privatpersonen oder -unternehmen sein. Falls der Staat neue Forschungseinrichtungen

213 und -projekte startet, sollen diese in der Regel in strukturschwachen

214 Regionen verwirklicht werden, sofern eine andere Region nicht eindeutig besser

215 geeignet ist.

216 **2. Gemeindliches Vorgehen in der Nähe von Verdichtungscentren**

217 Gemeinden in der Nähe von wirtschaftsstarken Verdichtungscentren haben eine

218 besondere Ausgangssituation. In der Regel sind die Gemeindeglieder beruflich

219 abhängig von der Nähe zum Ballungscentrum. Damit diese Gemeinden nicht durch diese

220 natürliche Sogwirkung abgehängt werden, sollen sie am wirtschaftlichen

221 Erfolg der Ballungscentren teilhaben.

222 Zu diesem Zwecke müssen gewisse Grundvoraussetzungen gegeben sein, damit die

223 örtliche Bevölkerung ein dauerhaftes Niederlassen in derartigen Gemeinden

224 ernsthaft in Betracht zieht. Hierzu zählen vor allem eine ausgebaute Verkehrs-

225 und Digitalinfrastruktur sowie eine lebenswerte Umgebung.

226 Es bedarf zunächst einer verkehrsgünstigen Anbindung an das Ballungscentrum.

227 Zu dieser Anbindung gehört zunächst, dass in dem jeweiligen Ballungscentrum

228 ein ausgereiftes Park'n'Ride-Konzept umgesetzt wird, damit man

229 schneller und umweltfreundlicher mit dem Auto in die Stadtnähe gelangen kann.

230 Als zweites bedarf es eines Modells flexibler und bedarfsorientierter Buslinien,

231 um jederzeit einen ÖPNV gewährleisten zu können. Hierzu soll, soweit nötig, auch

232 das Straßennetz ausgebaut werden. Weiterhin fordern wir neben der

233 essenziellen Barrierefreiheit auch die Ausweitung der Kapazitäten des ÖPNV.

234 Staatliche Markthindernisse für private Personenbeförderungsdienste müssen aufgehoben

235 werden, um das Angebot kommerzieller Fahrdienstleistungen zu erweitern. Nur so

236 kann der individuelle und öffentliche Personennahverkehr gestärkt werden.

237 In der Digitalisierung des ländlichen Raumes sehen wir noch sehr

238 viel Ausbaupotential. In vielen Gemeinden ist die Infrastruktur

239 der Gewerbegebiete veraltet, weshalb für die bestehenden Unternehmen, aber auch

240 für Neugründer gute Bedingungen geschaffen werden müssen. Ein

241 flächendeckendes Glasfasernetz und der angestrebte Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes sind

242 hierfür die zentralen Faktoren. Auch der Ausbau des öffentlichen WLANs soll

243 vorangetrieben werden. Für eine effektive Verwaltung fordern wir außerdem die

244 voranschreitende Digitalisierung der Ämter.

245 Für attraktive Wohn- und Arbeitsverhältnisse, muss neben dem Ausbau

246 des Wohnraumangebotes auch ein gutes Kinderbetreuungsangebot vorhanden sein.

247 Konkret sehen wir dabei zunächst ausreichend Kita-Plätze als wichtiges

248 Kriterium an. Die Kapazität der vorhandenen Kita-Plätze soll dabei regelmäßig an die

249 Nachfrage angepasst werden. Um eine Angleichung an die Arbeitszeiten der Eltern

erreichen zu können, muss es auch eine Flexibilisierung der Unterbringungszeiten in Kitas und sonstigen Kindertageseinrichtungen geben.

III. STRUKTURSCHWACHE REGIONEN INSGESAMT WIRTSCHAFTLICH UND STRUKTURELL STÄRKEN

Strukturschwache Regionen haben vor allem einen Mangel an Wirtschaftskraft. Einzelne Gemeinden sind hier in einem Nachteil, den sie nicht alleine ausgleichen können. Deshalb müssen für strukturschwache Regionen gewisse Besonderheiten gelten. Ziel des folgenden Konzeptes ist es eine koordinierte und langfristige Aufwertung strukturschwacher Regionen in gemeindeübergreifender Zusammenarbeit leichter zu ermöglichen. Zentrale Koordinierungsstelle sollen hier die Landkreise – insbesondere das Landratsamt – sein.

1. Landkreis mit besonderem Handlungsbedarf

Bereits jetzt gibt es nach dem Landesentwicklungsplan Bayern sogenannte „Regionen mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH). Dies betrifft in Unterfranken derzeit sämtliche Landkreise (mit Ausnahme der kreisfreien Stadt Würzburg). Wir wollen diese Grundidee entsprechend modifizieren und einen zielgerichteten Konzeptrahmen zur Aufwertung strukturschwacher Regionen entwickeln.

Daher wollen wir in Zukunft „Landkreise mit besonderem Handlungsbedarf“ (LmbH) ausweisen. An den bisherigen fünf Zuteilungskriterien für RmbH – Beschäftigungsdichte, Arbeitslosenquote, verfügbares Einkommen, Bevölkerungsprognose und Wanderungssaldo junger Menschen – halten wir fest.

Ein sechstes Kriterium – Vorhandensein eines wirtschaftsstarken Verdichtungsraumes – soll der Abgrenzung und Differenzierung zwischen den bisher ausgewiesenen RmbH dienen. In Unterfranken beträfe das die Mehrzahl der Landkreise (ausgenommen Landkreis Aschaffenburg und Landkreis Würzburg).

An den Status des LmbH sollen verschiedene Rechte, Pflichten und Besonderheiten geknüpft sein, welche im Folgenden näher ausgeführt werden.

a. *Neue Aufgaben für den Landkreis*

Zentrale Aufgabe für das Landratsamt eines LmbH ist die Koordinierung der kommunalen Zusammenarbeit und die Bereitstellung von Hilfs- und Dienstleistungen für die Gemeinden. Zur Erfüllung dieser neuen Aufgabe gehört es bei Bedarf Ressourcen und Fachpersonal zur Beratung von Gemeinden abzustellen. Dies betrifft besonders die Ausarbeitung von Bebauungsplänen, Errichtung gemeindlicher Organisationen und Einrichtungen sowie sonstige rechtliche Beratung in Selbstverwaltungsfragen. Bei Gemeinden, die im Landesentwicklungsplan als strukturschwach bezeichnet sind, verdichtet sich die Koordinierungs- und Hilfsfunktion zu einer Pflichtaufgabe. Bei diesen Gemeinden soll die strenge Subsidiarität des Aufsichtsrechts gelockert werden, damit das Landratsamt im Falle von rechtswidriger Nichterfüllung von Gemeindeaufgaben schnell und effizient vorgehen kann.

Als ultima ratio ist es dem Landkreis möglich, einzelne gemeindliche Einrichtungen und Aufgaben selbst zu übernehmen. Dies soll mit Zustimmung des Kreistages auch gegen den Willen einer strukturschwachen Gemeinde möglich sein.

b. *Personelle und finanzielle Ausstattung*

293 Zur effizienten Erfüllung dieser Aufgaben muss beim Landratsamt mindestens
 294 eine Abteilung geschaffen werden, welche sich explizit um die
 295 Koordinierung und Hilfestellungen für Gemeinden kümmert. In dieser Abteilung muss
 296 eine ausreichende Anzahl an fachlich gut ausgebildeten
 297 Staatsbeamten und Kreisbediensteten beschäftigt werden.

298 Die Kosten für das zusätzlich zu schaffende Personal sind vom Freistaat Bayern zu
 299 tragen. Ebenfalls soll es Zuschüsse für LmbH geben, damit diese Unkosten im Rahmen
 300 ihrer neuen herausgehobenen Stellung ausgleichen können.

301 Die Kosten für die neue Pflichtaufgabe gegenüber strukturschwachen Gemeinden sind
 302 ebenfalls vom Freistaat Bayern zu tragen. Sofern der Landkreis gemeindliche Aufgaben
 303 übernimmt, kann dieser die im jeweiligen Aufgabenfeld bestehenden Förderungen für
 304 Gemeinden selbst in Anspruch nehmen.

305 c. *Handlungsspielraum des Landkreises und Stärkung des Bürgers*

306 Darüber hinaus wollen wir den Bürger in eine stärkere Position versetzen.
 307 Deshalb hat jeder Gemeindegewohner im Bereich seiner Gemeinde einen einklagbaren
 308 Anspruch auf Einschreiten des Landratsamtes als Aufsichtsbehörde, wenn die Gemeinde
 309 öffentlich-rechtliche Aufgaben und Pflichten nicht erfüllt. Im Übrigen hat der
 310 Landkreis weitgehend Spielraum zur Erfüllung seiner Aufgaben. Insbesondere kann das
 311 koordinierende und helfende Vorgehen an Zweckmäßigkeits- und Prioritätserwägungen
 312 ausgerichtet werden.

313 2. Steuerliche Besonderheiten

314 Um strukturschwache Regionen wirtschaftlich attraktiv und konkurrenzfähig zu
 315 machen, bedarf es zwangsläufig besonderer steuerlicher Anreize und Spielräume. Ziel
 316 ist es eine Abwanderung von Unternehmen zu verhindern und gleichzeitig eine
 317 Ansiedlung von Unternehmen zu begünstigen.

318 a.

319 b. *Kaufkraft erhöhen und Unternehmer entlasten*

320 Wir wollen die Kaufkraft generell erhöhen und einen einheitlichen Umsatzsteuersatz
 321 von 13 Prozent. Darüber hinaus wollen wir im Einzelfall und auf Antrag für
 322 Gewinneinkünfte besondere Stundungsmöglichkeiten auf die Einkommens- und
 323 Körperschaftssteuer gewähren.

324 c. *Mehr Freiheit beim Gewerbesteuerhebesatz*

325 In LmbH soll künftig der Mindesthebesatz auf die Gewerbesteuer nicht
 326 mehr gelten. Falls es jedoch zu einem schädigenden
 327 Steuerwettbewerb der kreisangehörigen Gemeinden kommt, soll der Kreistag einen
 328 Mindesthebesatz festlegen können, welcher 130 nicht übersteigen darf.

329 d. *Übungsleiterpauschale anpassen*

330 Gerade nach der Pandemie werden viele Aktivitäten im Ehrenamt nachgeholt. Damit
 331 diese auch zu leisten sind und nicht zu Lasten der Aktiven gehen fordern wir die
 332 Erhöhung der Übungsleiterpauschale zunächst auf 3500€ und im Anschluss eine
 333 jährliche Anpassung gemäss der Minijob-Grenze.

334 3. Schaffung von Gründungsanreizen

335 Wir wollen besondere Anreize für Unternehmensgründungen, Personen- als
336 auch Kapitalgesellschaften, schaffen. Neben der Schaffung genereller
337 Neugründungsanreize sollen in LmbH zusätzlich besonders günstige
338 Rahmenvoraussetzungen gegeben sein.

339 Zur allgemeinen Neugründerförderung zählt, dass in den ersten zwei Jahren
340 keine Einkommens-, Körperschafts- und Gewerbesteuer zu zahlen sind.
341 Sofern sich ein Unternehmen in einer strukturschwachen Region niedergelassen
342 hat, soll es nach diesen zwei Jahren ein dreistufiges Steuerentlastungssystem
343 auf Einkommens- und Körperschaftssteuer geben. Auf der niedrigsten ersten Stufe soll
344 es Stundungsmöglichkeiten geben. Auf der zweiten Stufe wird ein
345 niedrigerer Steuersatz angewendet. Auf der dritten Stufe wird auf die Steuer
346 verzichtet.

347 Bis zum fünften Geschäftsjahr kann der Unternehmer auf
348 Antrag diese Steuervergünstigungen geltend machen. Dabei muss eine besondere
349 Bedürftigkeit
350 nachgewiesen werden. Einem Antrag auf Anwendung eines erniedrigten Steuersatzes
351 soll in der Regel stattgegeben werden. Ein Steuerverzicht soll nur
352 in absoluten Ausnahmefällen gewährt werden.

353 Bei der Gewerbesteuer ist es den Kommunen möglich einen niedrigeren Hebesatz
354 für Neugründungen in ihrem Gemeindegebiet zu gewähren. An eine
355 etwaige Hebesatzfestlegung durch den Kreistag ist sie in Bezug auf Neugründungen
356 nicht gebunden. Nach dem fünften Geschäftsjahr müssen neugegründete Unternehmen den
357 für die übrigen Unternehmen geltenden Hebesatz in der Gemeinde zahlen.

358 Damit Gründer leichter an Kapital kommen, wollen wir Investitionen anregen,
359 indem Wagniskapital um bis zu 50 Prozent steuerlich absetzbar ist.

Antrag 82/A006: Kommunale Verwaltung vor Cyberangriffen schützen!

Antragsteller*in:	BV Unterfranken
-------------------	-----------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Cybersicherheit in den Kommunen Bayerns muss erheblich gestärkt werden. Deshalb
- 2 wird die Staatsregierung aufgefordert,
- 3 • das bestehende landesweite Konzept zur Unterstützung der IT-Sicherheit
- 4 von Kommunen zu evaluieren,
- 5 • geeignete Maßnahmen zum Schutz der Kommunen vor Cyberangriffen zu
- 6 ergreifen sowie
- 7 • Sensibilisierungskampagnen zum Thema Cybersicherheit durchzuführen.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag 82/A007: Tuning für Deutschlands Fahrschulen: Onlinelehre langfristig ermöglichen

Antragsteller*in:

BV Unterfranken

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Digitalisierung der Alltags- und Arbeitswelt ist eine
- 2 der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dies gilt auch für
- 3 die Fahrschulbranche. Während der ersten Monate der Pandemie wurden nicht nur Schulen
- 4 und Hochschulen, sondern auch die Arbeitswelt, auf digitales Arbeiten umgestellt.
- 5 Während Schüler und Studenten online Prüfungen ablegen konnten, fehlte
- 6 den Fahrschulunternehmen jegliche Perspektive.
- 7 Erst durch eine Ausnahmegenehmigung war es Fahrschulen in allen 16
- 8 Bundesländern möglich, den Theorieunterricht durchzuführen. Im Gegensatz zu vielen
- 9 Bedenken hat sich das Konzept bewährt. Weder sind die Unfallzahlen durch Fahranfänger
- 10 in den 18 Monaten nach der Genehmigung gestiegen noch kam es zu einer
- 11 Verschlechterung der Bestehensquoten bei den theoretischen Fahrprüfungen. Die
- 12 digitale Lehre bietet nicht nur ein Zeitersparnis für die Fahrschüler, sondern
- 13 entlastet die Umwelt, da die An- und Abreise für physische Theoriestunden entfällt.
- 14 Trotz dieses Erfolgskonzeptes laufen die Ausnahmegenehmigungen bald ab.
- 15 Die FDP Unterfranken fordert daher die allgemeine gesetzliche Implementierung
- 16 der Entscheidungsfreiheit für Fahrschulen. Es soll den Fahrschulunternehmen
- 17 freigestellt sein, ob sie ihren Theorieunterricht digital, hybrid oder in Präsenz
- 18 durchführen.
- 19 Hierfür muss ein verbindlicher und bundeseinheitlicher Anforderungskatalog erarbeitet
- 20 werden, der die Qualität eines digitalen Theorieunterrichts garantiert. Die
- 21 Anwesenheit der Schüler muss, wie bei präsentem Unterricht verifizierbar und
- 22 kontrollierbar sein.
- 23 Um zu gewährleisten, dass der Fokus der Schüler auf dem Theorieunterricht liegt,
- 24 sind die Schüler dazu verpflichtet, ihre Kamera während der gesamten
- 25 Unterrichtsdauer angeschaltet zu lassen.
- 26 Für eine einheitliche Dokumentation der Teilnehmer müssen sich die Schüler vor
- 27 dem Unterricht bei der Fahrschule anmelden. Die Teilnahme ohne Anmeldung kann
- 28 nicht zum absolvierten Unterricht gezählt werden.
- 29 Um die Gruppengröße nicht zu überlasten und eine aktive Teilnahme am Unterricht
- 30 zu ermöglichen ist eine Teilnehmerbegrenzung von 50 Schülern notwendig.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag 82/A008: Beste Bildung für Menschen mit Behinderung

Antragsteller*in:

BV Unterfranken

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die FDP Bayern setzt sich für weltbeste Bildung ein. Kein Schüler darf durch seine
- 2 Behinderung im Bildungswesen benachteiligt werden. Jedoch sind immer noch viele
- 3 Schulen nicht barrierefrei. Dies muss sich dringend ändern!
- 4 Es muss allen Schülern mit Behinderung grundsätzlich ermöglicht werden (nach Art.
- 5 24 der UN-Behindertenrechtskonvention) im Regelschulbetrieb beschult zu
- 6 werden. Daher fordern wir zunächst, dass jede staatliche Schule zur Barrierefreiheit
- 7 in der zweckentsprechenden Nutzung, wenn auch zunächst nur in
- 8 einigen Bereichen, nachgerüstet wird. Des Weiteren soll der Freistaat Bayern hier
- 9 neben den baulichen auch den personellen Anforderungen nachkommen. Dabei ist es
- 10 unabdingbar für gutes sonderpädagogisches Personal zu sorgen, welches auch
- 11 ausreichend vorhanden sein muss. Ein Konkurrenzkampf zwischen Regel- und
- 12 Förderschulen um sonderpädagogisches Personal muss verhindert werden.
- 13 Darüber hinaus setzen wir uns für den Erhalt der Förderschulen in Bayern ein.
- 14 Hier soll den Bevollmächtigten weiterhin das Wahlrecht eingeräumt werden, ob
- 15 die Schüler mit Behinderung im Regelschul- oder im Förderschulbetrieb beschult
- 16 werden. Dadurch kann besser auf die individuellen Anforderungen und Wünsche der
- 17 Schüler mit Behinderung eingegangen werden. Eine Schließung der Förderschulen würde
- 18 viele Schüler mit Behinderung aus ihrem gewohnten und sozialen Verhältnis
- 19 ziehen. Schließungen aus Kostengründen müssen umgangen werden. Es darf nicht auf dem
- 20 Rücken von Menschen mit Behinderung gespart werden.
- 21 Weiterhin soll ein Wechsel zwischen Regel- und Förderschulen nach den
- 22 konkreten Bedürfnissen des Schülers im Einzelfall unbürokratisch möglich sein. Für
- 23 uns steht das Wohl und der Bildungserfolg eines jeden Menschen in unserem Land
- 24 im Vordergrund.
- 25 Wir setzen dabei auf pragmatische und individuelle Lösungen.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag 82/A009: Das neue Testament – Digitale Revolution des Erbrechts

Antragsteller*in:	BV Unterfranken
-------------------	-----------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die FDP Bayern setzt sich für eine Modernisierung des Deutschen Erbrechts im Bereich
- 2 der Errichtung einer gewillkürten Erbfolge ein.
- 3 Die FDP Bayern fordert eine Gesetzesänderung der §§ 2231 Nr. 2, 2247 BGB um eine rein
- 4 digitale handschriftliche Testierung als rechtsbeständige Erstellung eines
- 5 Testamentes anzuerkennen. Dabei soll mittels „Touchpen“ eine handschriftliche
- 6 Erstellung auf einem entsprechenden digitalen Endgerät (bspw. Tablets) möglich sein.
- 7 Um der Erfordernis der „Unmittelbarkeit von der Hand des Erblassers“ zu
- 8 erfüllen und um eine nachträgliche Fälschung zu unterbinden, soll eine
- 9 graphologisch hinreichend sichere Überprüfbarkeit der handschriftlichen Digitalisate
- 10 durch eine Schreibsoftware, die den technischen Spezifikationen und
- 11 Funktionsparametern als „Testamentssoftware“ entspricht, rechtlich möglich gemacht
- 12 werden. Zusätzlich soll zur Wahrung der Abschluss- und Identitätsfunktion der
- 13 Unterschrift eine qualifizierte elektronische Signatur (vgl. §§ 126 III, 126a I BGB)
- 14 verpflichtend sein.
- 15 Mit diesen Vorkehrungen kann eine moderne und digitale Testierung erreicht
- 16 werden und eine hinreichend sichere graphologische Identifikation der
- 17 Urheberschaft wird gewährleistet.
- 18 Die FDP Bayern beschreitet damit den Weg in eine digitale Zeit und zeigt auf, dass es
- 19 keinen rechtlich relevanten Unterschied zwischen einer Texterstellung auf Papier und
- 20 in digitaler Form mehr geben soll.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag 82/A010: Behörden digitalisieren, aber richtig.

Antragsteller*in:

LFA Nachhaltigkeit durch Innovation

Die Versammlung möge beschließen:

1 Bei der Digitalisierung der Behörden liegen die Bundesrepublik Deutschland und Bayern
2 im Vergleich zu den Europäischen Nachbarn weit zurück.

3 Die FDP Bayern fordert die umgehende Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes für alle
4 Behörden in Bayern. Hierbei sind vor Allem die folgenden Punkte in einer Novelle des
5 Bayerischen Digitalisierungsgesetzes zu formulieren:

6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45

46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72

Begründung

Im Sommer 2022 hat die Regierungskoalition in Bayern ein sogenanntes Digitalisierungsgesetz beschlossen. Dieses bringt in der beschlossenen Form aber keine Vorteile für die Bürger sondern nur Freistellung der Behörden von Haftungen und Verpflichtungen. Alle Vorschriften sind Kann-Vorschriften und verpflichten die Behörden zu nichts.

Außerdem wird eine Abschottung Bayerns in der technischen Infrastruktur und den Zugängen für die Bürger zementiert. Dies widerspricht den europäischen und Bundesvorgaben für eine einheitliche Lösung und Standards in ganz Europa.

Deshalb und weil auch wichtige Punkte fehlen, sollten die Punkte in dem Antrag von der FDP Bayern beschlossen und gefordert werden.

Zu zwei Punkten wurden Alternativen formuliert, über die der Parteitag entscheiden möge:

[Dies ist ein Antrag des LFA Nachhaltigkeit durch Innovation auf Vorschlag der AG Digitalisierung und Netzpolitik](#)

Antrag 82/A011: Energiepreis-Krise begegnen: Notwendige Anpassungen im Strommarktdesign

Antragsteller*in: BV Oberbayern, LFA Vorankommen durch eigene Leistung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten Bayern fordern angesichts massiv steigender Stromkosten, das
- 2 Energie-Marktdesign so zu gestalten, dass die niedrigen Produktionskosten der
- 3 Erneuerbaren Energien auch bei den Bürgerinnen und Bürgern, Handel, Gewerbe,
- 4 Dienstleistungen und Industrie zur Geltung kommen.

5 Merit Order System vorübergehend anpassen

- 6 Das derzeitige System der marktwirtschaftlichen Strompreisfindung nach dem Merit
- 7 Order-Prinzip funktioniert zwar nach Ansicht vieler Ökonomen prinzipiell und EU-weit
- 8 gut. Daher wollen wir es nicht generell hinterfragen, sondern langfristig bewahren.
- 9 Allerdings befinden wir uns durch den vertragswidrigen Lieferstopp durch Russland,
- 10 welcher zu einem akuten Gasmangel in Europa geführt hat, in einer Situation, in
- 11 welcher dieses Prinzip zu extrem hohen Strompreisen führt; und zwar auch für solche
- 12 Energieträger, deren Einkaufskosten gar nicht gestiegen sind. Dies belastet derzeit
- 13 massiv Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen; und droht, unsere Volkswirtschaft in eine
- 14 Rezession zu stürzen. Daher müssen kurzfristig Maßnahmen getroffen werden, um diese
- 15 Preisspitzen zu verhindern.
- 16 Daher fordern wir Freie Demokraten Bayern zum einen, dass für direkt vermarktete
- 17 Erneuerbare Energien vorübergehend nur die garantierten Einspeisevergütungen (ggfs.
- 18 zuzüglich eines geringen Aufschlags) gezahlt werden und mit der einbehaltenen
- 19 Differenz zum Auktionspreis die Kaufpreise reduziert werden. Denn dass die per EEG
- 20 schon abgesicherten Erzeugungsanlagen, die zudem bereits über Jahrzehnte massiv
- 21 staatlich (bzw. per EEG-Umlage direkt von den Stromverbrauchern) subventioniert
- 22 wurden, nun zusätzlich noch extrem hohe Gewinne aus der Gaskrise ziehen, ist kaum
- 23 vermittelbar.
- 24 Im Augenblick haben Gaskraftwerke, bedingt durch die sehr hohen Gaspreise, die
- 25 höchsten Kosten und bestimmen so den gesamten Strompreis. Daher fordern wir zum
- 26 anderen, dass, solange der Gaspreis sehr hoch ist, Gaskraftwerke „ihren“ eigenen
- 27 Merit-Order-Preis erhalten und ein zweiter Preis für Kraftwerke mit niedrigeren
- 28 Kosten (und deshalb günstigeren Angeboten) gilt. Die Preisbildung für Erdgas sollte
- 29 dementsprechend vorübergehend von den anderen Energieträgern (z.B. Kohle-, Wind-,
- 30 Solar- und Atomkraft) abgekoppelt werden. Dazu sollen die Börsenstrompreise möglichst
- 31 europaweit, sonst zunächst nur in Deutschland, unterhalb des Erdgases gekappt werden.
- 32 Nur, wenn dann noch Stromspitzen durch Gaskraftwerke ausgeglichen werden müssen,
- 33 sollen allein diese den höheren (bisherigen) Strompreis erhalten.
- 34 Das Merit-Order-Modell sollte auf diese Weise temporär modifiziert werden.

Finanzielle Unterstützung von Privatpersonen und Unternehmen zum Abfedern von Härtefällen

Die Strompreise so hoch zu belassen wie sie sind, um dann erst im Nachhinein sogenannte „Über-“ oder „Zufallsgewinne“ durch den Staat abzuschöpfen und wieder umzuverteilen, stellt aus unserer Sicht dagegen keinen sachgerechten Weg der Entlastung dar – nicht zuletzt, weil dies einen enormen bürokratischen Aufwand bedeuten und einen fragwürdigen planwirtschaftlichen Präzedenzfall darstellen würde, sowie im Rahmen der staatlichen Haushaltsplanung zu sachfremden Ausgaben statt direkter Entlastung von tatsächlich Betroffenen einlädt.

Insbesondere rückwirkende Eingriffe in Verträge können nicht akzeptiert werden, denn ein großer Teil der Energie wurde bereits langfristig im Voraus disponiert. Stattdessen sollte im Fokus stehen, die Strompreise selbst unmittelbar für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu senken.

Allerdings kann es auch unabhängig vom Strompreis zu Härtefällen kommen, insbesondere wenn die Betroffenen explizit auf Gas angewiesen sind und dieses daher nicht substituieren kann (z.B. Haushalte mit Gasheizung oder Unternehmen, die Gas als Rohstoff benötigen). Für diese sollten zielgerichtete staatliche Entlastungsmaßnahmen auf den Weg gebracht werden. Ein erster, wichtiger Schritt in diese Richtung war die Senkung der Umsatzsteuer auf Gas von 19 auf 7%.

Um den Mittelstand und den privaten Haushalten ab dem Jahre 2023 steuerwirksam zu unterstützen, setzen wir Freie Demokraten Bayern uns zudem für die Schaffung eines Energieentlastungsbetrages i.S.d. neuen § 24 c EStG ein, der von der Summe der Einkünfte im Einkommensteuergesetz abgezogen werden kann. Pauschal kann ein Betrag von 700 € pro Haushaltsmitglied angesetzt werden. Dies wäre bei einer Familie mit 2 Kindern ein Betrag von 2.800 € pro Jahr. Bei einem Einkommensteuersatz von 35% wäre die Steuerersparnis 980 € und würde die Bezieher von positiven Einkünften direkt in der Steuererklärung ab 2023 entlasten.

Ausweitung des Angebots

Die aktuelle Problematik des Strommarkts resultiert nicht allein aus der Knappheit von Erdgas, sondern auch aus der Umstrukturierung der Erzeugungsstruktur hin zu Erneuerbaren Energien und Erdgas. Spätestens seit Mitte letzten Jahres (also lange vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine) lassen sich international eine Verknappung und Preissteigerungen an den Energiemärkten (Kohle, Rohöl, Gas) beobachten. Mit Beginn der russischen Invasion im Februar 2022 sowie den nachfolgenden Sanktionen des „Westen“ und Liefer-Boykotten seitens Russlands hat sich die Lage aber weiter zugespitzt. Besonders problematisch sind die massive Reduktion und die Unsicherheit bzgl. der Versorgung mit Erdgas. Unmittelbar betroffen sind vor allem der Wärmemarkt und die industrielle, stoffliche Nutzung von Erdgas; der Strommarkt ist dagegen mittelbar betroffen.

Die Ausweitung des Angebots ist deshalb die wichtigste und langfristig einzig wirksame Maßnahme, um den Strompreis dauerhaft zu senken. Dazu gehört, die

76 Kohlekraftwerke aus den Reserven und Bereitschaften, die technisch dazu in der Lage
77 sind, befristet für die Dauer der Krise zu aktivieren.
78 Insbesondere dürfen wir das Energieangebot aber nicht sogar weiter verknappen.
79 Stilllegungen konventioneller Kapazitäten sind deshalb zu vermeiden - daher setzen
80 wir Freie Demokraten uns unter anderem energisch für einen Weiterbetrieb der
81 verbliebenen Kernkraftwerke ein. Auch weitere Wiederinbetriebnahmen sind ins Auge zu
82 fassen. Dies gilt auch für die erst kürzlich vom Netz genommenen Kernkraftwerke.
83 Konkret das Angebot an Erdgas sollte darüber hinaus einerseits durch den bereits
84 forcierten Ausbau von LNG-Kapazitäten gesteigert werden, jedoch auch über die eigene,
85 heimische Förderung; inklusive mittels hydraulischer Frakturierung. Und auch Biogas
86 sollte als Substitutionsprodukt wieder mehr genutzt werden.
87 Stromerzeugung aus Erdgas sollte wegen der Mangelsituation auf das notwendige Minimum
88 reduziert werden. Prioritäre Anwendungen von Erdgas bleiben die Wärmeversorgung der
89 Bevölkerung (50% Gasheizung) und die industrielle Nutzung.

90 **Gaspreisdeckel**

91 Beim Gaspreisdeckel unterscheiden wir:

92 **a) Staatlicher/EU-Deckel auf Weltmarkteinkaufspreise (Deckel ggü. Erzeuger).**

93 Deutschland und die EU kaufen derzeit den Weltmarkt an LNG leer. Ein Gaspreisdeckel
94 würde LNG-Lieferungen weg von Deutschland und der EU in andere Länder umlenken, die
95 Gas auch dringend brauchen und kapitalkräftig sind (z.B. Fernost). Die EU und
96 Deutschland könnten dadurch bedingt ihren Gasbedarf voraussehbar nicht decken. Ein
97 solcher Gaspreisdeckel beim Erzeuger, der auch als Sanktion gegenüber dem russischen
98 Regime verstanden werden kann, hat daher nur im Verbund mit möglichst vielen weiteren
99 Staaten Aussicht auf Erfolg. Um eine solche gemeinsame Aktion wollen wir uns deshalb
100 etwa auf G7- und G20-Ebene bemühen.

101 **b) Deckel des Preises für Gasverbraucher (Deckel beim Endkunden) bzw. -versorger** 102 **(Deckel beim Gasversorger) durch staatliche Subventionierung.**

103 Eine Preisdeckelung für die Gasverbraucher wirkt tendenziell verbrauchsteigernd und
104 gefährdet somit die Deckung des Gasbedarfs. Gasversorger sollten nur, sofern für die
105 Aufrechterhaltung der Gasversorgung notwendig, und dann aber direkt, unterstützt
106 werden.

107 Daher empfehlen wir die direkte Unterstützung hilfsbedürftiger Bürger durch
108 Einmalzahlungen als Beihilfe und hilfsbedürftiger Unternehmen durch Kredite und ggfs.
109 staatliche Beteiligung (siehe auch obiger Punkt B).

Antrag 82/A012: Schluss mit Vertuschung: Untersuchungsausschuss zur 2. Stammstrecke

Antragsteller*in:	BV Oberbayern
--------------------------	---------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten Bayern fordern einen Untersuchungsausschuss im Bayerischen
- 2 Landtag in Folge der offenbar absehbaren Kostenexplosion bei der zweiten Münchner S-
- 3 Bahn-Stammstrecke. In diesem sollen die Vorgänge und Vertuschungen durch die CSU und
- 4 den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder konsequent parlamentarisch
- 5 aufgearbeitet werden.

Antrag 82/A013: Echte Freizügigkeit in Europa wiederherstellen: Grenzkontrollen beenden

Antragsteller*in: BV Oberbayern

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten Bayern fordern ein sofortiges Ende der Grenzkontrollen an den
- 2 deutschen EU-Grenzen.
- 3 Für uns ist die Freizügigkeit innerhalb des europäischen Schengenraums ein hohes
- 4 Gut, welches von Deutschland nun bereits seit über sieben Jahren faktisch außer Kraft
- 5 gesetzt ist, obwohl dazu keine zwingende Notwendigkeit mehr besteht. Daher fordern
- 6 wir Bundesinnenministerin Nancy Faser auf, die Grenzkontrollen unverzüglich
- 7 einzustellen. Auch die unsinnige bayerische Grenzpolizei von Ministerpräsident Markus
- 8 Söder gehört wieder abgeschafft.

Antrag 82/A014: Recycling ist ein Freiheitskreislauf!

Antragsteller*in: BV Oberbayern

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Deutschland und Europa ist von Rohstoffimporten abhängig – und das nicht nur bei
- 2 Energieimporten. Umso wichtiger ist es, dass wir hier möglichst effizient mit den
- 3 Rohstoffen umgehen. Daher bekennen wir Freie Demokraten Bayern uns auch zur
- 4 Abfallhierarchie, wie sie im Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) niedergeschrieben ist.
- 5 Der beste Abfall ist der, der gar nicht entsteht oder der vermieden werden kann, in
- 6 dem man ihn wieder verwendet (z.B. Mehrwegsysteme).
- 7 Gerade im Recycling sehen wir aber noch große Optimierungspotentiale. Die
- 8 Realisierung dieser Potentiale können dabei helfen Deutschland und Europa
- 9 unabhängiger und freier von Rohstoffimporten zu machen. Eine funktionierende
- 10 Kreislaufwirtschaft; ein effizientes und effektives Recycling ist daher für uns ein
- 11 Freiheitskreislauf.

12 Recycling fängt beim Produkt-Design an

- 13 Bereits beim Design von Produkten, aber auch bei Kunststoffverpackungen, muss – ganz
- 14 nach dem Gedanken des Verursacherprinzips – mitgedacht werden, wie und ob das Produkt
- 15 wiederverwendet werden oder recycelt werden kann. Gerade Einweg-
- 16 Kunststoffverpackungen müssen so designt sein, dass sie nach Möglichkeit vollständig
- 17 recycelt werden können. Damit Recycling möglich ist, müssen Verpackungen aus wenigen
- 18 Materialien oder optimal nur aus einem Material bestehen. Konkret heißt das
- 19 beispielsweise, Verbundfolien in Verpackungen zu reduzieren.
- 20 Grundsätzlich sprechen wir Freie Demokraten uns für eine Konzentration auf wenige
- 21 recyclingfähige Kunststoffe bei Leichtverpackungen aus. Wenn mehr als ein Kunststoff
- 22 verwendet wird, soll das verwertbare Hauptmaterial 90% des Gesamtgewichts der
- 23 Verpackung ausmachen.
- 24 Nicht oder schwer recycelfähige Verpackungen müssen zu höheren Lizenzgebühren bei den
- 25 Dualen Systemen führen. Dies ist unserer Ansicht nach noch nicht ausreichend der
- 26 Fall. Damit gäbe es aber einen finanziellen Anreiz, recyclingfähigere Verpackungen
- 27 auf den Markt zu bringen.
- 28 Ab 2030 sollen Verpackungen die weder wiederverwendet noch recycelt werden können
- 29 verboten werden.

30 Nur was gesammelt wird, kann auch recycelt werden

- 31 Nach heutiger Rechtslage können die Kommunen selbst entscheiden, wie bei ihnen die
- 32 Sammlung von Leichtverpackungen organisiert wird. In vielen Städten hat sich dabei
- 33 ein Gelber Sack oder eine Gelbe Tonne durchgesetzt – leider jedoch nicht überall.
- 34 Dabei zeigen Auswertungen des Bundesumweltamtes deutlich: Ein Holsystem ist besser

35 als ein Bringsystem, wenn es um eine getrennte Sammlung geht.
 36 Heute gilt aber noch: Nur was getrennt gesammelt wird, kann überhaupt recycelt werden
 37 und wird nicht thermisch verwertet (verbrannt).
 38 Daher fordern wir ein Wertstoffgesetz, anstelle des jetzigen Verpackungsgesetzes,
 39 dass die bundesweit einheitliche haushaltsnahe Erfassung von Wertstoffabfällen
 40 regelt. Idealerweise werden Wertstoffe (Kunststoffe und Leichtmetalle) in einer
 41 Wertstofftonne gesammelt, unabhängig davon, ob es sich um Verpackungsmüll oder
 42 Stoffgleiche-Nichtverpackungen handelt. Ein Ausgleich zwischen den Dualen Systemen
 43 und kommunalen Abfallunternehmen kann durch eine Gebietsaufteilung erfolgen.
 44 Sollte in Zukunft durch moderne Sortieranlagen eine Mülltrennung in den Haushalten
 45 nicht mehr oder nicht mehr in der Weise wie heute noch notwendig sein, sollte diese
 46 auch nicht mehr verpflichtend sein, umso die Müllentsorgung so bürgerfreundlich wie
 47 möglich zu gestalten.

48 **Recycling braucht einen Rezyklat-Markt**

49 Damit Recycling auch marktwirtschaftlich sich noch besser durchsetzt muss das
 50 „Endprodukt“ des Recyclings, recycelte Kunststoffe (Rezyklate), am Markt im Vergleich
 51 zu neuen Kunststoffen gleiche Wettbewerbsbedingungen vorfinden.
 52 Daher fordern wir für Rezyklate, z.B. von Leichtverpackungen für Lebensmittel,
 53 einheitliche Qualitätsstandards, damit diese einfacher wiederverwendet werden können.
 54 Rezyklate sollen für alle Arten von Verpackungen (so auch Lebensmittelverpackungen)
 55 verwendet werden dürfen, wenn sie die entsprechenden Standards einhalten.

56 **Heute in die Forschung für morgen investieren**

57 Carbonfaserverstärkte Kunststoffe (CFK) und glasfaserverstärkte Kunststoffe (GFK)
 58 werden aufgrund ihrer Leichtigkeit bei gleichzeitiger Stabilität immer häufiger
 59 verwendet und gewinnen somit an Bedeutung. Diese Stoffe lassen sich allerdings nur
 60 schwer recyceln.
 61 Auch Müllverbrennungsanlagen nehmen sie z.T. nicht an, daher müssen diese Abfälle zum
 62 Teil immer noch deponiert werden. Hier muss mehr in die Materialforschung investiert
 63 werden, um dieses drohende Müllproblem der Zukunft bereits heute zu lösen und auch
 64 hier ein besseres Recycling zu ermöglichen.

65 **Digitalisierung bring Klimaschutz beim Bauen!**

66 Ca. 30% der Primärrohstoffe werden für die Baubranche verwendet. Und diese ist auch
 67 für 25 % der Abfallströme weltweit verantwortlich. Gleichzeitig werden Baustoffe
 68 immer teurer, sodass sich das Baustoffrecycling wirtschaftlich lohnt. Die
 69 Einsparungen, Geschäftsmöglichkeiten und betrieblichen Verbesserungen, die sich durch
 70 die Anwendung der Prinzipien der Kreislaufwirtschaft bis 2030 ergeben, summieren sich
 71 allein in Europa auf ein Ertragspotenzial von umgerechnet 1,8 Billionen Euro
 72 jährlich.
 73 Wir fordern daher die Abschaffung von rechtlichen Hürden bspw. bei der Verwendung von

74 Recycling-Beton. Auch die öffentliche Hand als Auftraggeber muss ihrer
 75 Vorbildfunktion gerecht werden. Als Vorbild kann die Schweiz dienen: In Zürich werden
 76 Aufträge nur vergeben, wenn RC-Beton verwendet wird. Ebenfalls müssen Pilotprojekte
 77 in diesem Bereich in Zukunft unterstützt und gefördert werden.

78 In der Bau(planungs)branche immer mehr mit Building Information Modelling (BIM)
 79 gearbeitet. Damit das volle Potential von BIM Prozessen zum Tragen kommen könnte,
 80 müssen sich sowohl die verwaltungsrechtlichen Anforderungen an Bauanträge wie auch
 81 die technische Ausstattung von Baubehörden an diesen digitalen Prozess angepasst
 82 werden.

83 Ein tatsächliches Problem beim Recycling von Gebäuden ist bis her, dass man nicht
 84 (mehr) weiß welche Rohstoffe im Bau überhaupt stecken. Hierbei können nun aber die
 85 Ergebnisse von BIM Prozessen, so z.B. ein digitaler Zwilling der Gebäude Abhilfe
 86 schaffen. Wichtig dabei ist ein vollständiges Verzeichnis der verwendeten
 87 Materialien.

88 Auf Grund der langen geplanten Lebensdauer von Gebäuden gibt es dabei in der Praxis
 89 noch Probleme, so z.B. beim standardisierten Programm und Version unabhängigen
 90 Auslesen der Daten. Ebenso ist die dauerhafte Aktualisierung des digitalen Zwillings
 91 mit Kosten verbunden. Dennoch ist dies der Weg für eine Kreislaufwirtschaft in der
 92 Baubranche.

93 Wir fordern daher, dass die verbleibenden rechtlichen Hürden abgebaut werden und
 94 Projekte wie buildingSMART, die für eine Standardisierung in den BIM Prozessen
 95 sorgen, unterstützt werden.

96 **Wettbewerbsnachteile bei der Entsorgung ausgleichen**

97 Wir müssen auf dem Entsorgungsmarkt für echte Marktwirtschaft sorgen. Bis jetzt haben
 98 dort private Unternehmen kommunal getragenen Abfallunternehmen gegenüber steuerliche
 99 Nachteile. Diese werden damit begründet, dass die kommunalen Abfallunternehmen für
 100 die Daseinsvorsorge zuständig sind und demnach steuerlich begünstigt werden müssen.
 101 Das hat allerdings zur Folge, dass die kommunalen Abfallunternehmen auch über den
 102 Bereich der eigentlichen Daseinsvorsorge hinaus einen Wettbewerbsvorteil haben.

103 **Internationales**

104 Wir fordern ein globales Plastik-Abkommen, damit endlich einheitliche Recycling-
 105 Standards geschaffen werden. In der EU soll der Müllexport in Staaten mit
 106 schlechteren Recycling-Standards verboten werden. Zudem fordern wir eine Anpassung
 107 des Marpol-Abkommens, damit illegale Müllentsorgungen auf den Weltmeeren besser
 108 geahndet und deutlich stärker bestraft werden kann.

Antrag 82/A015: Ausbau der Wasserkraft in Bayern

Antragsteller*in:

BV Oberbayern, LFA Vorankommen durch eigene Leistung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Das bewährte Zieldreieck der Energiewirtschaft „Versorgungssicherheit,
- 2 Versorgungswirtschaftlichkeit und Umweltschutz/Klimaschutz“ erlangt aktuell wieder
- 3 mehr Gültigkeit denn je. Die Versorgungssicherheit als Grundlage jeder
- 4 hochentwickelten Zivilisation und Volkswirtschaft wurde von vorherigen Staats- und
- 5 Bundesregierungen erkennbar vernachlässigt. Und auch von
- 6 Versorgungswirtschaftlichkeit kann nicht die Rede sein, wenn in Deutschland aufgrund
- 7 von staatlichen Abgaben regelmäßig die welt- und europaweit höchsten Strompreise von
- 8 den Verbrauchern und der Wirtschaft bezahlt werden müssen. Zudem hatte beim Ziel
- 9 „Umweltschutz“ bisher der kleinräumige Naturschutz vor Ort fälschlicherweise Vorrang
- 10 vor dem Klimaschutz. Die Wasserkraft als Erneuerbare Energie befindet sich dagegen
- 11 nahezu optimal in der Mitte des o.g. Zieldreiecks. Wasserkraft ist wichtig für die
- 12 Netzstabilität und Notversorgung, da sie durch ihre Trägheit in den Schwankungen und
- 13 ihre Grundlastfähigkeit in hervorragender Weise die Stromnetze stabilisiert und als
- 14 schwarzstartfähiges Kraftwerk bei Blackouts einspringen kann. Wasserkraft mit ihren
- 15 Querbauwerken dient zudem der Wasserhaltung, der Sicherung des Grundwassers, Schutz
- 16 vor schnellem Abfluss bzw. Austrocknung und dem Hochwasserschutz. Wasserkraftwerke
- 17 leisten zudem direkten Umweltschutz, indem sie die Gewässer von Müll und vor allem
- 18 Plastik befreien. Seit Jahren liegen bezüglich der Wasserkraft bei der Bayerischen
- 19 Staatsregierung aber nur Absichtserklärungen vor (zuletzt „Energie innovativ“),
- 20 jedoch ohne bisherige Umsetzung.
- 21 Der Ausbau der Wasserkraft in Bayern muss daher endlich zielgerichtet realisiert
- 22 werden. Wir Freie Demokraten Bayern fordern deshalb: Der Ausbau der Wasserkraft muss
- 23 zur Erreichung eines Ausbauziels von 25 % an der bayerischen Stromversorgung deutlich
- 24 forciert und als kritische Infrastruktur mit Systemrelevanz für die
- 25 Versorgungssicherheit unter den Beteiligungsvorbehalt der Aufsichtsbehörden gestellt
- 26 werden.
- 27 Hierzu müssen auch die Genehmigungsverfahren für Wasserkraft endlich beschleunigt
- 28 werden. Dafür muss das nun - auch dank der FDP - gesetzlich festgestellte überragende
- 29 öffentliche Interesse an der Wasserkraft (EEG 2023) das wasserrechtliche
- 30 Bewilligungsverfahren bestimmen, indem klare staatliche Erlasse, Rechtsverordnungen
- 31 und Verwaltungshinweise an Naturschutzbehörden und Wasserwirtschaftsämter ergehen.
- 32 Nach Ansicht von Experten wären unter günstigsten staatlichen Vorgaben von der
- 33 Eingangsprüfung bis zum Bewilligungsbescheid ca. 12 Monate ausreichend.
- 34 Wasserkraft muss in Bayern darüber hinaus wieder in die Öffentlichkeit gerückt
- 35 werden, gleichbedeutend mit den Erneuerbaren Energien Photovoltaik und Wind.

Begründung

Der Ausbau der Wasserkraft in Bayern muss endlich zielgerichtet realisiert werden. Seit Jahren liegen Absichtserklärungen, Pläne und Energiekonzepte der Bayerischen Staatsregierung vor, zuletzt „Energie innovativ“ mit einem vorsichtigen Ausbauziel um 10 %, ohne bisherige Umsetzung.

Bayern erzeugt in etwa 75 Terawattstunden Strom jährlich. Die rund 4250 Wasserkraftwerke steuern in Bayern 15% bis 17% zur Stromversorgung bei. Das entspricht rd. 13 Milliarden Kilowattstunden (kWh). Eine Steigerung nur um 10% würde bereits 1,3 Milliarden kWh mehr an Ökostrom bedeuten, der zusätzlich 370.000 durchschnittliche Haushalte versorgen könnte und mehr als eine dreiviertel Million Tonnen CO₂ einsparen würde. Das entspricht dem Strombedarf aller Privathaushalte in den Großräumen Nürnberg-Fürth-Erlangen und Augsburg! Das vom Bayerischen Umweltministerium avisierte Ausbaupotential in allen bayerischen Regierungsbezirken, allein schon in Oberbayern und Niederbayern, dürfte höher liegen.

In Politik, Naturschutzbehörden, Umweltschutzorganisationen und Medien wurde unter Erneuerbaren Energien die Wasserkraft als Erneuerbare Energie jedoch leider bisher nicht wirklich wahrgenommen, so dass sie bis vor kurzem ein Nischendasein führte und als bedeutungslos von grüner Politik und Gesetzgebung abgetan werden konnte, obwohl sie mit 13 Terawattstunden mehr als doppelt so viel Strom erzeugt wie alle 1.100 Windräder (5 Terawattstunden) in Bayern und in etwa so viel wie alle bayerischen Photovoltaikanlagen. Im Schnitt versorgt dabei ein 500 kW Wasserkraftwerk rund 850 Durchschnittshaushalte vor Ort – regional, ressourcenschonend, zuverlässig und ohne Belastung des Klimas.

In Bayern besteht die Wasserkraft, seit 30 Jahren deshalb stagnierend, aus rd. 4.250 Anlagen, davon gehören 3.800 zur kleinen Wasserkraft. Vor fast 100 Jahren lag die Zahl der Wasserkraftanlagen bei insgesamt rd. 11.900. 90% dieser Wasserkraftanlagen gehören somit der sogenannten "kleinen Wasserkraft" (unter 500 kW Leistung) an, die aber 1 Milliarde kWh Strom zuverlässig und rund um die Uhr pro Jahr liefern.

An Spitzentagen bzw. -stunden decken PV und Windkraft zwar tatsächlich zu mehr als 100% den Strombedarf, aber an anderen Tagen beträgt der Beitrag von PV und WK nicht mal 1% - dann wäre ohne Grundlaststrom keine Versorgungssicherheit gegeben. Stromspeicher, in Summe im Giga- bis Terrawattstundenbereich erforderlich, sind qualitativ und vor allem quantitativ absehbar nicht in ausreichender Dimension verfügbar.

Antrag 82/A016: Grüne Lunge am Haus: Gebäudebegrünung ausbauen

Antragsteller*in:	BV Oberbayern
-------------------	---------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Auswirkungen des Klimawandels machen sich in dicht bebauten Städten und
- 2 Industriegebieten bemerkbar. Unser Ziel ist, die Resilienz von Städten gegenüber dem
- 3 Klimawandel zu stärken und die Lebensqualität zu erhöhen. Städte wie Mailand und
- 4 Singapur zeigen, dass dies auch wirtschaftlich möglich ist und die Temperatur in der
- 5 Stadt signifikant verringern kann.
- 6 Deshalb fordern wir Freie Demokraten Bayern eine verpflichtende Fassadenbegrünung
- 7 ("vertikale Gärten") von industriellen, gewerblichen und öffentlichen Neubauten in
- 8 Großstädten im Freistaat Bayern.
- 9 Klima- und Umweltschutz funktionieren nur richtig, wenn breite Teile der Bevölkerung
- 10 dazu befähigt werden, sich zu beteiligen. Förderungen nach dem FES (Förderrichtlinie
- 11 Energieeinsparung) sind zwar ein guter erster Schritt, allerdings steht auch hier der
- 12 Staat häufig seinen Bürger:innen im Weg. Wir fordern deshalb die Entbürokratisierung
- 13 des Prozesses. Die Beantragung sowie auch die Bewilligung der Begrünung von Fassaden
- 14 muss binnen einer Woche möglich sein, jede Kommune sowie das Land sollen eine Stelle
- 15 schaffen, an die Hausbauer:innen sich wenden können, um all ihre Fragen effizient
- 16 beantwortet zu bekommen.
- 17 Fassadenbegrünungen auch von Bestandsgebäuden sollen als Ökokontomaßnahmen erfasst
- 18 und im Ökoflächenkataster eingetragen werden können. Hierbei sollen die
- 19 mikroklimatischen Belange besonders berücksichtigt werden.
- 20 Um den Genehmigungsprozess zu vereinfachen und mehr Ressourcen für die Begrünung zu
- 21 schaffen, ist es notwendig, Brandschutzvorgaben zu konsolidieren. Anstelle der
- 22 aktuell geltenden Rechtslage, nach der für jede Fassade eine einzelne
- 23 Feuerschutzprüfung durchgeführt werden muss, fordern wir eine Eingliederung von
- 24 Pflanzen zur Fassadenbegrünung in Brandschutzklassen.
- 25 Doch eine Verpflichtung allein schafft noch keine Akzeptanz innerhalb der
- 26 Bevölkerung. Deshalb sollen auch staatliche Anreize weiter forciert und ausgebaut
- 27 werden. Wir fordern deshalb, dass der Staat nicht nur Förderung anbietet, sondern
- 28 diese auch stärker kommuniziert. Die beste Werbung ist dabei, eigene staatliche
- 29 Immobilien zu begrünen. Außerdem soll explizit auf die bayerischen Hochschulen
- 30 zugegangen werden, um hier mögliche Konzepte für mehr und kosteneffizientere
- 31 Fassadenbegrünung zu erarbeiten. Pilotprojekte können hier auch als Werbung dienen.

Antrag 82/A017: Neuorganisation von Lehrverpflichtungen

Antragsteller*in:	BV Oberbayern
-------------------	---------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Um mehr junge Menschen für den Lehrerberuf zu gewinnen, fordert die FDP Bayern: Das
- 2 Staatsministerium für Unterricht und Kultus soll die für das Studium *Lehramt*
- 3 *Realschule* und *Lehramt Gymnasium* vorgegebenen Fächerkombinationen abschaffen.
- 4 Um eine gerechte Arbeitsverteilung und Bezahlung zu garantieren, sollen die
- 5 Lehrverpflichtungen unter Berücksichtigung der unterrichteten Fächer und
- 6 Jahrgangsstufen neu organisiert werden; hierbei ist besonders darauf zu achten, dass
- 7 nicht fachunterrichtliche Tätigkeiten wie etwa Klassenleitungen bei der Zuteilung von
- 8 Unterrichtsstunden angemessen berücksichtigt werden.

Begründung

Um dem Lehrermangel entgegenzuwirken, ist es dringend notwendig, mehr Menschen für den Beruf zu gewinnen. Eine Abschaffung der teils sehr willkürlich anmutenden Fächerverbindungen (so kann etwa das Fach Deutsch zwar zusammen mit den Fremdsprachen Englisch oder Französisch, nicht aber mit Italienisch oder Spanisch studiert werden), ermöglicht es den zukünftigen Lehramtsstudenten, sich tatsächlich an den eigenen Interessen zu orientieren, statt für das Fach ihrer Wahl ein weiteres, eventuell ungern gewähltes Fach in Kauf nehmen zu müssen. Zudem ist es ohne vorgegebene Fächerverbindungen auch für Quer- und Seiteneinsteiger sowie für Lehrkräfte aus anderen Bundesländern oder gar Staaten deutlich einfacher, eine unbefristete Anstellung an bayerischen Schulen zu bekommen. Die außerunterrichtlichen Tätigkeiten wie Vor- und Nachbereitung sowie insbesondere Korrekturen erfordern je nach Fach und Jahrgangsstufe einen deutlich unterschiedlichen Zeitaufwand. Zudem fällt noch Arbeitszeit für pädagogische Aufgaben und Verwaltungsaufgaben, wie etwa Klassenleitungen an, die bei der bisherigen Berechnung der Unterrichtszeit nicht berücksichtigt wird. Erst durch eine klare Bewertung des Gesamtzeitaufwandes der einzelnen Unterrichtsstunden nach Fach und Jahrgangsstufe sowie sonstiger schulischer Aufgaben ist es möglich, die Arbeitsbelastung gleichmäßig auf die Lehrer zu verteilen bzw. bei trotz gleicher Anzahl an Unterrichtswochenstunden abweichender echter Wochenarbeitszeit für eine gerechte Bezahlung zu sorgen.

Antrag 82/A018: Den frühen Wurm frisst der Vogel: Schulbeginn auf 9:00 Uhr verschieben

Antragsteller*in:

BV Oberbayern, Junge Liberale Bayern

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Studien zeigen, dass Schüler aufnahmefähiger sind und gesünder leben, wenn die
- 2 Schulzeit später als derzeit üblich beginnt. Wir fordern daher, den Schulbeginn in
- 3 Bayern grundsätzlich von 8:00 Uhr auf 9:00 Uhr zu verschieben. Die Rahmenbedingungen
- 4 dafür sind entsprechend zu schaffen bzw. anzuschaffen.
- 5 Für Grundschulen muss jedoch eine Morgenbetreuung für Kinder von berufstätigen Eltern
- 6 im Rahmen der verlässlichen Betreuung ab 7:00 Uhr eingerichtet werden.
- 7 Falls dies nicht sofort flächendeckend durchgesetzt werden kann, soll zumindest
- 8 zunächst in einigen Landkreisen mit einem entsprechenden Testlauf begonnen werden.

Begründung

Literatur:

- Dunster, G.P. et al. (2018): Sleepmore in Seattle: Later school start times are associated with more sleep and better performance in high school students, in: *Science Advances* (4/12)
- Van der Vinne, V. (2014): Timing of Examinations Affects School Performance Differently in Early and Late Chronotypes, in: *Journal of Biological Rhythms* (30/1), S. 53-60
- Randler, C. (2010): Age and Gender Differences in Morningness–Eveningness During Adolescence, in: *The Journal of Genetic Psychology*, S. 302-308
- Betz, M.; Cassel, W.; Köhler, U. (2012): Schlafgewohnheiten und Gesundheit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, in: *Deutsche Medizinische Wochenschrift*, S. 137
- Crowley, S.J.; Acebo, C.; Carskadon, M.A. (2007): Sleep, circadian rhythms, and delayed phase in adolescence, in: *Sleep Medicine*, S. 602-612
- Fabbian, F. et al. (2016): Chronotype, gender and general health, in: *The Journal of Biological and Medical Rhythm Research*, S. 863-882
- Enright, T.; Refinetti, R. (2016): Chronotype, class times, and academic achievement of university students, in: *The Journal of Biological and Medical Rhythm Research* (34/4), S. 445-450

Zusammenfassung: <https://www.quarks.de/gesellschaft/bildung/darum-sollte-die-schulespaeter-beginnen/>

Antrag 82/A019: Waffenlieferungen an die Ukraine verstärken

Antragsteller*in:

LFA Freiheit und Menschenrechte weltweit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Infolge des Angriffskrieges Russlands forderte der Deutsche Bundestag die
- 2 Bundesregierung dazu auf, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Die
- 3 Bundesregierung setzt diese Forderung jedoch bisher unzureichend um.
- 4 Wir Freie Demokraten Bayern stellen daher fest: Der politische Wille im
- 5 Bundeskanzleramt zu wirksamer militärischer Hilfe an die Ukraine fehlt. Der Krieg
- 6 mitten in Europa verlangt mehr Verlässlichkeit und Entschlossenheit von der deutschen
- 7 Regierung; sie muss sich von ihrem restriktiven Kurs bei den Waffenlieferungen an die
- 8 Ukraine verabschieden. Die Bundesrepublik muss alle Anstrengungen unternehmen, die
- 9 Ukraine zu unterstützen, und das ohne Verzögerungen. Die Formel hierfür soll lauten:
- 10 Mehr und schneller. Deutschland muss qualitativ hochwertige und wirksame
- 11 Waffensysteme an die Ukraine liefern – mehr und schneller.
- 12 Dazu fordern wir Freie Demokraten Bayern:
- 13 **1. Den stockenden Ringtausch auslaufen zu lassen und dafür die**
- 14 **Genehmigungsverfahren für Waffenlieferungen zu aktivieren und zu beschleunigen**
- 15 Der Ringtausch mit den Partnern in Ostmitteleuropa kommt nicht voran. Durch den
- 16 Ringtausch erhalten die Ukrainer lediglich altes und im gesamten ehemaligen Ostblock
- 17 bekanntes Gerät. Die Ukrainer brauchen allerdings moderne Waffensysteme, die nicht
- 18 nur in Quantität, sondern vor allem durch Qualität die russische Armee zurückdrängen
- 19 können. Die Umstellung auf NATO-Munition ist bereits in vielen Bereichen (bspw.
- 20 Artillerie) in vollem Gange. Moderne westliche Waffensysteme sind alten sowjetischen
- 21 Waffensystemen überlegen und daher einzusetzen. Zudem werden die Möglichkeiten des
- 22 Ringtauschs bald erschöpft sein, weil das alte Material sowjetischer Bauart
- 23 aufgebraucht sein wird.
- 24 Die Bundesregierung soll Ausfuhrgenehmigungen an die deutsche Rüstungsindustrie – wie
- 25 etwa für den Schützenpanzer Marder oder den Kampfpanzer Leopard – ohne Aufschub
- 26 erteilen. Laut Rheinmetall und KMW könnten die Unternehmen über 100 solcher Panzer
- 27 zur Verfügung stellen. Leopard 1-Panzer könnten KMW und FFG Flensburg nach
- 28 Instandsetzung liefern. Die Ukraine erklärte sich sogar dazu bereit, diese
- 29 Waffensysteme zu erwerben.
- 30 **2. Direkte Lieferungen von schweren Waffen an die Ukraine zu leisten**
- 31 Parallel zu schnelleren Ausfuhrgenehmigungen soll Deutschland moderne Waffensysteme –
- 32 wie etwa Luftabwehrsysteme – aus den Beständen der Bundeswehr direkt an die Ukraine
- 33 liefern. Die deutsche Industrie kann dann die erforderlichen Kontingente neu
- 34 fertigen, um unsere Verteidigungsbereitschaft aufrecht zu erhalten, NATO-

35 Verpflichtungen einzuhalten und die Bundeswehrbestände zu modernisieren.
36 Deutschland und seine Verbündeten sind derzeit nicht in aktive Kampfhandlungen in
37 Europa eingebunden. Die Ukraine hingegen braucht jetzt Soforthilfe. Die Freiheit
38 Europas wird in der Ukraine und durch die Ukraine verteidigt. Die Bundesregierung
39 muss neben modernen westlichen Waffensystemen auch die dazugehörige Munition und die
40 notwendige Ausbildung langfristig zur Verfügung stellen.
41 Direkte und konstante Waffenlieferungen bedeuten konkret, z.B. Mehrfachraketenwerfer
42 vom Typ Mars II, weitere Panzerhaubitzen 2000, Kampfpanzer Leopard 2, Schützenpanzer
43 Marder und Transportpanzer Fuchs an die Ukraine zu liefern. Eine hohe Zahl solcher
44 Waffensysteme wird der Ukraine ermöglichen, sich weiterhin gegen die russische
45 Aggression und den willkürlichen Einsatz von Artillerie und Marschflugkörpern zu
46 wehren.

Antrag 82/A020: Eine resiliente, sicherheitspolitische Energiestrategie für Europa

Antragsteller*in:

LFA Freiheit und Menschenrechte weltweit

Die Versammlung möge beschließen:

1 Wir Freie Demokraten Bayern sehen aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die
2 Ukraine und der damit verbundenen Vertragsverletzungen gegenüber Deutschland, der EU
3 und weiterer NATO-Staaten die Verteidigung unserer wirtschaftlichen Stärke und
4 Unabhängigkeit unseres außenpolitischen Handelns durch die sofortige Umsetzung einer
5 neuen sicherheitspolitischen Energiestrategie als unabdingbar an.

6 Mit dem Einsatz von Energieträgern als geopolitisches Druckmittel, ist eine neue
7 sicherheitspolitische Realität in Europa eingetreten. Die durch die Bundesregierung
8 ausgerufene Zeitenwende macht neue verteidigungspolitische Paradigmen und Vorgehen
9 obligatorisch. Deutschland muss seine eigene Energieversorgung im Rahmen europäischer
10 Solidarität sicherstellen und dabei geopolitische Realitäten mit einbeziehen. Dazu
11 gehört auch die stringente Umsetzung der in der EU Energie-Union vereinbarten
12 Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur zwischen den Mitgliedsstaaten. Deutschland
13 darf in Zukunft durch seine Energieabhängigkeit von autoritären Staaten nicht mehr
14 erpressbar sein und muss seine Energieversorgung resilient gestalten.

15 Dazu sind für uns die folgenden Schritte unabdingbar umzusetzen:

- 16 • Deutschland muss eine Vorreiterrolle innerhalb der EU einnehmen bei der
17 Ausarbeitung und Unterstützung von Projekten zur Gewinnung von fossilen
18 Energieträgern, die wir noch längere Zeiträume bis zum finalen Ausrollen der
19 Wasserstoffwirtschaft – zwar mit abnehmender Intensität – benötigen werden.
20 Weiterhin sind Programme zur Energiegewinnung durch regenerative Verfahren zu
21 priorisieren, etwa Photovoltaik, Windkraft, Wasserkraft, Grüner Wasserstoff,
22 Biogas und Geothermie sowie weiterer nutzbarer Hochtechnologieverfahren zur
23 Gewinnung von Energie. Die deutsche Abhängigkeit von russischem Gas zwingt heute
24 die gesamte EU zu Einsparungen. Deutschland muss hier zur Wahrung strategischer
25 Interessen als Vorreiter auftreten, damit es seine geopolitischen Fehler der
26 Vergangenheit – durch entschlossene Führung mit dem Ziel weitgehender
27 energiepolitischer Unabhängigkeit – ausgleicht.
- 28 • Deutschland muss in Absprache mit seinen internationalen Partnern die
29 Verlängerung der Laufzeiten aller noch funktionstüchtigen deutschen
30 Atomkraftwerke solange sicherstellen, wie sie für den Erhalt der Netzsicherheit
31 erforderlich sind. Hierzu ist die Beschaffung neuer Brennstäbe von verlässlichen
32 internationalen Partnern, sowie die Prüfung und Vorbereitung bereits
33 abgeschalteter AKW geboten.
- 34 • Deutschland muss sich im Rahmen der europäischen Energiepolitik dafür einsetzen,
35 dass Abhängigkeiten von autoritären Staaten und damit eine außenpolitische

- 36 Schwächung Deutschlands unter allen Umständen verhindert wird. Internationale
 37 Verträge zur Lieferung von Energieträgern müssen völkerrechtliche
 38 Verpflichtungen beinhalten. Staaten wie Aserbaidschan, welche territoriale
 39 Konflikte in naher Vergangenheit durch völkerrechtswidrige Überfälle versucht
 40 haben für sich zu entscheiden, sind keine zuverlässigen Partner und sind somit
 41 als Vertragspartner ungeeignet.
- 42 • Es muss nicht nur der Vertragspartner sondern auch der Versorgungsweg bei der
 43 energiepolitischen Planung berücksichtigt werden. Das Beispiel Kasachstan zeigt,
 44 dass auch die Wege der Versorgung von geopolitischer Relevanz sind. Die
 45 Sicherheit der Versorgungswege soll durch die Vertragspartner und die NATO
 46 gewährleistet werden.
 - 47 • Die Energiestrategie muss geopolitisch so ausgelegt sein, dass die Umgehung von
 48 Sanktionen und die Beschaffung von Energieträgern über Proxy-Staaten bzw. Proxy-
 49 Firmen nicht die eigentliche Handlungsabsicht untergräbt bzw. die ergriffenen
 50 Sanktionen zu wirkungslosen Maßnahmen verkommen lässt. Zudem ist eine möglichst
 51 breite Diversifikation von Lieferanten als strategisch wertvoll einzustufen.
 52 Dies erlaubt schnelle Eingriffs- und Handlungsmöglichkeiten bei der Umstellung
 53 von Vertragspartnern.
 - 54 • Die EU muss zur Erzielung der Unabhängigkeit von russischen fossilen
 55 Energieträgern eine gemeinschaftliche LNG-Strategie und ein gemeinschaftliches
 56 LNG-Netz entwickeln, um den Transport und Handel mit Flüssiggas in der EU zu
 57 vereinfachen und zu beschleunigen. Dies lindert die Abhängigkeit von bestehenden
 58 Pipelines zu autoritären Staaten und fördert einen umfangreichen international
 59 diversifizierteren Erwerb von Flüssiggas. Durch Verteilung auf ein breites Netz
 60 wird Georedundanz gewährleistet und somit das Netz resilienter gestaltet.
 - 61 • Zur Umsetzung der Energie-Union innerhalb der EU muss in jedem Fall auch
 62 regelmäßige Ausfallsimulationen unter definierten Klima- und
 63 Konfliktbedingungen, und die Exekution des zur Absicherung notwendigen Ausbaus
 64 der Infrastruktur in allen Mitgliedsländern gehören. Dazu gehört auch eine
 65 vollständige Kartierung kritischer Infrastruktur und deren auch militärische
 66 Absicherung.
- 67 Ziel ist eine deutsche geopolitische Energiestrategie, die langfristig Abhängigkeiten
 68 von Russland und weiteren autoritären Staaten verhindert und somit die Sicherheit
 69 Deutschlands, die Stärke und Einheit der EU und damit die Handlungsfähigkeit im
 70 Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik stärkt.

Antrag 82/A021: Priorität und Rechtssicherheit für Maßnahmen zum Schutz vor Angriffen im Cyberraum

Antragsteller*in:

LFA Freiheit und Menschenrechte weltweit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten Bayern sehen insbesondere aufgrund der russischen Aggression mit
- 2 hybrider Kriegsführung unsere innere und äußere Sicherheit, sowie die Sicherheit der
- 3 verbündeten Staaten in der EU und NATO immer mehr und immer häufiger durch Angriffe
- 4 im Cyber- und Informationsraum bedroht.
- 5 Es gibt heute keine gesetzlichen Regeln für den Einsatz von Mitteln zum Schutz oder
- 6 zur Durchführung von Gegenmaßnahmen für den Cyber- und Informationsraum. Hier ist
- 7 Rechtssicherheit und eine strategische Ausrichtung der Staaten - und damit auch der
- 8 Bundesrepublik Deutschland - zwingend und unverzüglich zu schaffen.
- 9 Dazu sind für uns die folgenden Maßnahmen von der Bundesregierung und dem Bundestag
- 10 zu beschließen und umzusetzen:
- 11 • Schaffung eines Rechtsrahmens und gesetzlichen Absicherung für alle
- 12 erforderlichen und planbaren Schutz- und Gegenmaßnahmen von Diensten und
- 13 Einheiten des BMI und BMVg zur Abwehr von Angriffen aus dem virtuellen Raum. Wir
- 14 fordern dazu die gesetzliche Definition und Absicherung von allen möglichen
- 15 Abwehr- und Gegenmaßnahmen, die den Schutz der staatlich kritischen
- 16 Infrastruktur im Cyber- und Informationsraum sicherstellen, sowie die Schaffung
- 17 von Rechtssicherheit beim Schutz der Internet-Infrastruktur und der
- 18 Telekommunikation.
- 19 • Wir wollen, dass die sichere Informationsübertragung auf allen relevanten Ebenen
- 20 als Kernressource für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gewährleistet wird
- 21 • Wir fordern die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit mit den Diensten der
- 22 mit uns verbündeten Staaten sowie eine Ausweitung und Intensivierung der
- 23 Kooperation der NATO Staaten im Cyber-Operationszentrum. Hier sind alle
- 24 staatlichen Einsatzmittel zur Erstellung gemeinsamer aktueller Lagebilder
- 25 einzubringen und diese dann für alle gleichermaßen verfügbar zu machen. Diese
- 26 Lagebilder sollen Störungen und Störer im relevanten gemeinsam zu schützenden
- 27 Land-, Luft-, See- und Weltraum aufklären und aktuell darstellen.
- 28 • Wir fordern insbesondere die Befassung eines Nationalen Sicherheitsrates mit
- 29 einer mit den Verbündeten abgestimmten Cyber-Sicherheitsstrategie, die der
- 30 Sicherung der territorialen Unversehrtheit und Souveränität Deutschlands dient.
- 31 • Wir fordern einen eigenen Haushaltstitel für die ressortübergreifenden Schutz-
- 32 und Gegenmaßnahmen im Cyber- und Informationsraum. Wie bei den wichtigsten
- 33 verbündeten Nationen sollen in Deutschland für diesen Titel Haushaltsmittel in
- 34 einer Größenordnung von 10% des Verteidigungshaushaltes zusätzlich p.a. für

- 35 Beschaffungs-, Personal- und Operationskosten eingeplant werden.
- 36 • Wir fordern bei allen öffentlichen Beschaffungen von Dienstleistungen und Gütern
37 in diesem Bereich eine gründliche Überprüfung auf Sicherheitsgefahren und -
38 lücken zu erstellen.
- 39 • Potentielle Gegenmaßnahmen dürfen nicht dazu führen, dass Sicherheitsbehörden
40 erkannte allgemeine Sicherheitslücken in Hardware und Software nicht
41 veröffentlichen. Sowohl Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger, Hersteller
42 entsprechender Hardware und Software, als auch öffentliche Behörden selbst
43 benötigen entsprechende Informationen, um sich vor böartigen Entitäten schützen
44 zu können.
- 45 Ziel ist es, die deutsche Sicherheitsstrategie um das Feld der Sicherung des Cyber-
46 und Informationsraums rechtssicher und kostendeckend zu erweitern. Die Priorisierung
47 dieses Operationsfeldes ist längst überfällig, wir müssen endlich auf diesem Gebiet
48 der Verteidigung unserer Souveränität und unserer Sicherheit „vor die Welle“ kommen
49 und Handlungsfähigkeit sowie Abschreckungsfähigkeit demonstrieren können.
- 50 All das darf aber selbstverständlich nicht im Sinne einer weiteren Aushöhlung von
51 Bürgerrechten interpretiert werden - im Gegenteil braucht es auch hier klare
52 Rechtsrahmen, eine wirksame Kontrolle und mehr Schutz der Privatsphäre von
53 Einzelpersonen. Ebenso ist weiterhin eine klare Trennung von Polizei, zivilen
54 Geheimdiensten und Militär sicherzustellen.

Antrag 82/A022: Europäische Perspektiven für den Westbalkan

Antragsteller*in:

LFA Freiheit und Menschenrechte weltweit

Die Versammlung möge beschließen:

1 Wir Freie Demokraten Bayern fordern:

- 2 • **Die Handlungsfähigkeit und Aufnahmebereitschaft der EU muss erhöht werden.**
- 3 • **Albanien, Nordmazedonien und Montenegro schnell in die EU aufzunehmen.**
- 4 • **Serbien muss sich zu Europa bekennen und ethnische Spannungen schnell beenden.**

5 Die Südostflanke Europas, der Westbalkan, drängt seit längerer Zeit in die EU. Die
6 Langwierigkeit dieses Prozesses führt zu Frust auf der politischen Ebene und in den
7 Gesellschaften dieser Länder. Die geografische Nähe und unmittelbare Nachbarschaft
8 zur EU machen dieses Dilemma allerdings zu einer Gefahr für die Sicherheit Europas.
9 Russland und China bemühen sich intensiv um die Gunst dieser Länder und finden vor
10 allem in Serbien viel Offenheit für diplomatische Avancen und finanzielle
11 Unterstützungsleistungen.

12 Die EU muss handeln, um die Entwicklung in dieser Region im Griff zu behalten und
13 muss dabei folgendermaßen vorgehen:

- 14 • **Die EU muss aufnahmefähig** werden, indem Entscheidungsverfahren straffer gemacht
15 werden: Insbesondere darf bei Themen, in denen bisher **Einstimmigkeit** vorgesehen
16 ist, spätestens ab 2026 auch ein Veto von maximal zwei Staaten eine Entscheidung
17 nicht mehr verhindern. Dies muss vor allem bei der **Gemeinsamen Außen- und**
18 **Sicherheitspolitik** der Fall sein. Nur so kann eine EU mit dann 30 Mitgliedern
19 noch handlungsfähig sein.
- 20 • **Nordmazedonien, Albanien und Montenegro sollten schnellstmöglich Vollmitglieder**
21 **der EU werden**, sobald sie die Kopenhagener Kriterien in Gänze erfüllen. Mit den
22 Regierungen dieser Länder sollte ein Aktionsprogramm dafür erarbeitet werden, um
23 die wichtigsten Hindernisse bis dahin aus dem Weg zu räumen.
- 24 • Die Bemühungen der EU, um eine **dauerhafte Lösung der ethnischen bzw.**
25 **gesellschaftliche Konflikte zwischen bzw. in Serbien, Bosnien-Herzegowina und**
26 **Kosovo** zu erreichen, müssen intensiviert werden. Auch hierfür muss ein
27 Aktionsprogramm erarbeitet werden mit dem Ziel, bis Ende 2025 eine stabile
28 Situation zu schaffen. Dann kann auch für diese drei Länder über das weitere
29 Vorgehen bezüglich eines EU-Beitritts zügig entschieden werden, sobald die
30 Kopenhagener Kriterien in Gänze erfüllt sind.
- 31 • Eine der Grundvoraussetzungen für einen EU-Beitritt ist es, dass in allen
32 Beitrittskandidaten **keine neuen Kredit- oder Investitions-Projekte mit China,**
33 **Russland oder Iran** mehr zugelassen werden. Weder von staatlichen noch von
34 privaten Institutionen dieser Länder. Auch eine **militärische Kooperation**

- 35 **jeglicher Art muss auf unbestimmte Zeit ausgeschlossen bleiben.** Dies muss
36 vertraglich festgeschrieben werden, für den Fall eines Zuwiderhandelns müssen
37 effektiv wirksame Sanktionsmöglichkeiten vereinbart werden.

Antrag 82/A023: Einführung eines Senioren Au-Pairs

Antragsteller*in:	KV München-Land
-------------------	-----------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Einrichtung eines „Senioren Au-Pairs“ eng angelehnt an die Bedingungen, die für
- 2 Au-Pairs in Familien mit kleinen Kindern gelten.

Begründung

Viele Rentner würden gerne ihr Leben im eigenen Zuhause verbringen. Dem steht aber entgegen, dass sie trotz weitgehender Selbständigkeit doch eine Betreuung/Begleitung im täglichen Leben brauchen.

Vor dem Eintritt einer Pflegebedürftigkeit ist dies heute jedoch nur im Rahmen eines klassischen Arbeitsverhältnisses mit den immens hohen Begleitkosten möglich. Bei einer alternativen Lösung für „Wohnen gegen Hilfe“ ist der Fokus auf das Wohnen gelegt, was viele negative Begleiterscheinungen wie z.B. keine tiefe Integration in der Familie hat.

Der Weg über das neue Instrument eines „Senioren-Au-pair“, angelehnt an das in Deutschland schon existierende Au-pair für Familien mit Kindern, könnte hier eine Lösung sein.

Neben der guten Begleiterscheinung, dass so weitere dringend benötigte junge Menschen nach Deutschland kommen, die die Sprache lernen und sich so auch nach der einjährigen Au-pair Zeit problemlos in den Arbeitsmarkt integrieren können werden auch viele Probleme wie z.B. Einsamkeit, Betreuung von älteren Menschen zuhause, selbstbestimmte Teilhabe der älteren Menschen am Leben gelöst.

Wir wollen das „Senioren-Au-pair“ in seinen Bedingungen eng an die rechtliche Situation für das aktuelle Au-pair für Haushalte mit Kindern anlehnen:

- Betreuung von Senioren, die Rentner sind
- Leichte Hausarbeit, Wäsche
- Frühstück und einzelne Mahlzeiten vorbereiten
- Haus und Wohnung hüten

Nicht dazu gehört die Krankenpflege!

- Einmalig auf die Dauer von mindestens 6 Monate und maximal ein Jahr
- Nicht mehr als 6 Stunden täglich und 30 Stunden in der Woche
- Unterkunft und Verpflegung wird gestellt
- Mit 50,- Euro pro Monat Sprachkurs
- Taschengeld 280,- Euro
- Keine Sozialversicherungspflicht aber Abschluss einer Kranken- und Unfallversicherung auf Kosten des Seniors

- Mindestalter 18 Jahre. Höchstalter 27 Jahre
- Grundkenntnisse der deutschen Sprache A1
- EU Au-pairs sind genehmigungsfrei

Sonst weitere Voraussetzungen für nicht EU Au-pairs entsprechend den aktuellen Bedingungen

Antrag 82/A024: Ausbau der Wasserkraft - Energie für Bayern

Antragsteller*in:

LFA Vorankommen durch eigene Leistung

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 **Der Ausbau der Wasserkraft muss zur Erreichung eines Ausbauziels von 25% an der**
 3 **bayerischen Stromversorgung deutlich forciert und als kritische Infrastruktur mit**
 4 **Systemrelevanz für die Versorgungssicherheit unter den Beteiligungsvorbehalt der**
 5 **Aufsichtsbehörden gestellt werden.**

6 **Begründung**

7 Das bewährte Zieldreieck der Energiewirtschaft
 8 **„Versorgungssicherheit, Versorgungswirtschaftlichkeit und Umweltschutz/Klimaschutz“**
 9 erlangt aktuell wieder mehr Gültigkeit denn je. Die Wasserkraft als Erneuerbare
 10 Energie befindet sich vergleichsweise nahezu optimal in der Mitte des Zieldreiecks.
 11 Die Versorgungssicherheit (Stromangebot und- nachfrage müssen in jeder Sekunde
 12 übereinstimmen) als Grundlage jeder hochentwickelten Zivilisation und Volkswirtschaft
 13 wurde erkennbar vernachlässigt. Dabei muss im Ziel „Umweltschutz“ der Klimaschutz in
 14 der Logik der ausgerufenen Klimakrise Vorrang vor dem kleinräumigen Naturschutz vor
 15 Ort haben. Von Versorgungswirtschaftlichkeit kann nicht die Rede sein, wenn in
 16 Deutschland aufgrund von staatlichen Abgaben regelmäßig die welt- und europaweit
 17 höchsten Strompreise von den Verbrauchern und der Wirtschaft bezahlt werden müssen.

18 **Der Ausbau der Wasserkraft in Bayern** muss endlich zielgerichtet realisiert werden.
 19 Seit Jahren liegen Absichtserklärungen, Pläne und Energiekonzepte der Bayerischen
 20 Staatsregierung vor, zuletzt „Energie innovativ“ mit einem vorsichtigen Ausbauziel um
 21 10 %, ohne bisherige Umsetzung. Bayern erzeugt in etwa 75 Terawattstunden Strom
 22 jährlich. Die rund 4250 Wasserkraftwerke steuern in Bayern 15% bis 17% zur
 23 Stromversorgung bei. Das entspricht rund 13 Milliarden Kilowattstunden (kWh). Eine
 24 Steigerung nur um 10% würde bereits 1,3 Milliarden kWh mehr an Ökostrom bedeuten, der
 25 zusätzlich 370.000 durchschnittliche Haushalte versorgen könnte und mehr als eine
 26 dreiviertel Million Tonnen CO2 einsparen würde. Das entspricht dem Strombedarf aller
 27 Privathaushalte in den Großräumen Nürnberg-Fürth-Erlangen und Augsburg! Das vom
 28 Bayerischen Umweltministerium, nicht Energieministerium, avisierte Ausbaupotential in
 29 allen bayerischen Regierungsbezirken, allein schon in Oberbayern und Niederbayern,
 30 dürfte höher liegen.

31 Hierzu müssen die **Genehmigungsverfahren für Wasserkraft endlich beschleunigt werden.**
 32 Dafür muss das nun gesetzlich festgestellte, überragende öffentliche Interesse an der
 33 Wasserkraft (EEG 2023) das wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren bestimmen, indem
 34 klare staatliche Erlasse, Rechtsverordnungen und Verwaltungshinweise an
 35 Naturschutzbehörden und Wasserwirtschaftsämter ergehen. Nach Ansicht von Experten
 36 wären unter günstigsten staatlichen Vorgaben von der Eingangsprüfung bis zum

37 Bewilligungsbescheid ca. 12 Monate ausreichend.

38 **Wasserkraft muss in Bayern wieder in die Öffentlichkeit** gerückt werden,
39 gleichbedeutend mit den Erneuerbaren Energien Photovoltaik (PV) und Wind;

40 In Politik, Naturschutzbehörden, Umweltschutzorganisationen, Medien bis hin zu
41 Vorschule/Schule und damit in der Öffentlichkeit wurde unter Erneuerbaren Energien
42 die Wasserkraft als Erneuerbare Energie nicht wirklich wahrgenommen, so dass sie bis
43 vor kurzem ein Nischendasein führte und als bedeutungslos von grüner Politik und
44 Gesetzgebung abgetan werden konnte, obwohl sie mit 13 Terawattstunden (13 Milliarden
45 Kilowattstunden) mehr als doppelt so viel Strom erzeugt wie alle 1.100 Windräder (5
46 Terawattstunden) in Bayern und in etwa so viel wie alle bayerischen
47 Photovoltaikanlagen. Daher setzte die FDP nun maßgeblich durch, dass die Wasserkraft
48 im EEG 2023 gleichrangig mit Sonnen- und Windkraft von überragendem öffentlichen
49 Interesse ist, wodurch Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigt werden dürften.

50 **Forderung:** Weg von der Erzählung, dass die Wasserkraft die Gewässerökologie nur
51 schädigt und dabei der Nutzen für den Naturschutz unterschlagen wird. Es liegen keine
52 Langzeitstudien vor, die wirklich beweisen, dass Wasserkraft die Gewässer schädigt.
53 Vielmehr sind einige Schutzgebiete und gewässerökologische Nischen gerade durch die
54 Wasserkraft entstanden.

55 Wasserkraft ist wichtig für die **Netzstabilität und Notversorgung**, da sie durch ihre
56 Trägheit in den Schwankungen und **ihre Grundlastfähigkeit** in hervorragender Weise die
57 Stromnetze stabilisiert, die durch den stark und schnell schwankenden PV-Strom
58 instabil werden. Die rotierenden Massen (Momentanreserve) wie Generatoren, Turbinen
59 und Schwungräder der großen Wasserkraftwerke vermögen ein Störereignis im
60 Megawattbereich zu stabilisieren. **Die inselbetriebs- und schwarzstartfähige**
61 **Wasserkraft kann bei Blackouts lokal die Versorgung von Teilen der Bevölkerung und**
62 **wichtigen Einrichtungen (u.a. Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung,**
63 **Katastrophenschutz, Tankstellen, Handynetz) sicherstellen.** Trotz ihrer relativen
64 Trägheit im Betrieb kann die Wasserkraft durch Regeltechnik schnell Verfügbarkeit im
65 Grund-, Mittel- und Spitzenlastbereich herstellen. An Spitzentagen bzw. -stunden
66 decken PV und Windkraft tatsächlich zu mehr als 100 % den Strombedarf, aber an
67 anderen Tagen beträgt der Beitrag von PV und WK nicht mal 1 % - dann wäre ohne
68 Grundlaststrom keine Versorgungssicherheit gegeben. Stromspeicher, in Summe im Giga-
69 bis Terrawattstundenbereich erforderlich, sind qualitativ und vor allem quantitativ
70 absehbar nicht in ausreichender Dimension verfügbar.

71 Wasserkraft mit ihren Querbauwerken dient zudem der Wasserhaltung, der Sicherung des
72 Grundwassers, Schutz vor schnellem Abfluss bzw. Austrocknung und dem
73 Hochwasserschutz. Wasserkraftwerke leisten zudem direkten Umweltschutz, indem sie
74 die Gewässer von Müll und vor allem Plastik befreien.

75 **Die Wasserkraft als kritische Infrastruktur mit Systemrelevanz für die**
76 **Versorgungssicherheit muss unter Beteiligungsvorbehalt der Aufsichtsbehörden gestellt**
77 **werden,** damit sie nicht zum Spielball ausländischer Investoren werden. Die meisten
78 Mega- und Gigawasserkraftwerke sind in den Händen von Uniper/Finnland (u.a.
79 Lechwasserkraftwerke, Walchenseekraftwerk) oder Österreich (Innwasserkraftwerke). Das

- 80 könnte in Krisenzeiten oder Mangellagen nicht unproblematisch sein.
- 81 **In Deutschland tragen zuverlässig rund 7.300 Wasserkraftanlagen ihren Anteil zur**
82 **Versorgungssicherheit und Klimaschutz bei.** 90% der Wasserkraftanlagen gehören der
83 sogenannten kleinen Wasserkraft (unter 500 kW Leistung) an, die aber 1 Milliarde
84 Kilowattstunden Strom zuverlässig und rund um die Uhr pro Jahr liefern. Im Schnitt
85 versorgt ein 500 kW Wasserkraftwerk rund 850 Durchschnittshaushalte vor Ort –
86 regional, ressourcenschonend, zuverlässig und ohne Belastung des Klimas.
- 87 **In Bayern besteht die Wasserkraft, seit 30 Jahren stagnierend, aus rund 4.250**
88 **Anlagen, davon gehören 3.800 zur kleinen Wasserkraft. Vor fast 100 Jahren lag die**
89 **Zahl der Wasserkraftanlagen bei insgesamt rund 11.900.**

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 82/A025: Energiepreis-Krise begegnen: Optionen für notwendige Maßnahmen zum aktuellen Strommarktdesign

Antragsteller*in:

LFA Vorankommen durch eigene Leistung

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Wir Freie Demokraten Bayern fordern angesichts massiv steigender Stromkosten, das
3 Energie-Marktdesign so zu gestalten, dass die niedrigen Produktionskosten der
4 Erneuerbaren Energien auch bei den Bürgerinnen und Bürgern, Handel, Gewerbe,
5 Dienstleistungen und Industrie zur Geltung kommen.

6 **A. Merit Order System vorübergehend anpassen**

7 Das derzeitige System der marktwirtschaftlichen Strompreisfindung nach dem Merit
8 Order-Prinzip funktioniert zwar nach Ansicht vieler Ökonomen prinzipiell und EU-weit
9 gut. Daher wollen wir es nicht generell hinterfragen, sondern langfristig bewahren.

10 Allerdings befinden wir uns durch den vertragswidrigen Lieferstopp durch Russland,
11 welcher zu einem akuten Gasmangel in Europa geführt hat, in einer Situation, in
12 welcher dieses Prinzip zu extrem hohen Strompreisen führt; und zwar auch für solche
13 Energieträger, deren Einkaufskosten gar nicht gestiegen sind. Dies belastet derzeit
14 massiv Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen; und droht, unsere Volkswirtschaft in eine
15 Rezession zu stürzen. Daher müssen kurzfristig Maßnahmen getroffen werden, um diese
16 Preisspitzen zu verhindern.

17 Daher fordern wir Freie Demokraten Oberbayern, dass für direkt vermarktete
18 Erneuerbare Energien vorübergehend nur die garantierten Einspeisevergütungen (ggfs.
19 zuzüglich eines geringen Aufschlags) gezahlt werden und mit der einbehaltenen
20 Differenz zum Auktionspreis die Kaufpreise reduziert werden.

21 Denn dass die per EEG schon abgesicherten Erzeugungsanlagen, die zudem bereits über
22 Jahrzehnte massiv staatlich (bzw. per EEG-Umlage direkt von den Stromverbrauchern)
23 subventioniert wurden, nun zusätzlich noch extrem hohe Gewinne aus der Gaskrise
24 ziehen, ist kaum vermittelbar.

25 Im Augenblick haben Gaskraftwerke, bedingt durch die sehr hohen Gaspreise, die
26 höchsten Kosten und bestimmen so den gesamten Strompreis. Daher fordern wir, dass,
27 solange der Gaspreis sehr hoch ist, Gaskraftwerke „ihren“ eigenen Merit-Order-Preis
28 erhalten und ein zweiter Preis für Kraftwerke mit niedrigeren Kosten (und deshalb
29 günstigeren Angeboten) gilt. Die Preisbildung für Erdgas sollte dementsprechend
30 vorübergehend von den anderen Energieträgern (z.B. Kohle-, Wind-, Solar- und
31 Atomkraft) abgekoppelt werden. Dazu sollen die Börsenstrompreise möglichst
32 europaweit, sonst zunächst nur in Deutschland, unterhalb des Erdgases gekappt werden.
33 Nur, wenn dann noch Stromspitzen durch Gaskraftwerke ausgeglichen werden müssen,
34 sollen allein diese den höheren (bisherigen) Strompreis erhalten.

35 Das Merit-Order-Modell sollte auf diese Weise temporär modifiziert werden.

36 **B. Finanzielle Unterstützung von Privatpersonen und Unternehmen zum Abfedern von** 37 **Härtefällen**

38 Die Strompreise so hoch zu belassen, wie sie sind, um dann erst im Nachhinein
39 sogenannte „Über-“ oder „Zufallsgewinne“ durch den Staat abzuschöpfen und wieder
40 umzuverteilen, stellt aus unserer Sicht dagegen keinen sachgerechten Weg der
41 Entlastung dar – nicht zuletzt, weil dies einen enormen bürokratischen Aufwand
42 bedeuten und einen fragwürdigen planwirtschaftlichen Präzedenzfall darstellen würde,
43 sowie im Rahmen der staatlichen Haushaltsplanung zu sachfremden Ausgaben statt
44 direkter Entlastung von tatsächlich Betroffenen einlädt.

45 Insbesondere rückwirkende Eingriffe in Verträge können nicht akzeptiert werden, denn
46 ein großer Teil der Energie wurde bereits langfristig im Voraus disponiert.
47 Stattdessen sollte im Fokus stehen, die Strompreise selbst unmittelbar für die
48 Verbraucherinnen und Verbraucher zu senken.

49 Allerdings kann es auch unabhängig vom Strompreis zu Härtefällen kommen, insbesondere
50 wenn die Betroffenen explizit auf Gas angewiesen sind und dieses daher nicht
51 substituieren können (z.B. Haushalte mit Gasheizung oder Unternehmen, die Gas als
52 Rohstoff benötigen). Für diese sollten zielgerichtete staatliche Entlastungsmaßnahmen
53 auf den Weg gebracht werden. Ein erster, wichtiger Schritt in diese Richtung war die
54 Senkung der Umsatzsteuer auf Gas von 19 auf 7%.

55 **C. Ausweitung des Angebots**

56 Die aktuelle Problematik des Strommarkts resultiert nicht allein aus der Knappheit
57 von Erdgas, sondern auch aus der Umstrukturierung der Erzeugungsstruktur hin zu
58 Erneuerbaren Energien und Erdgas.

59 Spätestens seit Mitte letzten Jahres (also lange vor dem russischen Angriffskrieg
60 gegen die Ukraine) lassen sich international eine Verknappung und Preissteigerungen
61 an den Energiemärkten (Kohle, Rohöl, Gas) beobachten. Mit Beginn der russischen
62 Invasion im Februar 2022 sowie den nachfolgenden Sanktionen des „Westens“ und Liefer-
63 Boykotten seitens Russlands hat sich die Lage aber weiter zugespitzt. Besonders
64 problematisch sind die massive Reduktion und die Unsicherheit bzgl. der Versorgung
65 mit Erdgas. Unmittelbar betroffen sind vor allem der Wärmemarkt und die industrielle,
66 stoffliche Nutzung von Erdgas; der Strommarkt ist dagegen mittelbar betroffen.

67 Die Ausweitung des Angebots ist deshalb die wichtigste und langfristig einzig
68 wirksame Maßnahme, um den Strompreis dauerhaft zu senken. Dazu gehört, die
69 Kohlekraftwerke aus den Reserven und Bereitschaften, die technisch dazu in der Lage
70 sind, befristet für die Dauer der Krise zu aktivieren.

71 Insbesondere dürfen wir das Energieangebot aber nicht sogar weiter verknappen.
72 Stilllegungen konventioneller Kapazitäten sind deshalb zu vermeiden – daher setzen
73 wir Freie Demokraten uns unter anderem energisch für einen Weiterbetrieb der
74 verbliebenen Kernkraftwerke ein. Auch weitere Wiederinbetriebnahmen sind ins Auge zu
75 fassen. Dies gilt auch für die erst kürzlich vom Netz genommenen Kernkraftwerke.

76 Konkret das Angebot an Erdgas sollte darüber hinaus einerseits durch den bereits

77 forcierten Ausbau von LNG-Kapazitäten gesteigert werden, jedoch auch über die eigene,
 78 heimische Förderung; inklusive mittels hydraulischer Frakturierung. Und auch Biogas
 79 sollte als Substitutionsprodukt wieder mehr genutzt werden.
 80 Stromerzeugung aus Erdgas sollte wegen der Mangelsituation auf das notwendige Minimum
 81 reduziert werden. Prioritäre Anwendungen von Erdgas bleiben die Wärmeversorgung der
 82 Bevölkerung (50% Gasheizung) und die industrielle Nutzung.

83 **D. Gaspreisdeckel**

84 Beim Gaspreisdeckel unterscheiden wir:

85 **a) Staatlicher/EU-Deckel auf Weltmarkteinkaufspreise (Deckel ggü. Erzeuger).**

86 Deutschland und die EU kaufen derzeit den Weltmarkt an LNG leer. Ein Gaspreisdeckel
 87 würde LNG-Lieferungen weg von Deutschland und der EU in andere Länder umlenken, die
 88 Gas auch dringend brauchen und kapitalkräftig sind (z.B. Fernost). Die EU und
 89 Deutschland könnten dadurch bedingt ihren Gasbedarf voraussehbar nicht decken. Ein
 90 solcher Gaspreisdeckel beim Erzeuger, der auch als Sanktion gegenüber dem russischen
 91 Regime verstanden werden kann, hat daher nur im Verbund mit möglichst vielen weiteren
 92 Staaten Aussicht auf Erfolg. Um eine solche gemeinsame Aktion wollen wir uns deshalb
 93 etwa auf G7- und G20-Ebene bemühen.

94 **b) Deckel des Preises für Gasverbraucher (Deckel beim Endkunden) bzw. -versorger** 95 **(Deckel beim Gasversorger) durch staatliche Subventionierung.**

96 Eine Preisdeckelung für die Gasverbraucher wirkt tendenziell verbrauchsteigernd und
 97 gefährdet somit die Deckung des Gasbedarfs. Gasversorger sollten nur, sofern für die
 98 Aufrechterhaltung der Gasversorgung notwendig, und dann aber direkt, unterstützt
 99 werden.

100 Daher empfehlen wir die direkte Unterstützung hilfsbedürftiger Bürger durch
 101 Einmalzahlungen als Beihilfe und hilfsbedürftiger Unternehmen durch Kredite und ggfs.
 102 staatliche Beteiligung (siehe auch obiger Punkt B).

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 82/A026: Forderungen der FDP Bayern zum Fachkräftemangel

Antragsteller*in:

LFA Vorankommen durch eigene Leistung, BV Oberbayern

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 In vielen Unternehmen, quer durch sämtliche Branchen aber auch in Behörden fehlen
3 zunehmend dringend benötigte Fachkräfte. Die Ursachen sind sehr vielschichtig und
4 unter anderem zu suchen in der Demografie (Alterspyramide). Aber auch auf Grund zu
5 vieler nicht wertschöpfenden Tätigkeiten, z.B. durch Bürokratie. Das vorzeitige
6 Ausscheiden aus dem Berufsleben, weil der Strukturwandel und die Energiewende mehr
7 Arbeitsplätze mit hohen und neuen Anforderungen erfordern, ist genauso
8 ausschlaggebend für den stetig wachsenden Mangel an qualifizierten Fachkräften, wie
9 dass es zu wenige beruflich und stetig mehr akademisch ausgebildete Menschen gibt.

10 Die Freien Demokraten schlage hierzu vor:

- 11 • Eine konsequente Digitalisierung in Unternehmen und Behörden kann einen
12 wirksamen Beitrag zum effizienteren Einsatz von Personal leisten und damit
13 helfen, den Fachkräftemangel zu entschärfen. Auch die Entbürokratisierung und
14 der Abbau unnötiger Verwaltungsstrukturen können zur Verbesserung der Situation
15 beitragen. Wertschöpfende Tätigkeiten müssen überall Vorrang vor unnötigen
16 Verwaltungsverfahren und überflüssigen Prozessen bekommen. Wertschöpfende Arbeit
17 anstatt Beschäftigung!
- 18 • Daneben wollen wir Ausbildungsberufe aufwerten, wobei die finanzielle Aufwertung
19 eine unverzichtbare Verbesserung ist, aber nicht die einzige sein darf. Alle
20 Karrierewege in Unternehmen, öffentlichen Betrieben und Behörden wollen wir auch
21 mit beruflicher Ausbildung, das heißt auch ohne zusätzliche akademische
22 Ausbildung, zugänglich machen, um Pflege, Handwerksberufe und andere Berufe mit
23 großem Fachkräftemangel aufzuwerten und den Berufseinstieg attraktiver zu
24 machen. Warum sollte ein Meister nicht eine entsprechende technische Behörde
25 leiten können, eine Pflegekraft nicht eine Reha-Klinik oder jemand mit
26 entsprechend langjähriger Berufserfahrung in eine leitende Tätigkeit wechseln
27 können?
- 28 • Kostengünstige oder kostenlose Deutsch- und Integrationskurse sind insbesondere
29 auch denjenigen Zuwanderer/innen anzubieten, die schon eine Arbeits- oder
30 Lehrstelle haben. Die Vorreiter, die schnell unabhängig von staatlicher
31 Unterstützung werden wollen, sollen besonders unterstützt werden und dann durch
32 ihre Vorbildfunktion auch andere Zugewanderte motivieren, sich sprachlich,
33 finanziell und sozial in unser Gemeinwesen einzubringen.
- 34 • Bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse sollte nicht geprüft
35 werden, ob diese Abschlüsse wissenschaftlich äquivalent sind, sondern ob der

- 36 ausländische Abschluss für die angestrebte Aufgabe geeignet ist.
- 37 • Schließlich sehen wir Verbesserungsbedarf bei der beruflichen dualen Ausbildung.
- 38 Die Personaldecke in kleinen Betrieben, wie etwa oft im Handwerk, ist oft zu
- 39 dünn, durch den bestehenden Fachkräftemangel bereits angespannt und reicht
- 40 deshalb nicht aus, um neben einer guten Betreuung und Ausbildung, dort wo es
- 41 notwendig ist, auch Deutschkenntnisse sowie kulturelle Werte zu vermitteln. Hier
- 42 muss die Berufsschule ihr Angebot erweitern bzw. es als integralen Bestandteil
- 43 für einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben sehen. Neben
- 44 Unterstützungsmaßnahmen bei der Suche nach einer Lehrstelle, die es teilweise,
- 45 aber zu selten, schon gibt, müssen Auszubildende mit mangelnden
- 46 Deutschkenntnissen gezielt in Form von zusätzlichen Integrations- & Sprachkursen
- 47 unterstützt werden. Darüber hinaus sollte aber auch eine Mehrsprachigkeit in der
- 48 Ausbildung nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Deshalb fordern wir einen
- 49 angepassten Deutschunterricht an den Berufsschulen, die Durchführung von
- 50 schriftlichen Gesellen- und Zwischenprüfungen in Bau-, Elektro- und
- 51 Sanitärberufen in einfacher Sprache sowie eine Überarbeitung und Anpassung (im
- 52 Hinblick auf Erkenntnisse zur Mehrsprachigkeit und Herkunft) des
- 53 Sozialkundeunterrichts an den Berufsschulen mit dem Ziel, eines echten
- 54 Demokratie-, Regel- und Gesetzesverständnisses anstelle von Auswendiglernen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 82/A027: One-Stop-Shop für GmbH-Gründungen

Antragsteller*in:

LFA Vorankommen durch eigene Leistung

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Wir Freie Demokraten wollen Unternehmensgründungen noch schneller, einfacher und
3 digitaler machen. Die seit August 2022 mögliche digitale Gründung einer GmbH muss
4 durch eine Vernetzungs- und Beschleunigungsinitiative der bayerischen Justiz- und
5 Finanzverwaltung ergänzt werden, damit Unternehmer unmittelbar nach einer GmbH-
6 Gründung in deren Namen handeln, Personal einstellen und Rechnungen stellen können.
7 Unser Ziel ist ein *One-Stop-Shop* für GmbH-Gründungen.

8 Diese Vernetzungs- und Beschleunigungsinitiative muss insbesondere folgendes
9 beinhalten:

- 10 • Die vom Notariat erfassten elektronischen Daten der Neugründung werden
11 automatisiert und elektronisch an das zuständige Finanzamt, das Bundesamt für
12 Steuern, die zuständige Berufsgenossenschaft, die Bundesagentur für Arbeit, die
13 Sozialversicherungsträger, das Gewerbeamt und die zuständige IHK weitergeleitet
14 (One-Stop-Shop). Damit wird auch der mehrfachen und ggf. fehleranfälligen
15 Erfassung bei verschiedenen Behörden vorgebeugt (*once-only*-Prinzip).
 - 16 • Diese Meldungen werden dort automatisiert bearbeitet, sodass bei Bedarf (Auswahl
17 in der Eingabemaske) unmittelbar nach Feststellung der Neugründung auf
18 elektronischem Wege eine Betriebsnummer, eine Steuernummer und eine
19 Umsatzsteuer-Identifikationsnummer zugeteilt werden und ein Gewerbeschein
20 ausgestellt wird.
 - 21 • Bei Verwendung der gesetzlichen Musterdokumente zur Gründung einer sog. kleinen
22 GmbH (Unternehmergesellschaft) ist eine Beschleunigungsoption vorzusehen, bei
23 deren Auswahl eine Bearbeitung durch das Registergericht spätestens am folgenden
24 Arbeitstag erfolgt. Hierfür wird eine zusätzliche Beschleunigungsgebühr erhoben.
- 25 Ferner fordern wir folgende bundesrechtliche Änderungen, um Gründungen weiter zu
26 beschleunigen:
- 27 • Sofern das Stammkapital einer sog. kleinen GmbH (Unternehmergesellschaft)
28 € 1.000 oder weniger beträgt, entfällt die Einzahlung des Stammkapitals vor
29 Einreichung der Handelsregisteranmeldung zum Handelsregister. Damit kann die
30 geldwäscherechtliche Prüfung durch die kontoführende Bank parallel zum
31 Registerverfahren erfolgen.
 - 32 • Um den Einsatz von Vollmachten bei Gründungsvorgängen und späteren
33 Beschlussbeurkundungen zu digitalisieren, sind Regelungen zu elektronischen
34 Vollmachtsurkunden einzuführen, mit denen die Mechanismen der Aushändigung und
35 Rückgabe gemäß §§ 172-176 BGB vollzogen werden können. Hierfür kann ähnlich wie

- 36 bei Vorsorgevollmachten ein Register bei der Bundesnotarkammer eingerichtet
37 werden.
- 38 • Die digitale Gründung sollte auch auf andere Gesellschaftsformen (AG, eG)
39 ausgeweitet werden, und die o.g. Vernetzungen sollten auch für diese vorgesehen
40 werden.
- 41 • Es sollte ermöglicht werden, Handelsregisterauszüge in englischer Sprache zu
42 erhalten und englische Gesellschaftsverträge zu verwenden. Perspektivisch sollte
43 dies auf weitere europäische Sprachen, zunächst französisch, ausgedehnt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 82/A028: Technologie aus der Forschung in die Anwendung bringen – Ausgründungskonzept der FDP Bayern – Hightech als Motor für Innovation und Wachstum

Antragsteller*in:

LFA Vorankommen durch eigene Leistung

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- 2 Wir Freien Demokraten wollen den Technologie- und Wissenstransfer aus bayerischen
 3 Forschungseinrichtungen (Universitäten, Hochschulen und landeseigene
 4 Forschungsinstitute) in die wirtschaftliche Anwendung verbessern und beschleunigen.
 5 Bayern muss noch besser darin werden, die Forschungsergebnisse aus den Köpfen in
 6 Verfahren, Produkte, Geschäftsmodelle und Unternehmenswerte umzusetzen. Bei
 7 wissensbasierten Erfindungen, bei deren Einsatz in der Praxis nicht nur die
 8 Technologie selbst, sondern das diese umgebende Wissen erforderlich ist, stößt das
 9 klassische Lizenzmodell an seine Grenzen.[1] Daher gelingt die Translation
 10 wissensbasierter Erfindungen in Produkte, Verfahren und Dienstleistungen besonders
 11 gut in von den Erfindern neu gegründeten Unternehmen, die mit professionellen
 12 Risikokapitalgebern finanziert werden und sich außerhalb etablierter Strukturen der
 13 einen neuen Anwendung verschreiben.
- 14 Hierfür wollen wir die Gründer stärken, damit Innovationen in neuen Unternehmen
 15 umgesetzt werden können, da ohne mutige Gründer viele Werte in bayerischen
 16 Forschungsergebnissen nicht gehoben werden können. Ferner können professionelle
 17 Risikokapitalgeber, die sich aktiv um Startups kümmern und die im Wachstum derselben
 18 ihr Ziel sehen, wichtige Impulse für die Gründerkultur in Bayern setzen, sei es als
 19 Venture Capital Fonds, Business Angels oder andere private Kapitalgeber mit
 20 entsprechendem Erfahrungsschatz.
- 21 Die nächste Bayerische Staatsregierung mit Beteiligung der Freien Demokraten wird
 22 hierzu einen verlässlichen Rechtsrahmen für Technologie-Ausgründungen aus
 23 Universitäten, Hochschulen und Instituten schaffen, der es Erfindern von
 24 technologischen Innovationen ermöglicht, Ihre Erfindung im Rahmen eines Startups zu
 25 einem marktfähigen Produkt zu entwickeln. Zugleich soll den Forschungseinrichtungen
 26 die Möglichkeit gegeben werden, an den dadurch geschaffenen Werten zu partizipieren
 27 und die Erlöse wieder anderen Forschungsprojekten zuzuführen.
- 28 Das Ausgründungskonzept der Freien Demokraten wird insbesondere folgendes vorsehen:
- 29 • Hochschulen und Universitäten sollen weiterhin die Möglichkeit haben,
 30 gewerbliche Schutzrechte an Dienstleistungen der bei ihnen beschäftigten und
 31 von ihnen geförderten Forscher zu sichern und wirtschaftlich zu verwerten. Das
 32 Arbeitnehmererfindungsgesetz kann hierzu weiterhin angewendet werden. Die Kosten
 33 der Schutzrechtsanmeldungen tragen die Hochschulen und Universitäten selbst.
 34 Diese sind mit den notwendigen Mitteln auszustatten, um die Schutzrechte und die

- 35 daraus entstehenden (v.a. virtuellen) Beteiligungen professionell zu verwalten.
 36 Die Anmeldungen und das spätere Verfahren können auch an eine Agentur (bspw. die
 37 Bayerische Patentallianz GmbH) vergeben werden, wenn diese die nachstehenden
 38 Rahmenbedingungen einhält.
- 39 • Die Erfinder haben einen Anspruch darauf, dass einem von ihnen gegründeten
 40 Unternehmen eine Lizenz an den eigenen Schutzrechten sowie bei Bedarf eine
 41 nicht-ausschließliche Lizenz an angrenzenden Schutzrechten (*Background IP*)
 42 eingeräumt wird, wenn sie auf ihre finanziellen Ansprüche aus den Schutzrechten
 43 verzichten und die weiteren Voraussetzungen des Ausgründungskonzepts erfüllt
 44 sind. Gegenstand des Unternehmens muss die wirtschaftliche Verwertung der
 45 lizenzierten Technologie durch neue Verfahren, Produkte und Dienstleistungen
 46 sein (nicht deren Verhinderung). Die Erfinder sollen darin eine aktive Rolle
 47 übernehmen. Für verbeamtete Erfinder ist eine Beurlaubung im Beamtenverhältnis
 48 durch Ergänzung der Art. 87 ff. BayBG zu ermöglichen, sodass über ein
 49 Rückkehrrecht deren soziale Absicherung erhalten bleibt.
 - 50 • Die Lizenz ist exklusiv und unbegrenzt für die volle Schutzrechtsdauer
 51 einzuräumen. Sie hat alle für die Erfindung relevanten Schutzrechte und ggf.
 52 Know-how zu erfassen, soweit Rechte Dritter nicht beeinträchtigt werden. Bei
 53 Grundlagen-Technologien gilt die Exklusivität jeweils für den konkreten
 54 Anwendungsfall in der geplanten Gründung, aber möglichst breit; bei einer
 55 späteren Änderung der verfolgten Produktidee ist die Lizenz anzupassen, wenn der
 56 neue Lizenzbereich noch nicht anderweitig vergeben wurde. Bei konkreten
 57 Produkten und Verfahren gilt die Exklusivität jeweils umfassend. In beiden
 58 Fällen bleibt die lizenzgebende Einrichtung berechtigt, die Technologie für
 59 Lehr- und Forschungszwecke zu verwenden. Die Lizenz endet vorzeitig nur im Falle
 60 der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des lizenznehmenden
 61 Unternehmens oder bei dessen Liquidation oder der sonstigen Einstellung der
 62 wirtschaftlichen Aktivität. Ferner besteht ein Sonderkündigungsrecht für den
 63 Fall, dass die Kommerzialisierung der Erfindung nicht weiterverfolgt wird. Ab
 64 Erteilung der Lizenz trägt das lizenznehmende Unternehmen die weiteren Kosten
 65 der Anmeldung und der Erhaltung der Schutzrechte.
 - 66 • Zudem erhält das Ausgründungsunternehmen eine Option, die Schutzrechte zu
 67 erwerben, sobald auf dessen Basis ein Produkt, eine Dienstleistung oder ein
 68 Verfahren entwickelt wurde, erste Kunden hierfür gewonnen wurden und die
 69 Finanzierung für das weitere Wachstum gesichert ist. Die Option kann mit
 70 Durchführung der entsprechenden Finanzierungsrunde oder Aufnahme anderer
 71 Finanzierungsmittel ausgeübt werden. Die Gegenleistung kann auch in virtuellen
 72 Anteilen erfolgen. Die Option ist ferner durch ein Vorkaufsrecht ohne solche
 73 Bedingungen abzusichern.
 - 74 • Die Gründer müssen hierzu Eigenkapital in einem Umfang gesichert haben, der den
 75 laut Business Plan zumindest für die ersten 12 Monate erforderlichen
 76 Kapitalbedarf abdeckt. Dieses Eigenkapital kann von Privatpersonen, Business
 77 Angels, Family Offices, Venture Capital Fonds, staatlichen Co-Investment-Fonds
 78 (bspw. BayernKapital) oder anderen professionellen Risikokapital-Investoren

- 79 stammen. Es muss sich mehrheitlich um Investoren handeln, die die Technologie zu
 80 einem marktgängigen Produkt entwickeln wollen. Venture Capital Fonds von
 81 Unternehmen mit strategischen Interessen (sog. Corporate VCs) dürfen allenfalls
 82 als Co-Investoren agieren.
- 83 • Die lizenzgebende Forschungseinrichtung erhält keine Lizenzgebühren, sondern
 84 eine virtuelle Kapitalbeteiligung von 5% an dem neu gegründeten Unternehmen,
 85 sodass für die Gründer zusammen 95% verbleiben (*pre-Funding*). Die Anteile
 86 vermitteln grundsätzlich die gleichen finanziellen Rechte wie die der Gründer
 87 (zu den Ausnahmen sogleich); die Gründer vereinbaren diese jeweils für sich mit
 88 den Investoren. Mit dem Einstieg von Investoren werden die Beteiligungsquoten
 89 der Gründer und der Forschungseinrichtung verwässert. Abweichende Vereinbarungen
 90 zwischen der lizenzgebenden Forschungseinrichtung und den Gründern bleiben
 91 möglich, ohne dass der Anspruch der Gründer auf Lizenzerteilung dadurch
 92 eingeschränkt wäre (siehe unten).
 - 93 • Mit-Erfinder, die an der Forschungseinrichtung verbleiben (bspw. die
 94 forschungsanleitenden Professoren) bleiben weiterhin entsprechend ihrem
 95 Erfinderanteil an den Erlösen aus dem Schutzrecht beteiligt. Sofern Sie hierauf
 96 verzichten, erhalten sie (ggf. gemeinsam) virtuelle Anteile in Höhe von weiteren
 97 2% des Kapitals des neu gegründeten Unternehmens.
 - 98 • Die lizenzgebende Einrichtung und die Gründer können einvernehmlich abweichende
 99 Vereinbarungen treffen, bspw.:
 - 100 • Das Hochschulgesetz ist entsprechend zu ändern, damit Universitäten und
 101 Hochschulen sich im eigenen Namen an Unternehmen beteiligen können, falls dies
 102 abweichend vom Regelfall mit den Gründern vereinbart wird. Die Verwaltung der
 103 Beteiligungen hat dann in enger Abstimmung mit den Gründern und den
 104 finanzierenden Risikokapitalgebern zu erfolgen. Die Forschungseinrichtungen
 105 sollen keine Aufsichtsrats- oder Beiratssitze beanspruchen. Sie können aber
 Experten in einen wissenschaftlichen Beirat entsenden.
 - 106 • Bei einem späteren Verkauf oder Börsengang des Unternehmens erzielt die
 107 Forschungseinrichtung entsprechende Erlöse und kann diese wieder in ihren
 108 Forschungsbetrieb oder in neue Ausgründungen investieren.
 - 109 • Das Bayerische Wirtschaftsministerium soll für die einzelnen Rechtsverhältnisse
 110 gemeinsam mit den relevanten Marktteilnehmern Musterverträge entwickeln und zur
 111 Verfügung stellen.
- 112
 113
 114
 115
 116
 117
 118
 119
 120 Dieses Konzept versteht sich ausdrücklich als Ergänzung zu den Innovationsräumen, die

121 die Freien Demokraten zur organisatorischen Verdichtung von Spitzenforschung und
122 Spitzentechnologie-Unternehmen schaffen werden. Es richtet sich primär an
123 Universitäten und Hochschulen, kann aber auch auf außeruniversitäre
124 Forschungseinrichtungen, die vom Freistaat Bayern finanziert werden, ausgedehnt
125 werden.

126

127 [1] Bundesagentur für Sprunginnovationen, undatiertes White Paper vom Frühjahr 2022
128 „GESUCHT: KOALITION DER WILLIGEN IN POLITIK, FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN UND
HOCHSCHULEN
129 FÜR EINEN IP-TRANSFER 3.0“

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 82/A029: Digitalunterricht darf kein reiner Notnagel sein!

Antragsteller*in:

KV Starnberg

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 1. Kompetenzen schaffen
- 2 Online-Unterricht an den bayerischen Schulen wird systematisch als Kompetenz
- 3 verankert und in die Lehrpläne aller Fächer eingearbeitet. Dazu werden die Lehrkräfte
- 4 umfangreich in ihrer Digitalkompetenz fortgebildet.
- 5 2. Infrastruktur aufbauen
- 6 Den Schulen wird vom Sachaufwandsträger entsprechender Internet-Zugang und die
- 7 notwendige Hardware zur Verfügung gestellt. Außerdem erhalten sie die erforderlichen
- 8 Stellen für Systemadministratoren.
- 9 3. Keine Scheu vor privaten Anbietern
- 10 Für die genutzte Software soll auf bewährte kommerzielle Lösungen zurückgegriffen
- 11 werden, insbesondere ist der Vertrag für Microsoft Teams zu verlängern.

Begründung

Während der Pandemie haben sich die Chancen und Vorteile, aber auch die Anforderungen und Risiken des online-Unterrichts deutlich gezeigt. Sicher ist dieser nicht geeignet, Präsenzunterricht dauerhaft und in großem Umfang zu ersetzen. Die Kompetenz für Digitalanwendung muss jedoch rasch und umfangreich gestärkt werden, damit die erreichte Beherrschung dieser Medien nicht verloren geht und – ständig geübt – falls erforderlich, zur Verfügung steht. Auch im Fall langdauernder Erkrankungen einzelner Schüler kann so der Anschluss an die Lerninhalte gewahrt werden. Prinzipiell könnte dies auch die Möglichkeit für einzelne Homeoffice-Tage der Lehrkräfte eröffnen

Die Lehrkräfte müssen sich auf ihre Lehraufgaben konzentrieren können und nicht noch durch Systemadministration darin weiter reduziert werden. Daher sollen jeder Schule in erforderlichem Umfang professionelle Systemadministratoren zur Verfügung stehen.

Die Scheu vor kommerziellen Softwarepaketen ist abzubauen. Die Entwicklung eigener Softwarelösungen ist meist unzureichend, da die erforderlichen Personalkapazitäten fehlen. Der Rückgriff auf Standard-Softwarepakete ist daher effizienter und auch kostengünstiger.

Antrag 82/A030: Psychische Gesundheit ist keine Gesundheit 2. Klasse

Antragsteller*in:	KV Starnberg, BV Oberbayern
-------------------	-----------------------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die bayerischen Bezirke, insbesondere der Bezirk Oberbayern, werden aufgefordert, die
- 2 stationären und ambulanten Versorgungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen
- 3 Erkrankungen bedarfsgerecht auszubauen und zu erweitern. Das gilt besonders für die
- 4 Versorgung von psychisch erkrankten Kindern und Jugendlichen. Dazu ist die Zahl der
- 5 Betten in den psychiatrischen Kliniken und die Anzahl der Zulassungen von
- 6 Psychotherapeuten zu erhöhen und deren Ausbildung durch Übernahme der
- 7 Ausbildungskosten attraktiver zu gestalten.
- 8 An Schulen sind die niederschwelligen Angebote zur Behandlung von psychischen
- 9 Beeinträchtigungen ebenfalls bedarfsgerecht auszubauen. Dies kann beispielsweise im
- 10 Rahmen des Trainingsraumkonzeptes erfolgen, in denen Schülerinnen und Schüler
- 11 vertrauliche Ansprechpartner finden.

Begründung

Grundsätzlich gibt es in den bayerischen Bezirken ein qualitativ gutes Angebot zur stationären und ambulanten Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Durch das Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren und insbesondere durch die Strapazen der Corona-Pandemie ist die Zahl der behandlungsbedürftigen Personen deutlich angewachsen. Das gilt in hohem Maße für Kinder und Jugendliche, die durch Schulschließungen, Digitalunterricht und Maskenpflicht besonders hohem Stress ausgesetzt waren und noch sind. Dadurch ergeben sich in den psychiatrischen Einrichtungen immer wieder lange, mehrwöchige Wartezeiten, bis eine Anamnese und Therapie erfolgen kann. Die entsprechenden Angebote sind also bedarfsgerecht zu erweitern, ebenso wie die niederschwelligen Angebote in den schulischen Einrichtungen. Dort muss und kann bei entsprechender Notlage kurzfristig geholfen werden, so dass der schon durch die Pandemie bedrohte Schulerfolg nicht noch weiter gefährdet ist und um ihre zukünftigen Chancen, Entfaltung und individuelle Freiheit zu schützen.

Antrag 82/A031: Digitale Verkehrssteuerung für alle Metropolen in Bayern!

Antragsteller*in:	LFA Vorankommen durch eigene Leistung, Prof. Dr. Jörg Hoffmann, Gabriele Neff, Gerhard Dieterle, Patricia Riegel, Fritz Roth
--------------------------	--

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir, die FDP Bayern, fordern die Einführung und Umsetzung einer digitalen
- 2 Verkehrssteuerung für alle Metropolregionen in Bayern.
- 3 Die digitale Verkehrssteuerung hat folgende Ziele und Nutzen für die Bürgerinnen und
- 4 Bürger:
- 5 • Reduzierung der Stauzeiten und Überlastungen aller Verkehrsträger in den Rush-
- 6 Hour-Zeiten
- 7 • Besserer Verkehrsfluss und damit Reduktion der Fahrtzeiten für Personen- und
- 8 Wirtschaftsverkehr
- 9 • Vermeidung von Doppel- und Dreifachverkehren
- 10 • Signifikanter Beitrag für lärm- und schadstoffarme Metropolregionen
- 11 • Bessere Baustellenkommunikation
- 12 Folgende Punkte sind elementarer Bestandteile einer digitalen Verkehrssteuerung:
- 13 • Eine einheitliche Mobilitätsplattform für die gesamte Metropolregion, mobil oder
- 14 via PC verfügbar ("App"), bündelt alle Angebote aller Verkehrsträger.
- 15 • Die App wird vom Planungsträger ausgeschrieben und in einem Wettbewerbsverfahren
- 16 an eine örtliche Hochschule zusammen mit örtlichen IT-Dienstleistern (start-ups,
- 17 etablierten Dienstleistern o.ä.) vergeben.
- 18 • Alle Mobilitätsangebote aus der Region haben Anspruch auf Zugang zur Plattform
- 19 (Zugangsrecht), zudem ist diese offen für neue Entwicklungen (autonomes Fahren,
- 20 Drohne, etc.).
- 21 • Die App soll über alle gängigen Handysysteme, Bordelektronik von Autos, Bussen
- 22 und Lkws etc. verfügbar sein.
- 23 • Aufwärtskompatibel: die Plattform kann perspektivisch auch neue Mobilitätsformen
- 24 wie autonomes Fahren oder KI-basierte Mobilität integrieren, inklusive KI-
- 25 basierter Steuerung von Transport-, Personen- oder ÖPNV-Fahrzeugen,
- 26 Verkehrszeichen oder Sicherungssystemen
- 27 Folgende Funktionen werden über die neue Mobilitätsplattform nutzbar sein:
- 28 • ÖPNV-Ticket buchen
- 29 • Car-/Ride-/Bike-Sharing buchen
- 30 • Liefer- und/oder Parkplatz im Parkhaus (öffentlich, privat) oder auf der Straße

- 31 buchen
- 32 • Kombination aus Park & Ride, Bike & Ride planen und buchen
- 33 • Baustellen und/oder Staustellen umfahren
- 34 • Schnellste, günstigste oder umweltfreundlichste Verbindung planen und buchen
- 35 • Reise planen mit Prognosedaten (relevant für Wirtschafts-, KEP-,
- 36 Personenverkehr)
- 37 • E-Ladeplatz buchen
- 38 • Digitales Punkte- oder Bonus-Konto für Nutzung verkehrsschwacher Zeiten und CO2-
- 39 freie Nutzung, Malus-Konto für Nutzung verkehrsstarker Zeiten, digitaler
- 40 Ausgleich zum Jahresende mit Übertragungsmöglichkeit des Kontostandes ins
- 41 Folgejahr
- 42 • Künftig: autonomes Fahren, KI-basierte Mobilitätsformen nutzen und steuern
- 43 Sicherer Umgang mit den Daten, aber auch deren Nutzung in anonymisierter Form, sind
- 44 ein weiterer Kernbestandteil. Die Nutzer willigen eingangs zur Speicherung und der
- 45 Verwendung der Daten ein. Die anonymisierten Daten stehen zur weiteren Optimierung
- 46 der digitalen Verkehrssteuerung zur Verfügung, für Forschungszwecke und/oder für neue
- 47 Mobilitätsangebote zur Verfügung, eine sonstige gewerbliche Weitergabe findet nicht
- 48 statt.
- 49 Folgende ergänzende Maßnahmen werden notwendig sein:
- 50 • Ausrüstung der Parkplätze (Straße, Parkhäuser) mit entsprechenden Sensoren
- 51 • Digital steuerbare Schilder (insbesondere für Geschwindigkeiten und/oder
- 52 Richtungen)
- 53 • Reduktion der stationären Straßenverkehrsschilder
- 54 • Digitale Verkehrsleitzentrale und Service-Hotline mit 24/7 Verfügbarkeit und
- 55 kurzen Reaktionszeiten.
- 56 Teil dieses neuen, digitalen Ansatzes ist eine moderne Lern- und Fehlerkultur mit
- 57 "Learning by doing" und Pilotprojekten: Erfahrungen aus einer Metropolregion sind für
- 58 die anderen verfügbar, Zukunftsprojekte können auch in einer Metropolregionen
- 59 ausprobiert und getestet werden. Als FDP Bayern freuen wir uns aber auch auf einen
- 60 Wettbewerb von mehreren guten Ideen auf diesem Feld.

Begründung

Die Metropolregionen in Bayern platzen beim Thema Infrastruktur und Verkehrsfluss mindestens in den Rush-Hour-Zeiten aus allen Nähten und sind am Limit angelangt.

Der Antrag setzt einen klaren Kontrast zu konservativ-grün angehauchter Politik, die auf das Problem mit Fahrverboten, Ausweitung von Parklizenzengebieten (Gebieten mit Parkgebühren), Verteuerung der Parkzeiten, Reduktion der Parkplätze, ausgebuchte Ladeinfrastruktur, starre und unflexible City-Mauts etc. antwortet.

Wir wollen dagegen die neue Technik nutzen, um die bestehenden Kapazitäten besser zu nutzen,

Fahrtzeiten und Parksuchzeiten so gering wie möglich zu halten und die Stauzeiten deutlich zu reduzieren. Mit neu gedachter Verkehrssteuerung erreichen wir auch deutlich schneller als Grüne & Co. eine weitere Reduktion von Lärm und Schadstoffemissionen. Verkehrspolitik kann also für Bürgerinnen und Bürger sichtbar und in absehbarer Zeit etwas bewegen. So können wir weiterhin individuelle, urbane Mobilität von morgen sicherstellen.

Antrag 82/A032: Berufliche Bildung - Made in Germany

Antragsteller*in:	Junge Liberale Bayern
-------------------	-----------------------

Die Versammlung möge beschließen:

1 Allgemeines

2 Wenn wir über weltbeste Bildung für Deutschland sprechen, sprechen wir über ein
 3 Reformvorhaben, welches das gesamte bildungspolitische Spektrum umfasst: Für uns
 4 Junge Liberale Bayern ist klar, dass die berufliche Bildung genauso wertvoll ist wie
 5 die universitäre. Wir wollen eine moderne, zukunftsfähige und attraktive
 6 Berufsausbildung in Deutschland, die jungen Menschen beste Voraussetzungen für ihren
 7 individuellen Berufsweg bietet.

8 Daher fordern wir:

- 9 • Eine bessere Berufsorientierung an weiterführenden Schulen. Die
 10 Berufsorientierung muss schulformübergreifend zum festen Bestandteil des
 11 Unterrichts werden und das gesamte Spektrum der akademischen und dualen
 12 Ausbildung abdecken. Zielführend sind dabei auch Kooperationen mit
 13 Berufsinformationszentren, um im Rahmen von Talent-Tests, Umfragen und
 14 Gesprächen. Zur Gewinnung eines praktischen Einblicks in die Arbeits- und
 15 Berufswelt sollen in allen weiterführenden Schulen verpflichtende
 16 Schülerpraktika eingerichtet werden.
- 17 • Einen Ausbau des Modells der Teilzeitausbildung, denn Ausbildungswege müssen
 18 genauso flexibel und individuell sein, wie Lebensentwürfe. Dazu fordern wir ein
 19 Bezuschussungsprogramm für KMU aufzusetzen, die diese Ausbildungsmodalität
 20 anbieten.
- 21 • Dass zu Beginn der Ausbildung alle angehenden Auszubildenden, unabhängig von
 22 ihrer schulischen Vorbildung in Absprache mit dem Betrieb, eine
 23 Ausbildungsverkürzung von einem halben Jahr vereinbaren sollen können
- 24 • Anrechnungen zu erleichtern, indem bereits erworbene – praktische wie
 25 theoretische – Qualifikationen auf vergleichbare Berufsschulfächer bzw.
 26 Berufsschulpraktika anrechenbar sind.
- 27 • Auch soll es für Auszubildende unabhängig vom Schulabschluss die Möglichkeit
 28 einer kompletten Befreiung vom Besuch der Berufsschule geben, wozu ein
 29 entsprechender Test geschrieben werden muss. Dieser Test kann einmal vor Beginn
 30 der Ausbildung oder nach einem Jahr Berufsschule absolviert werden. Dies gilt
 31 auch für den Fall des Nichtbestehens
- 32 • Zur Hälfte der Ausbildungsdauer die Möglichkeit einer Ausbildungsverkürzung im
 33 Sinne einer vorzeitigen Zulassung zu den Abschlussprüfungen. Dabei sollen die
 34 zuständigen Stellen im Sinne des BBiG auf Grundlage der Zwischenprüfung und
 35 eines persönlichen Gespräches nach Anhörung von Ausbildungsbetrieb und

36 Berufsschule über die Zulassung entscheiden

- 37 • Bildungs- und Weiterbildungsbarrieren abbauen und informell erworbenes Wissen
38 verwert- und zertifizierbar zu machen. Trotz des beträchtlichen
39 Fachkräftemangels verfügt jeder siebte junge Erwachsene nicht über einen
40 Berufsabschluss. Das berufliche Bildungssystem in Deutschland ist für Menschen
41 mit niedriger formaler Qualifikation nach wie vor jedoch kaum zugänglich. Ein
42 qualifizierter Berufsschulabschluss soll auch über die Berufserfahrung zu
43 erlangen sein, wobei, zur Sicherung der Qualität, dies an eine praktische
44 Prüfung zu knüpfen ist. Prüfungskriterien sind durch die jeweilige Kammer der
45 Berufsgruppe aufzustellen.
- 46 • Grundsätzliche Veränderungen im Bereich der Ausbildung, die dem technologischen
47 Wandel hinreichend Rechnung tragen. Hierbei müssen bestimmte Kernkompetenzen im
48 Rahmen berufsspezifischer Wissens- und Fertigkeitsvermittlung vermehrt gelehrt
49 werden. Hierzu zählen konkrete digitale Kompetenzen, konkretes Prozess- und
50 Systemverständnis sowie der Wille zu Flexibilität und die Fähigkeit zum
51 lebenslangen Lernen
- 52 • Dass die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) unbürokratischer und digitaler sowie
53 elternunabhängig ausgezahlt wird. Zusätzlich möchten wir den
54 Bewilligungszeitraum von 18 Monaten auf die Dauer der gesamten Ausbildung –
55 maximal bis zum Ende der Regelausbildungszeit – verlängern, damit keine
56 Unsicherheit dahingehend entsteht, ob die Ausbildung beendet werden kann oder
57 nicht
- 58 • Auszubildende zu befähigen, ihren Ausbildungsberuf und die Ausbildungsstätte
59 frei zu wählen. Hierzu sollen sie für den Abschluss eines Ausbildungsvertrages
60 sowie alle sich direkt aus dem Ausbildungsverhältnis ergebenden Rechtsgeschäfte
61 als uneingeschränkt geschäftsfähig gelten. Den Sorgeberechtigten soll bis zur
62 Vollendung des 18. Lebensjahres die Möglichkeit offenstehen, eine anderslautende
63 Einzelfallregelung des Familiengerichts zu erwirken.
- 64 • Dass das BMBF mittelfristig eine digitale Weiterbildungsplattform zur Bündelung
65 staatlich zertifizierter, wissenschaftlicher und beruflicher
66 Weiterbildungsmaßnahmen privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Träger
67 aufbaut.

68 Wir bekennen uns zusätzlich klar zur Stärkung von dualen Ausbildungen, um jeden
69 Ausbildungsweg gleichermaßen zu fördern.

70 Talentierte junge Menschen, egal auf welchem Bildungsweg, sind förderungswürdig.
71 Deshalb setzen wir uns langfristig dafür ein, dass Stipendien der politischen
72 Begabtenförderungswerke auch für die Zielgruppe der Auszubildenden offenstehen.
73 Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass alle Gewerkschaften vermehrt entsprechende,
74 dem zeitlichen Ausbildungsumfang angepasste, Angebote politischer Weiterbildung
75 machen können. Dabei wünschen wir uns langfristig eine Zusammenarbeit mit politischen
76 Begabtenförderungswerken, damit den Auszubildenden eine Vielzahl verschiedener
77 Angebote zur Verfügung stehen.

78

79 **In der Berufsschule**

80 Die Qualität der Berufsausbildung bestimmt sich zum großen Teil in der Berufsschule.
 81 Seit Jahren leiden diese jedoch an dem Sanierungsstau, einer mangelnden technischen
 82 und personellen Ausstattung und veralteten Lernplänen. Was wir jetzt brauchen, ist
 83 eine Investitionsoffensive für unsere Berufsschulen, damit diese auch in Zukunft mit
 84 der Digitalisierung der Arbeitswelt mithalten und als Motor der wirtschaftlichen
 85 Innovation fungieren können. Konkret fordern die Jungen Liberalen Bayern daher:

86 Das Kooperationsverbot zu lockern, damit der Bund künftig – neben Finanzhilfen in die
 87 kommunale Bildungsinfrastruktur – unmittelbar Finanzhilfen und -mittel an die Schulen
 88 für Sach- sowie Personalaufwand geben kann

89 • Die häufigere Überprüfung der Rahmenlehrpläne des Bundes auf ihre Aktualität und
 90 die praktische Nutzbarkeit der Lehrinhalte. Der Religionsunterricht an
 91 Berufsschulen soll gänzlich entfallen, der Sportunterricht überall dort, wo er
 92 nicht zur Vermittlung von Ausbildungsinhalten notwendig ist. Zudem sollen in
 93 Zukunft- wo sinnvoll und zielführend- verstärkt unternehmerische und
 94 betriebswirtschaftliche Fähigkeiten vermittelt werden, damit jungen Menschen
 95 bereits in der Ausbildung die Tür zur Gründung und Selbstständigkeit eröffnet
 96 wird. Entscheidungen über Art und Ausmaß der Einbeziehung nicht unmittelbar mit
 97 berufsspezifischen Kompetenzen zusammenhängenden Fächern sollen die
 98 Berufsschulen zukünftig verstärkt autonom treffen können

99 • Dass der Umgang mit digitalen Medien und komplexen Daten- und
 100 Informationsbeständen mehr Niederschlag in den Lehrplänen findet, da im Rahmen
 101 der Digitalisierung informationstechnische Prozesse immer mehr an Bedeutung
 102 gewinnen. Voraussetzung dafür ist aber auch eine bedarfsgerechte Ausstattung mit
 103 technischen Geräten und W-LAN, die flächendeckend sichergestellt werden muss. Im
 104 Grundsatz begrüßen wir Initiativen wie das Sonderprogramm zur Förderung der
 105 Digitalisierung in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) des BMBF, das
 106 Fördervolumen ist in Anbetracht des massiven Investitionsbedarfs jedoch nur ein
 107 Tropfen auf dem heißen Stein. Wir brauchen ein flächendeckendes Förderprogramms
 108 für die infrastrukturelle und technische Ausstattung von Berufsschulen. In
 109 diesem Rahmen fordern wir ebenfalls die Ergänzung klassischer analoger durch
 110 digitale Schulbücher mitsamt interaktiver und innovativer Lernangebote. Dies
 111 kann im Gegensatz zu den klassischen Methoden den stetigen Wandel von Inhalt und
 112 Form der Lehre gerecht werden.

113 • Die beste technische Ausstattung hilft nichts ohne qualifizierte Lehrkräfte.
 114 Besonders Berufsschulen werden vom Lehrermangel hart getroffen, bis 2030 werden
 115 Berufsschulen 60.000 neue Lehrerinnen und Lehrer brauchen. In einer Berufsschule
 116 werden Fachtheorie und Fachpraxis gelehrt, dazu braucht es Lehrkräfte, welche
 117 etwas von der Materie verstehen. Daher begrüßen wir es, dass ausgebildete
 118 Meister und Techniker oder anders Qualifizierte in den Berufsschulen diese
 119 vermitteln können. Dies soll erreicht werden durch die Möglichkeit einer
 120 ergänzenden pädagogischen Ausbildung zur Vorbereitung auf die Tätigkeit als

- 121 Berufsschullehrkraft. Außerdem ist es auch notwendig studierte Lehrkräfte für
 122 die Berufsschulen zu gewinnen. Zudem müssen Anreize für Pensionäre und
 123 Teilzeitkräfte geschaffen werden, länger bzw. mehr zu arbeiten
- 124 • Eine bessere und intensivere Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Betrieb.
 125 Dies soll im Sinne einer stärkeren Verknüpfung der Lernorte stattfinden. Dabei
 126 setzen wir uns auch für eine Stärkung der Berufsschulbeirates ein.
 - 127 • ein neues Leitbild für die Berufsschule der Zukunft. Das Lebenslange Lernen ist
 128 einer der Schlüssel, um die Bedarfe einer sich wandelnden Arbeitswelt frühzeitig
 129 zu adressieren und die Chancen der digitalen Transformation wirksam in eine
 130 gesteigerte Produktivität, Innovationsfähigkeit und -geschwindigkeit von
 131 Unternehmen umzumünzen. Die Befähigung zum kontinuierlichen Wissens- und
 132 Kompetenzerwerb sichert aber vor allem auch die Arbeits- und
 133 Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Daher muss die
 134 berufliche Fort- und Weiterbildung in Zukunft deutlicher in der Berufsschule
 135 thematisiert werden.
- 136 Darüber hinaus setzen wir uns für eine verstärkte Individualisierungsmöglichkeit
 137 durch Zusatzkurse an Berufsschulen ein. Diese Zusatzkurse sollen neben dem regulären
 138 Unterrichtsprogramm gewählt und mit einer Prüfung abgeschlossen werden können. Einer
 139 umfassenden Modularisierung an Berufsschulen erteilen wir hingegen eine klare Absage,
 140 weil diese zum Nachteil der Auszubildenden zum einen die klaren Berufsbilder
 141 verdunkeln und zum anderen die Abschlüsse entwerten würde.

142

143 **Mehr Ansehen und Lebensqualität für Azubis**

- 144 Auch außerhalb der Berufsschule brauchen wir attraktivere Rahmenbedingungen und
 145 gelebte Wertschätzung für unsere Auszubildenden. Daher sollten folgende Maßnahmen
 146 ergriffen werden:
- 147 • Die angespannte Wohnraumsituation in den Ballungsgebieten trifft insbesondere
 148 junge Menschen und so auch Auszubildende hart. Daher fordern wir, dass der
 149 Freistaat Bayern die Schaffung von Wohnraum für Azubis genauso fördert wie er
 150 das bereits bei der Schaffung von Wohnraum für Studierende tut. Darüber hinaus
 151 sollen die Kammern (IHK, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern und Kammern
 152 für die Freien Berufe) bei denen die Auszubildenden geführt werden so wie die
 153 Studierendenwerke auch eigene Azubi-Wohnheime in Regionen mit einem besonders
 154 angespannten Wohnungsmarkt einrichten#
 - 155 • Lange Arbeitswege und eine schlechte Anbindung an Ausbildungsstätte und
 156 Berufsschule werden von Auszubildenden nach wie vor als große Belastungsfaktoren
 157 auf ihrem Bildungsweg wahrgenommen. Auch im Sinne der Lebensqualität der
 158 Auszubildenden ist ein zuverlässiger und leistungsfähiger ÖPNV insofern
 159 unverzichtbar. Dieser muss jedoch auch als Azubi gut finanzierbar sein, weshalb
 160 wir uns für kostenreduzierte Azubi-Tickets einsetzen. Da die Azubi-Tickets nicht
 161 über ein sog. Solidarmodell finanziert werden können, ist gleichzeitig eine
 162 substantielle Erhöhung der Förderung von Unterhaltskosten des ÖPNVs seitens der

- 163 Staatsregierung von Nöten sowie ein Ausbau dessen vor allem in ländlichen
 164 Gebieten, um eine nachhaltige Gestaltung und Finanzierung zu gewährleisten.
- 165 • Mobilität darf aber nicht nur im urbanen Raum sichergestellt sein, sondern
 166 insbesondere im ländlichen Raum stellt sich gerade für minderjährige
 167 Auszubildende die Frage, wie sie lange Wege zum Betrieb und zur Berufsschule
 168 bewältigen sollen. Die bisherige Sondergenehmigung, die es Auszubildenden unter
 169 bestimmten Umständen auch vor dem 18. Geburtstag erlaubt, gewisse Strecken zu
 170 eingeschränkten Zeiten alleine zu fahren, halten wir für nicht praxistauglich.
 171 Vielmehr soll es Auszubildenden bereits ab Vollendung des 16. Lebensjahres
 172 grundsätzlich möglich sein, für die Wege zu Betrieb und Berufsschule den
 173 Führerschein zu erwerben
 - 174 • Wertschätzung und Attraktivität der beruflichen Bildung zeigen sich auch in der
 175 Vergütung. Momentan liegt die Mindestvergütung im ersten Ausbildungsjahr bei
 176 550€, die gerade in Ballungsgebieten nicht einmal zum Bestreiten des
 177 Lebensunterhaltes reicht. Der § 17 BBiG geht uns in seiner aktuellen Form nicht
 178 weit genug. Wir setzen uns für eine Erhöhung ein
 - 179 • Ebenso soll bei sämtlichen betrieblichen Ausbildungsberufen, die nicht vom BBiG
 180 gedeckt sind, eine Mindestvergütung festgelegt werden, namentlich insbesondere
 181 im Bereich des Pflege- und Gesundheitsbereichs sowie des Erziehungswesens
 - 182 • Die Sozialversicherungspflicht der Ausbildungsvergütung ist für Auszubildende
 183 eine merkbare Belastung- diese wollen wir mindern. Die Geringverdienergrenze,
 184 unter welcher die Beiträge zur Sozialversicherung vollständig vom Arbeitgeber
 185 getragen werden, soll deshalb für Auszubildende auf das nach § 17 BBiG zu
 186 berechnende Mindestentgelt für das 2. Ausbildungsjahr festgelegt werden.
 187 Wird diese Grenze überschritten, aber das Doppelte der
 188 Mindestausbildungsvergütung für das 1. Lehrjahr unterschritten, sollen die
 189 Beiträge zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu 2/3 vom Arbeitgeber
 190 getragen werden. Zur Arbeitslosenversicherung sollen Auszubildende und
 191 Auszubildende jeweils 1,2% beitragen, unabhängig von der Höhe des
 192 Ausbildungsentgelts. Der Beitrag zur Unfallversicherung soll vollständig vom
 193 Arbeitgeber getragen werden.
- 194
- 195 **Ausbildung als Sache zwischen Azubi und Lehrbetrieb**
- 196 Grundsätzlich gilt, dass jedes Unternehmen ein Eigeninteresse an kompetentem
 197 Nachwuchs hat und entsprechend eigenverantwortlich für eine gute betriebliche
 198 Ausbildung zu sorgen hat. Dies wird in vielen Fällen durch beiderseitiges Engagement
 199 sichtbar.
- 200 Dennoch kann es gute berufliche Bildung nur in Zusammenarbeit mit den
 201 Ausbilderinnen/Ausbildern und Unternehmen geben. Deren Erfahrungen, Ideen und
 202 Interessen sind bei Reformen und Veränderungen der Berufsausbildung ausreichend zu
 203 berücksichtigen. Deshalb unterstützen die Jungen Liberalen Bayern die verstärkte
 204 Zusammenarbeit von mittelständischen Unternehmen, um notwendige Ausbildungsinhalte,
 205 die aus betrieblichen oder sonstigen Gründen nicht vermittelt werden können, an die

206 Azubis zu vermitteln.
207 Das Gründen von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten halten wir dabei für
208 besonders begrüßenswert. Ebenso möchten wir den Ausbau von Ausbildungskooperationen
209 fördern. In Zukunft werden Möglichkeiten zur Kinderbetreuung, Homeoffice, flexible
210 Arbeitszeiten und Weiterbildung noch wichtiger werden. Hierbei setzen wir uns dafür
211 ein, entsprechende Regelungen, die beide Interessen berücksichtigen, zu schaffen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 82/A033: Mittelschulen - teuer verwaltet, schlecht gestaltet

Antragsteller*in: Junge Liberale Bayern

Die Versammlung möge beschließen:

1 Wir stehen für weltbeste Bildung für alle, unabhängig von der Herkunft. Dabei ist
 2 insbesondere der Übertritt auf eine weiterführende Schule von Bedeutung für die
 3 Zukunft eines Kindes. In der Pandemie standen alle Schulen vor einigen Hürden. Dabei
 4 ist deutlich geworden, dass insbesondere Mittelschulen weit zurückbleiben und etwaige
 5 Hilfsprogramme dort am schlechtesten ankommen. Auch sonst ist die öffentliche
 6 Wahrnehmung von Mittelschulen oft negativ. Sie werden stigmatisiert und in einen
 7 Zusammenhang mit Problemen und Defiziten gestellt. Das erkennt jedoch, dass gerade
 8 diese Schulform über außerordentliche pädagogische Merkmale verfügt, die für andere
 9 Schulformen richtungsweisend sein sollten. Die Mittelschulen zeichnet die soziale
 10 Eingebundenheit der Schülerinnen und Schüler aus, durch die hohe Qualität der
 11 Lehrer/-innen-Schüler/-innen-Beziehung wird ein heterogenes Lernumfeld geschaffen.
 12 Um Chancengerechtigkeit gerade auch für Mittelschulschülerinnen und -schüler zu
 13 gewährleisten, muss dringend an einigen Stellschrauben geschraubt werden.

14 Sozialräume

15 Mittelschulen sind ihren Stadtteilen und ihren Kommunen zugehörig. Sie prägen diese
 16 und werden im Gegenzug von ihnen geprägt. Es ist daher besonders wichtig, dass in
 17 ihrem regionalen Umfeld als Mehrwert wahrgenommen werden. Wir Junge Liberale Bayern
 18 fordern daher eine verstärkte Kooperation von diesen Schulen mit örtlichen Akteuren.
 19 Dazu gehören beispielsweise die Zusammenarbeit mit (pädagogischen) Einrichtungen wie
 20 dem Jugendring, Jugendtreffs, Jugendhilfe, oder Ausbildungsbetrieben. Auch sollte mit
 21 anderen weiterführenden Schulformen eine verstärkte Kooperation stattfinden. Eine
 22 derartige, integrative Kommunalpolitik würde den Schulen als auch den Kommunen mehr
 23 Bedeutung und gegenseitige Wertschätzung zukommen lassen.

24 Zudem fordern wir, dass sog. Lernpartnerschaften zwischen Mittelschulen und anderen
 25 weiterführenden Schulen ausgebaut werden. Lernpartnerschaft meint dabei die
 26 Zusammenarbeit wie gemeinsame Nachmittagsangebote zwischen zwei Schulen, die bei
 27 einer Leistungs- und Qualitätsverbesserung an der Mittelschule zu einer
 28 Mittelerhöhung an beiden Schulen führt.

29 Kein Auffangbecken im laufenden Schuljahr

30 Die Mittelschule fungiert für uns nicht als Auffangbecken für gescheiterte
 31 Bildungslaufbahnen, der sogenannten „Absteiger“ von Gymnasien und Realschulen. Sie
 32 bietet vielmehr ein bedarfsgerechtes pädagogisches Angebot, um die Motivation und das
 33 Selbstbewusstsein der Schüler und Schülerinnen zu stärken. Sie werden dadurch
 34 erfolgreich zu einem oder mehreren Bildungsabschlüssen geführt.
 35 Während eines laufenden Schuljahres kommt es häufig zu Neuzugängen in der

Schülerschaft. Diese hohe Fluktuation und die Konzentration von Schülerinnen und Schülern mit ausfälligem Sozialverhalten oder erhöhten Förderungsbedarf beim Lernen sorgt für Unruhe und soziale Selektivität beim Übergang zwischen Klassen und variierende Leistungen.

Wir Junge Liberale Bayern fordern daher für die Mittelschulen analog wie bei anderen Schulen eine Möglichkeit, einen Übertritt im laufenden Schuljahr abweisen zu können. Eine Abweisungsentscheidung muss begründet sein und soll nur auf Grundlage einer Beteiligung aller hiervon betroffenen Akteure ergehen. Das soziale und schulische Wohlergehen der/s betroffenen Schülers/Schülerin ist bei der Entscheidungsfindung besonders stark zu berücksichtigen.

Zersplitterte Struktur

Die Mittelschule ist die einzige Schulart, bei der in fast jeder Jahrgangsstufe sich neue Konstellationen zusammenfinden. Mit den M-Zügen/M-Kurssystemen, Regelklassen, Praxisklassen und 9+2-Modellen können fünf verschiedene Abschlüsse erzielt werden. In der Praxis führt diese Zersplitterung und die damit verbundene andauernde Auslese zu Dauerdruck und Beschämung. Die Schülerinnen und Schüler werden je nach Werdegang nachhaltig demotiviert, wodurch der Förderansatz dieser Schulform einer fragwürdigen Selektionskultur unterliegt. Die notwendige Kontinuität zwischen den Schülerinnen und Schülern untereinander und mit der Lehrkraft darf nicht mit jedem Jahr unterbrochen werden. Die Formen längeren gemeinsamen Lernens müssen mit der strukturellen Differenzierung in Einklang gebracht werden. Nur ein längeres gemeinsames Lernen kann möglichen negativen Folgen entgegenwirken. Daher fordern wir, dass Mittelschulen nicht zwingend in M- und R-Zweige unterteilen müssen. Vielmehr sollen die Schülerinnen und Schüler, die den M-Abschluss anstreben, – unter der Voraussetzung eines bestimmten Quali-Ergebnisses – in der 10. Klasse gebündelt werden können.

Fehlende Ressourcen

Mittelschulen müssen so ausgestattet werden, dass alle Schülerinnen und Schüler mit ihrem jeweiligen pädagogischem und persönlichem Förderungsbedarf ihr individuelles Leistungspotential entfalten können. Dazu fordern wir Junge Liberale Bayern einen besseren Betreuungsschlüssel für die Schülerinnen und Schüler durch:

- Mehr multiprofessionelle Teams; das heißt, dass zwei Pädagogen eine Klasse betreuen können
- Die Einstiegsbesoldung A 13 für Mittel- und Grundschullehrkräfte, um die, Attraktivität des Mittelschullehramts zu erhöhen und so dem fortschreitenden Lehrermangel entgegenzuwirken. Entsprechend soll das Studium für Mittel- und Grundschullehrkräfte mit mehr pädagogischen und psychologischen Inhalten ausgebaut werden
- Umfangreiche Beratungsangebote und einen erleichterten Seiteneinstieg in das Mittelschullehramt für Interessierte anderer Lehrämter
- Zusätzliche Mittel zur Aufstockung des Stundenpools, angesichts des unzureichenden Anrechnungsstundenkontingents für Schulleiterinnen und Schulleiter sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertretern

- 78 • Eine vorübergehende Beratungs- und Unterstützungsstelle, an die sich Schulen bei
79 Bedarf freiwillig wenden können und prozessbezogen begleitet werden
- 80 • Die Sicherstellung und den Ausbau der Schulsozialarbeit und psychologischer
81 Beratung für alle Schülerinnen und Schüler, um Problem – und Konfliktpotential
82 wirksam zu begegnen und um Lehrerinnen und Lehrer vor allem an Schulen in
83 sozialen Brennpunkten zu entlasten
- 84 • Die verstärkte Einbindung externer oder/und bezahlter Drittkräfte zur Förderung
85 von Schülerinnen und Schülern durch Freiwilliges Soziales Jahr,
86 Lehramtsstudierende als Schülercoaches, Kooperationen mit dem Chancenwerk e.V.
87 o.ä.

88 **Mehr Selbstbestimmung**

89 Die Stellenbesetzungs- und Verwaltungspolitik des Kultus- und Sozialministeriums
90 führt zu einem großen Flickenteppich, mit dem mehr verhindert als geschaffen wird. So
91 sind insbesondere Zuständigkeit für den Personal- und Sachaufwand nicht klar und
92 teils doppelt zwischen den Schulämtern, Landesämtern und Bezirksregierungen verteilt.
93 Deshalb fordern wir die Verwaltung zu zentralisieren, denn für die Sicherstellung und
94 den Ausbau der Schulsozialarbeit bedarf es einer effizienteren Finanz- und
95 Verwaltungspolitik im Bildungswesen. Um festzustellen, wie viele Stellen eine Schule
96 besetzen kann, sollten die Mittelschulen weiter ihren Bedarf nachweisen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 82/A034: Schluss mit Palantir beim BLKA!

Antragsteller*in:	Junge Liberale Bayern
-------------------	-----------------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 “Palantir” ist eine US-Amerikanische Software-Unternehmen die für Sicherheitskräfte
- 2 in der ganzen Welt Daten aufbereitet. Das soll nun auch beim Bayerischen
- 3 Landeskriminalamt geschehen. Mit dem “Verfahrensübergreifende Recherche-und
- 4 Analysesystem (VeRA)” sollen vorhandene Daten aus verschiedenen Datenbanken verknüpft
- 5 werden und der Polizei zur Verfügung gestellt werden.
- 6 Neben den grundsätzlichen Bedenken gegen dieses Verfahren – durch die Verknüpfung der
- 7 Daten wird der Eingriff durch die Sammlung des Datum umso intensiver – bestehen bei
- 8 Datenschützern, inkl. dem Bayerischen Landesdatenschutzbeauftragten, Bedenken gegen
- 9 das ausführende Unternehmen Palantir. Palantir steht im Verdacht eng mit den US-
- 10 amerikanischen Geheimdiensten zusammenzuarbeiten.
- 11 Daher fordern wir Liberale VeRA von Palantir beim BLKA nicht zu nutzen, solange
- 12 nicht Details des Vergabeverfahrens, inkl. der Kosten für das System, offengelegt
- 13 werden und die datenschutzrechtlichen Bedenken der Nutzung der Software nicht
- 14 ausgeräumt werden konnten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 82/A035: Kein Steuergeld für chinesische Propaganda!

Antragsteller*in:	Junge Liberale Bayern
-------------------	-----------------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die finanzielle Unterstützung der Konfuziusinstitute durch den Freistaat Bayern
- 2 muss mit sofortiger Wirkung eingestellt werden, wenn dort keine umfassenden Reformen
- 3 des Lehrangebots stattfinden. Insbesondere muss die sog. "Soft-Power-Politik" Chinas
- 4 in diesen Sprachinstituten eingestellt werden und durch eine differenzierte,
- 5 der chinesischen Diktatur gegenüber systemkritische Auseinandersetzung ersetzt
- 6 werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 82/A036: Let's talk about sex-ism

Antragsteller*in:

Junge Liberale Bayern

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir Liberale sehen die Sexuaufklärung als einen integralen Bestandteil der
- 2 allgemeinen Gesundheitsförderung, der zur Prävention möglicher negativer Folgen
- 3 sexueller Aktivitäten beiträgt. Hierfür fordern wir die Reformierung der
- 4 individuellen Sexualkundelehrpläne aller Schulen, bei welcher die besondere
- 5 Ausgangslage jeder Schulart ausreichend berücksichtigt wird.
- 6 Konkret fordern wir:
- 7 • regelmäßig stattfindenden Sexualkundeunterricht über die gesamte Schulzeit
- 8 hinweg.
- 9 • die Abwendung aller Sexuaufklärungsprogramme von stigmatisierenden bzw.
- 10 diskriminierenden Inhalten, die zu einer Einschränkung der sexuellen Entfaltung
- 11 junger Menschen führen.
- 12 • die Implementierung eines Aufklärungsansatzes, der junge Menschen in ihrer
- 13 sexuellen Identitätsfindung unterstützt und ihr Recht auf sexuelle
- 14 Selbstbestimmung in den Fokus stellt und gleichzeitig die Ablehnung der
- 15 sexuellen Aufklärung im Sinne des christlichen Menschenbildes des Bayerischen
- 16 Kultusministeriums in den Richtlinien für die Familien und Sexualerziehung.
- 17 • Ausweitung der Erforschung von Sexuaufklärungsmethoden, ihrer Wirksamkeit und
- 18 Harmonisierung mit den Bedürfnissen junger Menschen aller Altersgruppen.
- 19 • eine Intensivere Aufklärung und Behandlung von Themen wie:
- 20 1. die Entwicklung eines gesunden Körpergefühls,
- 21 2. Gefahren und Realitätsverlust durch Pornografie,
- 22 3. sexuell Übertragbare Krankheiten außerhalb von HIV,
- 23 4. zu Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüchen,
- 24 5. verschiedene Methoden der Kontrazeption (auch Jenseits von Pille und
- 25 Kondom).
- 26 • eine frühe Aufklärung über sexuelle Übergriffe und Grenzüberschreitungen, vor
- 27 allem bei Kindern, beispielsweise durch das Aufzeigen ihrer Rechte, mit
- 28 Informationen zu Hilfsangeboten und einer Enttabuisierung des Themas.
- 29 • die Intensivierung der Sexuaufklärung an Bildungsinstitutionen durch
- 30 verstärkte Aus- und Weiterbildung der fachlich zuständigen Lehrkräfte und
- 31 Bereitstellung aller notwendigen Ressourcen, um hochwertige Aufklärungsarbeit
- 32 für alle jungen Menschen durchzuführen.
- 33 • die Zusammenarbeit und Durchführung mit an Sexuaufklärung beteiligten Personen
- 34 und Institutionen in Schulen, wie z. B. mit Sexualmediziner*innen, Medizinstudenten,
- 35 Pro Familia, Psychologen, Gynäkologen und Urologen. Um eine Kontinuität der

36 Durchführung sicherzustellen, ist eine Vergütung der Externen notwendig.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 82/A037: Für mehr Durchlässigkeit in unserem Schulsystem

Antragsteller*in:	Junge Liberale Bayern
-------------------	-----------------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir Liberale fordern durch eine erhöhte Durchlässigkeit im Schulsystem die
- 2 Bildungschancen eines jeden Schülers zu maximieren. Für jeden Schüler muss
- 3 grundsätzlich bei angemessener Eigeninitiative zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit
- 4 bestehen, auf eine andere Schulart zu wechseln. Es bedarf daher einer
- 5 Flexibilisierung der Übertrittsvoraussetzungen auf Realschule und Gymnasium. Konkret
- 6 setzen wir uns dafür ein, dass die Evaluierung, ob ein Übertritt auf die Realschule
- 7 bzw. das Gymnasium angebracht ist, jahrgangsstufenunabhängig auf Basis von
- 8 Evaluationsverfahren wie Aufnahmeprüfung, Probeunterricht und persönlicher Gespräche
- 9 durchgeführt wird. Dabei soll die Feststellung stets auf Basis möglichst vielseitiger
- 10 Evaluationsmethoden erfolgen, um die Übertrittsmöglichkeit nicht von einer
- 11 eindimensionalen Bewertungsmethode abhängig zu machen. abhängig zu machen. Eine
- 12 Eignungsfeststellung lediglich anhand einer Durchschnittsnote lehnen wir ab.

13

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 82/A038: Reform des Familienrechts, Unterhalt und Wechselmodell

Antragsteller*in:	Rico Köhler
-------------------	-------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Fairer Umgang und Gerechtigkeit nach Trennung und Scheidung für alle Beteiligten

Begründung

Dringend notwendige Anpassungen im Unterhaltsrecht an die Lebenswirklichkeit. Wechselmodell soll grundsätzlich als Leitmodell angewendet werden und das bisherige Residenzmodell ablösen. Reform der einkommensbasierten Transferzahlungen auf fixe Größen wie im Kindergeld (keine weitere Anwendung der Düsseldorfer Tabelle). Steuerliche Entlastung desjenigen, der Barunterhalt zahlt.

Antrag 82/A039: Friedenshindernisse beseitigen - Palästina-Flüchtlinge integrieren

Antragsteller*in: Florian Hilpoltsteiner, Nils Jan Gründer, KV Neumarkt

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass das „Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im
- 2 Nahen Osten“ (UNRWA) in die normalen Hilfsstrukturen der UN-Flüchtlingshilfe (UNHCR)
- 3 integriert wird und der Flüchtlingsstatus der Flüchtlinge aus den arabisch-
- 4 israelischen Kriegen nicht mehr vererbt werden kann. Bestehende Flüchtlinge sollen
- 5 Anspruch auf volle Staatsbürgerschaft in den Ländern erhalten, die entweder die
- 6 Gebiete Golan, Westjordanland, Ostjerusalem und Gaza bis 1967 annektiert hatten oder
- 7 in denen die Flüchtlinge heute leben. Die Integration in die Gesellschaft soll,
- 8 insbesondere im Libanon, vom UNHCR unterstützt werden. Deutschland beendet bis dahin
- 9 ab sofort alle Zahlungen an das UNRWA, sowohl als direkte Zahlungen als auch über die
- 10 EU und setzt sich innerhalb der EU für oben genannte Ziele ein.

Begründung

Das UNRWA hat sich als großes Friedenshindernis im israelisch-arabischen Konflikt erwiesen.

Nach der

Vertreibung von ca. 800.000 arabischen und ebenso vielen jüdischen Flüchtlingen im Jahr 1948, wurden die jüdischen Flüchtlinge in die israelische Gesellschaft integriert, während die arabischen

Flüchtlinge seitdem in arabischen Staaten als Bürger zweiter Klasse in Flüchtlingsanlagen leben müssen. Statt ihnen in Ägypten, Jordanien, dem Libanon und Syrien grundsätzliche Bürgerrechte zuzusprechen, werden sie als Faustpfand gegen Israel missbraucht und ihnen Staatsbürgerrechte verwehrt.

Das muss im Sinne des Friedensprozesses und im Sinne der arabischen Flüchtlinge beendet werden.

Dort wo eine Rückkehr nicht möglich ist, sollen die Staaten, die die Gebiete bis 1967 annektiert hatten

und auf deren Gebiete die Flüchtlinge heute leben als vollwertige Staatsbürger aufnehmen.

Antrag 82/A040: Wohlstand sichern, Zuwanderung fördern - Bayrisches Landesprogramm zur Gewinnung ausländischer Auszubildender

Antragsteller*in:	BV Schwaben
-------------------	-------------

Die Versammlung möge beschließen:

1 Der Landesparteitag der FDP Bayern möge beschließen:

2 Die FDP Bayern setzt sich dafür ein:

- 3 • • Gewinnung von ausländischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen für die
4 Ausbildung im dualen System in Deutschland.
- 5 • • Anwerbung, Assessments und Auswahl geeignete Personen über Büros der BA und/
6 oder
7 bayerische Büros und/oder Büros von Trägern der beruflichen Bildung und/oder
Personalservicegesellschaften im Ausland.
- 8 • • Geförderte schul- und arbeitsbegleitende Deutschsprachkurse im Ausland, mit dem
9 Ziel B1 Niveau (europäischen Referenzrahmen), für ausgewählte Bewerbergruppen.
- 10 • • Geförderte Angebote der Berufsvorbereitung inklusive Teilqualifizierung im
11 Ausland.
- 12 • • Arbeitsgemeinschaften von Kammern, Arbeitgeberverbänden und Betrieben mit der
13 Aufgabe den Bedarf an Auszubildenden zu ermitteln, Kontakt zwischen
14 Interessenten und Ausbildungsbetrieben herzustellen, betriebliche Praktika zu
15 organisieren und Angebote von Ausbildungsplätzen zusammenzufassen
(Plattformen).
- 16 • • Unterstützung der Bewerber bei der Suche nach Ausbildungsstellen.
- 17 • • Organisation von Reisen nach Deutschland von Bewerbern nach Assessments, um
18 den
19 persönlichen Kontakt zwischen ausländischen Interessente und
Ausbildungsbetrieben herzustellen.
- 20 • • Entwicklung und Betreuung von Datenbanken auf denen Bewerbungen eingestellt
21 und
abgerufen werden können.
- 22 • • Koordinierung und Unterstützung bei Visumsbeantragung, Anträgen für Aufenthalts-
23 und Arbeitserlaubnissen. Kooperation mit Behörden der Herkunftsländern, den
24 deutschen Ausländerbehörden und der BA.
- 25 • • Wiederaufnahme der Wohnheimförderung (Lehrlingswohnheime). Träger motivieren
26 und
27 unterstützen durch an Kommunen gerichtet Förderprogramme zur Erschließung
geeigneter Grundstücke.

- 28 • • Ausbildungsbegleitende Hilfen/assistierte Ausbildung und Deutschkursangebote für
29 ausländische Auszubildende in Deutschland.
- 30 • • Angebote zur kulturellen und sozialen Integration (z.B. Zugang zu Vereinen) und
31 sozialpädagogische Begleitung.
- 32 • • Öffentliche Ausschreibung entsprechender Projekte.

33

34 Diese Ziele setzen wir uns:

- 35 • • Bildung eines Pools/Datenbank von ausgewählten ausbildungsplatzsuchenden
36 ausländischen Bewerbern.
- 37 • • Deutliche Erhöhung der Zahl ausländischer Auszubildenden (EU Bürger, West Balkan
38 und Drittstaaten).
- 39 • • Erhöhung der Zahl der Fachkräfte mit anerkannten deutschen Abschlüssen.

40

41

Begründung

Der Fach – und Arbeitskräftemangel behindert die wirtschaftliche Entwicklung, bedroht die Existenz insbesondere mittelständischer Unternehmen und ist eine wesentliche Ursache für die Verknappung von Gütern und Dienstleistungen und die hohe Inflation.

Alleine die Zugänge zum deutschen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu erleichtern ist, im Hinblick auf den weltweiten Wettbewerb um Menschen mit entsprechenden Potentialen, nicht ausreichend. Eine aktive Unterstützung des Matchings von Interessenten und Betrieben ist erforderlich.

Die bürokratischen Hürden um Auszubildende aus dem Ausland zu gewinnen überfordern häufig die Möglichkeiten kleinerer und mittlerer Ausbildungsbetriebe.

Bei der Suche nach geeigneten Auszubildenden im Inland können Betriebe auf Datenbanken mit Bewerbern (BA) zugreifen oder andere Instrumente (Angebote von betrieblichen Praktika, Ausbildungsplatzmessen, etc.) nutzen. Bewerberpools oder entsprechende Datenbanken, auf die zurückgegriffen werden kann, gibt es für ausländische Bewerber um Ausbildungsplätze bisher nicht.

International stehen wir in einem Wettbewerb um Menschen mit hohem Potential. Deshalb ist eine aktive Akquisition erforderlich.

Antrag 82/A041: High oder nicht high? Das ist hier die Frage!

Antragsteller*in:

BV Schwaben

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die aktuellen Grenzwerte für THC (aktuell 1 Nanogramm, in Bayern 2 Nanogramm pro mL
- 2 Blutserum) sowie andere Regelungen im Kontext von Cannabis im Straßenverkehr sind auf
- 3 Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse anzupassen.
- 4 1. In § 24a StVG ist eine fundierte Anpassung des THC-Grenzwertes und dessen
- 5 Normierung vorzunehmen, indem analog zur Regelung bei Alkohol für THC ein
- 6 Toleranzgrenzwert von 6 ng/ml Blutserum eingeführt wird. Bei diesem liegt die
- 7 Beeinträchtigung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit klar unter der
- 8 einer Blutalkoholkonzentration von 0,5 ‰.
- 9 2. In den §§ 315c und 316 StGB ist eine Normierung des THC-Grenzwertes vorzunehmen,
- 10 indem ein THC-Wert von 3,0 ng/ml Blutserum festgelegt wird, unterhalb welchem
- 11 eine relative Fahruntüchtigkeit ausgeschlossen werden kann.
- 12 3. Mit einer Änderung von § 14 der Fahrerlaubnis-Verordnung ist sicherzustellen,
- 13 dass ein Entzug der Fahrerlaubnis nicht allein aus dem Grund erfolgen kann, dass
- 14 Cannabis konsumiert wurde oder sich widerrechtlich im Besitz der betreffenden
- 15 Person befindet. Dies soll erst geschehen, wenn eine diagnostizierte
- 16 Abhängigkeitserkrankung vorliegt, durch den Drogenkonsum der Straßenverkehr
- 17 gefährdet wurde oder wenn mehrmals Zuwiderhandlungen im Straßenverkehr nach §
- 18 24a StVG begangen wurden.
- 19 4. Liegt einer der in 3. genannten Fälle vor, ist zum Schutz der betroffenen Person
- 20 neben Maßnahmen, welche die Fahrerlaubnis betreffen, verpflichtend eine
- 21 medizinische oder therapeutische Betreuung anzuordnen. Deren Art und Intensität
- 22 ist einzelfallbezogen zu bestimmen und kann von einfachen Gesprächen bis hin zu
- 23 intensiver medizinischer Betreuung reichen. Die Betreuung soll ein Abrutschen in
- 24 eine Sucht verhindern bzw. der betroffenen Person helfen, aus dem Stadium der
- 25 Abhängigkeit herauszukommen.
- 26 5. Die Forschung, Entwicklung und tatsächliche Nutzung von schnellen Messverfahren,
- 27 die lediglich eine verkehrsrelevante Beeinträchtigung durch Cannabiskonsum
- 28 nachweisen, sind zu fördern. Messverfahren, die hingegen auf das nicht
- 29 psychoaktive, lange nachweisbare und bezüglich der Fahrtauglichkeit nicht
- 30 aussagende Abbauprodukt THC-COOH (THC-Säure) abstellen, sind für den Fall eines
- 31 marktreifen Produkts ersterer Art schnellstmöglich zu ersetzen. Atemtests, die
- 32 an Ort und Stelle die THC-Konzentration im Körper messen, unterstützen wir.

Begründung

Zu 1. und 2.:

Im Gegensatz zu der recht einfachen und fast linearen Abbaukurve von Alkohol im Blut liegt bei THC ein komplexerer Verlauf vor. Nachdem die THC-Konzentration im Blut schon kurz nach dem inhalativen Konsum einer kleinen Menge THC schnell auf Werte bis über 100 Nanogramm pro Milliliter Blutserum ansteigt, sinkt sie ebenso schnell wieder, verbleibt aber relativ lange Zeit bei geringen Werten zwischen 1 und 10 ng/mL – vor allem dann, wenn häufiger Cannabis konsumiert wird.[1]

Im Falle einer Kontrolle kann es dabei sein, dass eine Person, die nicht unter dem direkten Einfluss von Cannabis steht, in manchen Fällen sogar mehrere Tage oder Wochen kein Cannabis mehr geraucht hat, über diesem Grenzwert liegt.[2] Auch diejenigen Personen, die selbst nicht einmal Cannabis konsumiert haben, sondern dieses lediglich über das Passivrauchen aufgenommen haben, sind durch diesen niedrigen Grenzwert bei einer Kontrolle gefährdet. 2004 verlor ein Mann seinen Führerschein aufgrund von Passivrauchen. Er hielt sich zwei Stunden in einem Chill-Out-Bereich einer Technoveranstaltung auf und war dem Rauchen anderer passiv ausgesetzt. Als er dann später in einer Polizeikontrolle per Bluttest kontrolliert wurde, zeigte sich, dass auch das Passivrauchen schon gefährlich sein kann, denn seine Werte lagen bei 5 ng/ml, also sogar deutlich über dem aktuellen Grenzwert.[3]

Um an dieser Stelle den Vergleich mit Alkohol zu bemühen: Hier liegt die Promillegrenze bei einer Autofahrt bei 0,49 Promille. Bei 0,49 Promille werden Entfernungen und Geschwindigkeiten falsch eingeschätzt, Aufmerksamkeit und Reaktionsvermögen lassen nach, die Risikobereitschaft steigt, die Sicht ist um etwa 15 % eingeschränkt. Trotz all diesen Einschränkungen darf man noch Auto fahren.

Bei Cannabis treten bereits wenige Stunden nach dem inhalativen Konsum keine verkehrsrelevanten Beeinträchtigungen mehr auf.[4] Dennoch müssen Konsumenten je nach Abbauverhalten, welches nach längerer Zeit mangels spürbarer Wirkung für den Betroffenen schwer abzuschätzen ist, deutlich länger warten, bevor sie sich wieder hinters Steuer setzen können, ohne mit eventuellen Konsequenzen rechnen zu müssen.

Obwohl von diesen Personen keine erhöhte Gefahr mehr für den Straßenverkehr ausgeht, werden sind die Strafen empfindlich:

- Beim ersten Mal: 500 Euro Bußgeld, zwei Punkte in Flensburg, Fahrverbot von einem Monat
- Beim zweiten Mal: 1.000 Euro Bußgeld, zwei Punkte in Flensburg, Fahrverbot von drei Monaten
- Beim dritten Mal: 1.500 Euro Bußgeld, zwei Punkte in Flensburg, Fahrverbot von drei Monaten[5]

Der Zeitraum, in dem die 1-ng-THC-Grenze überschritten wird, ist von Person zu Person extrem unterschiedlich. Das ist der Fall, weil der Grenzwert in einem Konzentrationsbereich angesiedelt wurde, in dem die Abbaukurve extrem flach verläuft und minimale, individuelle Unterschiede im Abbauverhalten oder der wirkungslosen Hintergrundkonzentration bei mehrmaligem Konsum zu immensen Konzentrationsunterschieden beim Zeitpunkt der Kontrolle führen. In jedem Fall wird der Grenzwert aber sehr viel länger als nur innerhalb weniger Stunden nach dem Konsum gerissen. Sowohl gelegentliche als auch regelmäßige Konsumenten zeigen nach diesem Zeitraum keine verkehrsrelevanten Beeinträchtigungen mehr.

Aufgrund der langen Nachweisbarkeit von THC können Fahrer nach dem letzten Konsum sogar mehrfach positiv getestet und strafrechtlich belangt werden, beispielsweise nachdem ihnen 24 Stunden nach der ersten Kontrolle der Führerschein vorläufig wieder zurückgegeben wurde. Es ist

aus wissenschaftlicher Sicht daher als sehr problematisch anzusehen, dass bereits der alleinige Nachweis von Spuren im Blut zur Unterstellung einer akuten Rauschwirkung von Cannabis herangezogen wird. Dass 1 ng/ml Blutserum als Grenzwert zu niedrig ist, meint auch der 56. Deutsche Verkehrsgerichtstag.[6] Auch in anderen EU-Staaten gelten teils höhere Grenzwerte als in Deutschland.[7] Beispielhaft zu nennen sind hier die Niederlande und Portugal mit ebenfalls 6 ng/ml.[8] Verschiedene wissenschaftliche Studien fordern Grenzwerte von 4 ng/ml[9], 7-8 ng/ml[10] und 7-10 ng/ml[11]. Hierbei ist auf einen Ausgleich dahingehend zu achten, dass nicht durch Bezugnahme auf die Studie mit den höchsten geforderten Grenzwerten der wissenschaftliche Diskurs ignoriert wird. Durch eine Ansetzung des Grenzwertes auf 6 ng/ml kann gewährleistet werden, dass Passivraucher garantiert keine Probleme bekommen, wenn sie kontrolliert werden. Gleichzeitig orientiert man sich nicht allein an der Studie, die am besten in die Liberale Ideologie passt, sondern berücksichtigt den wissenschaftlichen Diskurs, kann also sichergehen, dass der geforderte Wert nicht übermäßig hoch ist und die individuelle Freiheit mit einer überhöhten Sicherheitsgefahr im Straßenverkehr einhergeht.

Die aktuellen Grenzwerte, die Teilnehmer am Straßenverkehr vor den Gefahren durch eine Fahrt im Cannabisrausch schützen sollen, sind im Hinblick auf die Intensität des Eingriffs im Vergleich zum Ziel des Schutzes des Straßenverkehrs in keiner Weise angemessen. Der Schutz des Straßenverkehrs wird, wie eben gezeigt, auch bei deutlich höheren als den aktuellen Grenzwerten erreicht. Die aktuellen Grenzwerte dienen also nicht primär dem Schutz der Teilnehmer am Straßenverkehr, sondern diskriminieren vor allem Cannabis-Konsumenten. Diese sollen durch die allgegenwärtige Gefahr eines Führerscheinentzugs bei niedrigen Grenzwerten schlichtweg vom Konsum ihrer Droge abgeschreckt werden.

Bei einer THC-Konzentration unter 3 ng/ml ist faktisch keine Beeinträchtigung der Fahrleistung mehr festzustellen. Es wurde herausgefunden, dass Fahrer mit einer THC-Konzentration von bis zu 4 ng/ml Blutserum (aus Vollblutwerten umgerechnet) nicht häufiger für Unfälle mit Verletzten verantwortlich sind, als diejenigen Fahrer, bei denen überhaupt kein THC nachgewiesen werden konnte.[12] Die Auswertung von experimentellen und epidemiologischen Untersuchungen kam zu dem Ergebnis, dass unterhalb der Grenze von 3 ng/ml die Frage einer Fahrunsicherheit nicht diskutiert werden sollte.[13] Andere Versuche ergaben, dass erst im Bereich von 2-5 ng/ml signifikante Beeinträchtigungen lediglich in der Feinmotorik auftreten können.[14] In Versuchen mit einem hochmodernen Fahrsimulationsgerät entsprachen 2-4 ng/ml (aus Vollblutwerten umgerechnet) gerade so messbaren Spurabweichungen, vergleichbar mit 0,1 Promille Blutalkoholkonzentration.[15] Aus den Ergebnissen dieser Versuche ergibt sich die Feststellung, dass nicht bereits unter der Grenze von 3 ng/ml Blutserum von einer relativen Fahruntüchtigkeit im Sinne der §§ 315c und 316 StGB ausgegangen werden kann.

Ebenfalls unverständlich ist der Umstand, dass keine einheitliche gesetzliche Regelung besteht, aus der sich ein Grenzwert ergibt. Cannabiseinfluss im Straßenverkehr ist überall gleich gefährlich und sollte dementsprechend auch einheitlich gesetzlich geregelt werden, um Rechtssicherheit zu schaffen. Durch eine feste, gesetzliche Regelung können sich Konsumenten auf den dort festgelegten Wert berufen und sind keiner Willkür ausgesetzt.

In Kombination mit einer Erhöhung des Grenzwerts wird ausreichend Rechtssicherheit geschaffen. Konsumenten können sich sicher sein, dass sie allerspätestens wenige Tage nach dem Konsum die festgelegten Grenzwerte nicht überschreiten und sich während der Fahrt garantiert keine

Sorgen machen müssen, für einen längst vergangenen Rausch belangt zu werden.

Zu 3. und 4.:

Wer lediglich Cannabis konsumiert oder besitzt, stellt allein dadurch keine Gefahr für die Sicherheit des Straßenverkehrs dar. Wenn jemand zwar eine Fahrerlaubnis hat, diese aber nicht nutzt, besteht kein Grund, im Falle des Besitzes oder des festgestellten Konsums von Cannabis Schritte einzuleiten, die darauf abzielen, es der betroffenen Person zu erschweren, ein Kraftfahrzeug führen zu dürfen. Solange eine klare Trennung von Konsum der Droge und der Teilnahme am Straßenverkehr vorliegt, gefährdet jemand, der Cannabis konsumiert, nicht den Straßenverkehr. Um an dieser Stelle erneut den Vergleich mit Alkohol zu bemühen: Nur weil jemand eine Flasche Wein im Keller hat, bedeutet das nicht, dass diese Person schon deshalb in ihrer Fahrtüchtigkeit eingeschränkt ist. Ein Eingriff in die Fahrerlaubnis ist daher allein basierend auf Konsum oder Besitz nicht zu rechtfertigen.

Anders verhält es sich jedoch, wenn diese Trennung zwischen dem Konsum der Droge und Aufgaben des täglichen Lebens der betroffenen Person nicht mehr möglich ist. Wenn es nicht mehr möglich ist, den Konsum soweit herunterzufahren, dass das Führen eines Kraftfahrzeugs unter den Grenzwerten für THC gelingt, ist zumindest davon auszugehen, dass die Person sich auf dem Weg in eine Abhängigkeit befindet. Das Autofahren als eine Aufgabe, die einerseits von fast jedem ausgeführt wird, gleichzeitig aber so wichtig ist, dass jede verantwortungsbewusste und rational denkende Person zur Gefahrenverhütung nicht übermäßig durch Drogen beeinflusst fährt, ist hierbei ein guter Indikator, um festzustellen, ob eine klare Trennung von Konsum und Alltag dem Konsumenten noch möglich ist oder nicht. Um zu verhindern, dass die Person den Straßenverkehr gefährdet, sind unstreitig auch Eingriffe in die Fahrerlaubnis und medizinisch-psychologische Gutachten angemessen. Um die Personen, die bereits nicht mehr klar Konsum und Alltag trennen können, von einem weiteren Abrutschen in die Abhängigkeit zu bewahren oder sie aus dieser Abhängigkeit herauszuholen, kann und sollte an dieser Stelle dann mit einer medizinischen Betreuung angesetzt werden. So kann sichergestellt werden, dass die Leute, die wirklich geschützt werden müssen und Hilfe von Dritter Seite benötigen, diese auch bekommen.

Zu 5.:

Während bei einem Bluttest die tatsächliche THC-Konzentration im Blut gemessen wird, können Urin-Schnelltest lediglich ein Abbauprodukt, das nicht berauschende THC-COOH, nachweisen. Ein positiver Test auf dieses Abbauprodukt sagt jedoch nichts darüber aus, ob tatsächlich noch aktives THC im Blut ist und/oder eine Beeinflussung vorliegt. Ein Test auf ein Abbauprodukt ist somit zwangsläufig weniger genau und weniger aussagekräftig als ein Test auf den berauschenden Stoff selbst, zumal das Abbauprodukt noch länger nachgewiesen werden kann als THC selbst^[16] Um exakte Test zu ermöglichen und Ungenauigkeiten zu minimieren, müssen entsprechende Tests auf den berauschenden Stoff, THC, entwickelt werden. Entsprechende Produkte, die als Schnelltest geeignet sind, dabei aber testen, ob tatsächlich aktives THC vorliegt, sollten in Forschung und Entwicklung gefördert werden und bei Marktreife selbstverständlich auch benutzt werden, damit eine win-win-Situation geschaffen wird, die für Testende und Getestete einen Mehrwert bringt.

Fußnoten:

[1] <https://hanfverband.de/faq/drogentest-wie-lange-ist-thc-im-blut-und-urin-nachweisbar>

- [2] z.B. Skopp/Pötsch 2008: Cannabinoid Concentrations in Spot Serum Samples 24-48 Hours After Discontinuation of Cannabis Smoking. IN: Journal of Analytical Toxicology. Vol. 32
- [3] <https://www.bussgeldkatalog.org/passivrauchen/>
- [4] Vgl. P. Schmidt, N. Scheer, G. Berghaus. „Cannabiskonsum und Fahrtauglichkeit“. Kriminalistik, Bd. 49, S. 241–246. 1995; D. Kleiber, K.-A. Kovar, C. Brandt, A. Harms, C. Rombusch, S. Schmetzer. „Auswirkungen des Cannabiskonsums – Eine Expertise zu pharmakologischen und psychosozialen Konsequenzen“. Im Auftrag des Bundesministerium für Gesundheit, Berlin, Tübingen 1997. Stuttgart: Wiss. Verl.-Ges., 1998; <http://fuehrerscheinkampagne.de/fakten/wissenschaft/wirkung-und-beeintraechtigung/zeitlicher-verlauf-der-wirkung/>; Tönnies u.a. 2008: Comparison of Cannabinoid Pharmacokinetic Properties in Occasional and Heavy Users Smoking a Marijuana or Placebo Joint. IN: Journal of Analytical Toxicology. Vol. 32.
- [5] <https://www.bussgeldkatalog.org/kiffen-autofahren/>
- [6] www.deutscher-verkehrsgerichtstag.de/images/empfehlungen_pdf/empfehlungen_56_vgt.pdf
- [7] http://www.bast.de/Druid/EN/deliverables-list/downloads/Deliverable_1_4_2.pdf?__blob=publicationFile&v=1
- [8] <https://www.bundestag.de/resource/blob/823848/db8b6679886ce65b5f76d9f5f2c07bd2/19-15-459-F-data.pdf> S. 23
- [9] M. C. Longo, C. E. Hunter, R. J. Lokan, J. M. White, M. A. White. „The prevalence of alcohol, cannabinoids, benzodiazepines and stimulants amongst injured drivers and their role in driver culpability: Part II: The relationship between drug prevalence and drug concentration, and driver culpability“. Accident Analysis and Prevention, Bd. 32, S. 623–632. 2000.
- [10] E. Schnabel. „Cannabis und Fahrsicherheit – Zum aktuellen Stand der Forschung“. 12. Netzwerktagung der Bayerischen Akademie für Suchtfragen, Tagungsband S. 4–6. Nürnberg, 21. September 2005.
- [11] F. Grotenhermen, G. Leson, G. Berghaus, O. H. Drummer, H.- P. Krüger, M. Longo, H. Moskowitz, B. Perrine, J. Ramaekers, A. Smiley, R. Tunbridge. „Developing science-based per se limits for driving under the influence of cannabis (DUIC) – Findings and recommendations by an expert panel“. DUIC-Bericht von 13 Einrichtungen aus 6 Ländern, September 2005.
- [12] M. C. Longo, C. E. Hunter, R. J. Lokan, J. M. White, M. A. White. „The prevalence of alcohol, cannabinoids, benzodiazepines and stimulants amongst injured drivers and their role in driver culpability: Part II: The relationship between drug prevalence and drug concentration, and driver culpability“. Accident Analysis and Prevention, Bd. 32, S. 623–632. 2000.
- [13] E. Schnabel. „Cannabis und Fahrsicherheit – Zum aktuellen Stand der Forschung“. 12. Netzwerktagung der Bayerischen Akademie für Suchtfragen, Tagungsband S. 4–6. Nürnberg, 21. September 2005.
- [14] M. R. Möller. „Drogen im Straßenverkehr – neue Entwicklungen“. 44. Deutscher Verkehrsgerichtstag, Tagungsband S. 172–179. Goslar, 25.–27. Januar 2006.
- [15] R. L. Hartman, T. L. Brown, G. Milavetz, A. Spurgin, R. S. Pierce, D. A. Gorelick, G. Gaffney, M. A. Huestis. „Cannabis effects on driving lateral control with and without alcohol“. Drug and Alcohol Dependence, Bd. 154, S. 25–37. 2015.
- [16] <https://hanfverband.de/faq/allgemeine-verkehrskontrolle-was-darf-die-polizei-wie-sollte->

[ich-mich-verhalten](#)

Antrag 82/A042: Lehrerversorgung sichern: Attraktivität des Berufs steigern und Quer- und Seiteneinsteiger als wertvolle Unterstützung für Schulen verstehen

Antragsteller*in:

BV Schwaben

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Grundsätzliches Ziel liberaler Politik muss eine hohe Schul- und Unterrichtsqualität
- 2 sein. Schüler haben ein Recht auf guten Unterricht. Dazu setzen wir auf die
- 3 eigenverantwortliche Schule, deren Konzept neben vielen weiteren Maßnahmen auch auf
- 4 die Auswahl und Einstellung der Lehrkräfte oder anderer im System Schule handelnden
- 5 Personen vor Ort abzielt. Das Kollegium der Zukunft ist aus unserer Sicht plural
- 6 aufgestellt und bündelt verschiedene Professionen und Qualifikationen, die das
- 7 jeweilige soziale, kulturelle und ökonomische Umfeld der im Blick haben, damit Schule
- 8 Lern- und Lebensraum für alle Beteiligten ist. Der Weg über Lehramtsstudium, das auf
- 9 die entsprechenden Profile der Schularten ausgerichtet ist, und einen anschließenden
- 10 Vorbereitungsdienst (Referendariat), der weiterhin an den Seminar- und Einsatzschulen
- 11 praxisnah und qualitätsorientiert ausgestaltet sein muss, soll auch weiterhin der
- 12 bevorzugte Weg sein, um als Lehrkraft tätig zu werden. Zudem sehen wir auch viele
- 13 Stellschrauben und gute Möglichkeiten, um über den Quer- und Seiteneinstieg gute und
- 14 versierte Lehrkräfte zu gewinnen. Es gilt grundsätzlich Hürden auf Seiten der
- 15 Staatsregierung abzubauen und bessere Möglichkeiten zu eröffnen, dass auch in Bayern
- 16 der Quer- und Seiteneinstieg ermöglicht wird. Wir sehen Quer- und Seiteneinsteiger
- 17 als wertvollen Gewinn für ein plural aufgestelltes Lehrerkollegium, da diese viel
- 18 Praxis- und Vorwissen aus anderen Professionen mitbringen.
- 19 Die FDP Bayern soll sich daher dafür einsetzen:
- 20 • Einbeziehung der privaten und kommunalen Schulen bei der Bedarfsplanung.
- 21 Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung der kommunalen und privaten
- 22 Schulen mit qualifizierten Lehrern durch Repräsentanz wichtiger solcher
- 23 Schulträger in der Lehrerbildung und finanzielle Gleichstellung von Lehrern
- 24 an staatlichen, kommunalen und privaten Schulen bei der Berechnung des staatlich
- 25 zu leistenden Zuschusses.
- 26 • Eine 110-prozentige Lehrerversorgung an Schulen zu schaffen. Dazu braucht es
- 27 mehr mobile und integrierte Lehrerreserven, um kurzfristig auf Ausfälle
- 28 reagieren zu können sowie verbesserte Möglichkeiten des Quer- und
- 29 Seiteneinstiegs.
- 30 • Im Rahmen des Lehramt Studiums soll ein stärkerer Fokus auf praktische Elemente,
- 31 insbesondere auch an Schulen, gelegt werden, damit Lehramtsstudierende ein
- 32 möglichst realistisches Bild von den Aufgaben, die auf sie zukommen, bekommen
- 33 können.
- 34 • Ein an Kriterien und Qualifikationen orientiertes Auswahlverfahren aufzustellen

- 35 und eine anschließende berufsbegleitende Qualifizierung für Seiteneinsteiger
36 über Mentorenprogramme in allen Schularten umzusetzen.
- 37 • Lehrkräfte aus dem Ausland müssen deutlich verbesserte Möglichkeiten erhalten
38 über den Quer- und Seiteneinstieg an den verschiedenen Schularten einzusteigen.
39 Grundlage sind dabei sichere und nachgewiesene Deutschkenntnisse.
 - 40 • An den Universitäten müssen flexible Wechselmöglichkeiten für den Quereinstieg
41 in die Lehramtsstudiengänge jederzeit gegeben sein. Leistungen aus anderen
42 Studiengängen und Auslandsaufenthalten sind unbürokratisch anzurechnen und fest
43 und starr vorgegebene Fächerkombinationen sind aufzuheben.
 - 44 • Die Universitäten und Hochschulen müssen zudem systematisch in die Aus- oder
45 Weiterbildung der Quer- und Seiteneinsteiger eingebunden werden.
46 Weiterbildungsmaßnahmen sind zwingend notwendig, um langfristige und im
47 Vergleich zum regulären Einstieg faire Perspektiven im Schuldienst zu eröffnen.
 - 48 • Möglichkeiten von dualen Studienmöglichkeiten für Seiteneinsteiger sind
49 aufzulegen. Eine sinnvolle Lösung können hier komplementäre pädagogische
50 Studiengänge sein, die einerseits digital und auf Distanz erfolgen können, und
51 andererseits das Absolvieren eines (vergüteten) Mentorenprogramms an der Schule
52 zum Inhalt haben.
 - 53 • Das Referendariat/der Vorbereitungsdienst sollte mehr in Modulen aufgebaut
54 werden, damit man auf die individuellen Voraussetzungen jedes Einzelnen,
55 insbesondere der Quereinsteiger, eingehen kann.
 - 56 • Die Schulen brauchen mehr Unterstützung bei der Integration von Quer- und
57 Seiteneinsteigern, beispielsweise über mehr Anrechnungsstunden für betreuende
58 Lehrkräfte.
 - 59 • Es sollte ein zentraler Ansprechpartner für Quer- und Seiteneinsteiger an der
60 Schule etabliert werden. Dieser kann schulübergreifende Netzwerke bilden.
 - 61 • Es müssen innerhalb der jeweiligen Schule für alle Lehrkräfte, unabhängig ihres
62 Einstiegs, Aufstiegsmöglichkeiten gegeben sein.

Begründung

Alle 16 Kultusministerien haben über Jahre keine vorausschauende und verlässliche Einstellungspolitik gewährleistet, so wurden einerseits Lehrkräfte teuer ausgebildet und an andere Bundesländer verloren oder andererseits haben interessierte junge Menschen aufgrund schlechter Prognosen oftmals ein Studium gar nicht erst aufgenommen. Der Begriff „Schweinezyklus“ ist im Zusammenhang mit dem Lehramtsstudium zum geflügelten Wort geworden.

Das Lehramtsstudium verliert insgesamt an Attraktivität: Die Zahl der Studienanfänger eines Lehramtsstudiums ist bundesweit von 37.400 im Studienjahr 2020/21 auf 32.300 im Studienjahr 2021/22 gesunken. Dies stellt einen Rückgang um etwa 14% dar. Der demografische und pandemiebedingte Rückgang bei den Studienanfängern insgesamt beläuft sich hingegen nur auf -4%. Damit der Weg über Lehramtsstudium und Referendariat weiterhin der bevorzugte Weg

bleibt, um als Lehrkraft tätig zu werden, muss dieser wieder von mehr Studierenden eingeschlagen werden. Daher müssen sowohl das Ansehen des Berufes als auch dessen Attraktivität gesteigert werden.

Der Anteil von Seiteneinsteigern an den neu eingestellten Lehrkräften hat nach Angaben der KMK im Jahr 2018 mit 13,3 Prozent bundesweit einen neuen Höchststand erreicht, eine Versechsfachung gegenüber dem Jahr 2013, als der Anteil 2,4 Prozent betrug. Oftmals fehlen aber Konzepte zur Aus- und Weiterbildung bei Quer- und Seiteneinsteigern. Umso wichtiger ist es daher, gezielt zu unterstützen, um eine hohe Unterrichtsqualität auch in Zukunft zu gewährleisten.

Antrag 82/A043: Foodwaste vermeiden – den mündigen Verbraucher stärken

Antragsteller*in: BV Schwaben

Die Versammlung möge beschließen:

1 Jährlich werden weltweit 1.500 Millionen Tonnen Lebensmittel verschwendet (BCG,
2 2018). Es landen insgesamt 42% der gesamten Obst- und Gemüseproduktion (in Zahlen:
3 644 Millionen Tonnen) im Abfall. In einer Zeit großer ökologischer und ökonomischer
4 Herausforderungen ist eine solche Ressourcenverschwendung nicht mehr zu verantworten.
5 Die Freien Demokraten treten für einen bewussteren und nachhaltigeren Umgang mit
6 Lebensmitteln ein.

7 Daher fordern wir:

- 8 1. 1. Wir trauen dem mündigen Verbraucher zu, selbst zu entscheiden, was er kaufen
9 möchte. Die Lebensmittelverschwendung konzentriert sich hauptsächlich auf die
10 Lebensmittelversorgungskette, einschließlich Verarbeitung, Einzelhandel und
11 Verbrauch. Deshalb fordern wir eine zeitgemäße Überarbeitung der
12 Verkaufsrestriktionen von Obst und Gemüse sowie der allgemeinen
13 Vermarktungsnorm
14 und der zugehörigen zehn speziellen Vermarktungsnormen der EU-
15 Durchführungsverordnung Nr. 543/2011 vom 22.6.2011. Selbstverständlich bedeutet
16 dies nicht, dass wir Sicherheitsstandards in Bezug auf Schadstoffbelastung und
17 die gültigen Mindestanforderungen zur Verzehrbarkeit aufweichen wollen. Wir
18 sehen jedoch keinen Grund, Lebensmittel nur deshalb nicht zum Verkauf
19 anzubieten, weil es den optischen Idealvorstellungen nicht entspricht. Uns ist
20 es wichtig, die Eigenverantwortung und die Entscheidung, auch krummes Obst und
21 Gemüse zu kaufen, dem Verbraucher zu überlassen.
- 22 2. Ein moderner Verbraucherschutz impliziert Eigenverantwortung bei der
23 Entscheidung, ob Druckstellen oder kleine optische Mängel für den Käufer ein
24 Einkaufsausschlusskriterium sind. Wir befürworten daher die Einführung eines
25 Handelsklassensystems, welches durch Bauern, Handelsketten, Supermärkte und die
26 Verbraucherschutzzentrale festgelegt wird.
- 27 3. Die Freien Demokraten sprechen sich für eine Förderung von Lebensmittelspenden
28 aus. Hierfür ist eine Erleichterung der aktuellen Lebensmittelspendenrichtlinien
29 notwendig. Wenn für den Verbraucher klar erkennbar ist, dass das Produkt über
30 dem Verfallsdatum liegt, soll künftig nicht mehr die Institution haften, die das
31 Produkt in den Umlauf bringt. Wir plädieren daher für eine Gesetzesanpassung
32 wonach nur noch juristisch belangt werden kann, wer solche Produkte in den
33 Umlauf bringt ohne dies eindeutig kenntlich zu machen. Der mündige Verbraucher
34 ist in der Lage zum Beispiel durch Geruchs- oder Geschmackstest festzustellen,

ob ein Produkt noch verzehrfähig ist.

Begründung

Schätzungen zufolge werden in der EU pro Jahr 88 Millionen Tonnen Lebensmittel verschwendet. Dies entspricht umgerechnet einer Menge von 173 Kilogramm pro Person. Die Lebensmittelverschwendung bedeutet zugleich die Verschwendung von wertvollen und oft knappen Ressourcen wie Wasser, Boden, Arbeitszeit oder Energie. Es ergeben sich erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt: Die Lebensmittelverschwendung trägt mit einer weltweiten CO₂-Bilanz, die etwa 8 Prozent der gesamten vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen entspricht (laut Angaben der FAO), zum Klimawandel bei. Für jedes produzierte Kilo Lebensmittel werden 4,5 Kilogramm CO₂ in die Atmosphäre abgegeben.^[1] Zudem führt der fortschreitende Klimawandel zu einer weltweiten Verknappung agrarisch nutzbarer Flächen.^{[1][2]}

Die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren, ist nicht nur im Hinblick auf Wirtschaft und Umwelt eine notwendige Aufgabe, sondern auch eine moralische Pflicht: Nach Angaben der FAO leiden weltweit 793 Millionen Menschen an Unterernährung. Laut Eurostat konnten sich im Jahr 2014 circa 55 Millionen Menschen der EU28 (d.h. 9,6 Prozent) jeden zweiten Tag keine nahrhafte Mahlzeit leisten.^[3]

Fußnoten

[1] Redaktion Europäisches Parlament: Lebensmittelverschwendung in der EU (Infografik) | Aktuelles | Europäisches Parlament (europa.eu), Stand 15.10.2021.

[2] Nora Beckmann: „Harte Kost – Lebensmittelverschwendung in nackten Zahlen“, Harte Kost - Lebensmittelverschwendung in nackten Zahlen | Too Good To Go, Stand: 1.10.2021.

[3] Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs: „Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung: eine Chance für die EU, die Ressourceneffizienz der Lebensmittelversorgungskette zu verbessern“, Nr. 34, 2016, S.70ff.

Antrag 82/A044: Schluss mit der (abgeschwächten) Unendlichkeitshaft!

Antragsteller*in:	BV Schwaben
-------------------	-------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Im Rahmen der PAG-Novelle 2018 wurde in Bezug auf den polizeilichen Gewahrsam und
- 2 dessen Dauer eine deutschlandweit einmalige Regelung in das PAG aufgenommen: So
- 3 konnte der polizeiliche Gewahrsam durch wiederholte richterliche Entscheidung
- 4 theoretisch unbegrenzt verlängert werden. Nach der letzten Reform des PAG im Jahre
- 5 2021 ist der polizeiliche Gewahrsam auf maximal einen Monat mit der Möglichkeit zur
- 6 Verlängerung auf bis zu zwei Monate beschränkt – und damit im Extremfall immer noch
- 7 sechs Mal so lang wie beispielsweise im Nachbarland Hessen, wo die Höchstdauer des
- 8 Gewahrsams bei zehn Tagen liegt und keine Verlängerung vorgesehen ist.
- 9 Selbst mit einer zweimaligen richterlichen Entscheidung ist ein rein präventiver
- 10 Freiheitsentzug von 60 Tagen nach Auffassung der Freien Demokraten ein allein
- 11 aufgrund der Dauer unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte des Betroffenen.
- 12 Weiterhin wird gerade für Fälle, in denen terroristische Betätigung oder die
- 13 Vorbereitung der Begehung oder Förderung von schweren Straftaten im Raume steht,
- 14 regelmäßig auch das Strafprozessrecht die erforderlichen Instrumente bereitstellen,
- 15 um neben der Strafverfolgung auch den Schutz der Allgemeinheit zu gewährleisten.
- 16 Die FDP Bayern fordert deshalb, die Höchstdauer des polizeilichen Gewahrsams nach
- 17 Art. 20 Abs. 2 von derzeit einem Monat (mit Verlängerungsmöglichkeit auf zwei Monate)
- 18 auf eine Woche mit der Möglichkeit zur einmaligen Verlängerung auf insgesamt zwei
- 19 Wochen zu verkürzen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 82/A045: Bis zur StPO und nicht weiter!

Antragsteller*in:	BV Schwaben
-------------------	-------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Im Zuge der Novellierungen des PAG seit 2017 wurden zahlreiche Befugnisse der Polizei
- 2 neu eingefügt. Hierzu gehört auch die Möglichkeit der molekulargenetischen
- 3 Untersuchung von Körperzellen nach Maßgabe des Art. 32a PAG. Hierbei ist im Vergleich
- 4 zur molekulargenetischen Untersuchung von Spurenmaterial, wie sie im Strafprozess
- 5 nach § 81e StPO zulässig ist, vor allem eine Erweiterung der zulässigen
- 6 Feststellungen auffällig. So dürfen nach dem PAG neben dem DNA Identifizierungsmuster
- 7 und dem Geschlecht auch die Augen-, Haar- und Hautfarbe sowie das biologische Alter
- 8 der Person festgestellt werden, womit den Sicherheitsbehörden zum ersten Mal die
- 9 Auswertung codierender Abschnitte der DANN erlaubt wird.
- 10 Die Freien Demokraten Bayern erkennen an, dass es im Interesse der
- 11 Sicherheitsbehörden ist, ein möglichst breites Spektrum an Instrumenten zur Verfügung
- 12 zu haben, um ihre Arbeit bestmöglich verrichten zu können. Nichtsdestotrotz ist zu
- 13 jeder Zeit dieses Interesse mit den Grundrechten von potenziell durch eben solche
- 14 Maßnahmen beeinträchtigten Personen abzuwägen, das Missbrauchspotenzial auf ein
- 15 Minimum zu reduzieren und der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu wahren.
- 16 Insbesondere im Rahmen des präventiven Tätigwerdens der Polizei ist zudem der
- 17 Anwendungsbereich der Norm derart eng, dass der Mehrwert durch ebendiese zusätzliche
- 18 Befugnis nicht erkennbar ist.
- 19 Die FDP Bayern spricht sich daher dafür aus, die Befugnis zur molekulargenetischen
- 20 Untersuchung gemäß Art. 32a PAG mit Ausnahme der Befugnis zur Ermittlung und dem
- 21 Abgleich des DNA Identifizierungsmusters zu streichen.
- 22 Nichtsdestoweniger erkennen wir an, dass nach Eintritt in das Strafverfahren die
- 23 Interessenslage anders gelagert ist und eine molekulargenetische Untersuchung zur
- 24 Ermittlung von Tatverdächtigen erforderlich sein kann. Um auch hier die Interessen
- 25 ggf. beeinträchtigter, insbesondere unschuldiger Personen zu wahren, fordert die FDP
- 26 Bayern überdies, den § 81e StPO neben dem bereits bestehenden Richtervorbehalt auf
- 27 Seite der Genehmigung weiterhin mit einem Behördenleitervorbehalt auf Seite der
- 28 Beantragung zu versehen. Damit soll durch eine weitere Prüfung nach pflichtgemäßem
- 29 Ermessen einer hierzu kompetenten Person die unbedingte Wahrung des
- 30 Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes sichergestellt werden. Auch von diesem Erfordernis
- 31 soll die Entnahme zum Zwecke der Feststellung des DNA-Identifizierungsmusters
- 32 ausgenommen sein.
- 33 Darüber hinaus lehnen wir Freie Demokraten die Nutzung molekulargenetischer Methoden
- 34 im Rahmen von erkennungsdienstlichen Behandlungen an Personen, die weder hilflos noch
- 35 verstorben sind, entschieden ab. Infolgedessen ist auch ein Festhalterecht zur
- 36 Durchführung einer solchen Maßnahme abzulehnen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 82/A046: Sweet Dreams (Are Made Of Bildungsgerechtigkeit)

Antragsteller*in:

BV Schwaben

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Bildung stellt die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und das Vorankommen eines
2 jeden Einzelnen dar. Genau deswegen steht Bildung im Fokus liberaler Politik. Neben
3 den klassischen Schullaufbahnen ist es uns aber auch wichtig, Durchlässigkeit und
4 Flexibilität zwischen den verschiedenen Schularten zu schaffen und auf die
5 individuelle Entwicklung der einzelnen Schüler konkret eingehen zu können. Daher
6 fordern wir:
- 7 1. 1. Probeunterrichte an Realschulen und Gymnasien für Grundschüler, deren
8 Übertrittsnote für die entsprechende Schulart nicht ausreichend ist, müssen dem
9 tatsächlichen Leistungsniveau von Schülerinnen und Schülern der 4. Klasse
10 angepasst werden, so dass es den Schülern ohne aufwändige außerschulische
11 Vorbereitung möglich ist, den Probeunterricht zu bestehen. Notwendige Übungen,
12 um Schülerinnen und Schüler auf die Prüfungssituation und -aufgaben
13 vorzubereiten, sollen im laufenden Schuljahr behandelt werden.
- 14 2. Einen Ausbau der Einführungsklassen für die gymnasiale Oberstufe sowie eine
15 Überarbeitung der dafür vorgesehenen Lehrpläne, damit eine tatsächliche
16 Vorbereitung auf die Oberstufe gewährleistet werden kann. Zusätzlich ist
17 sicherzustellen, dass Sprachanfänger der zweiten Fremdsprache eine für sie
18 angepasste Bewertung ihres Sprachniveaus erhalten. Entsprechende Anfängerkurse
19 sind hinsichtlich Unterrichtsniveau und Benotung hieran anzupassen.
- 20 3. Die Wirtschaftsschule stellt eine berufsnahe Alternative zu den gängigen
21 weiterführenden Schulen dar. Daher soll das Angebot, die Wirtschaftsschule
22 bereits ab der 6. Klasse zu besuchen, ausgebaut werden. Zudem soll diese
23 Möglichkeit auch auf die 5. Klasse ausgeweitet werden.
- 24 4. Eine Anpassung der Probezeit an den 11. Klassen der Fachoberschulen. In der
25 Probezeit sollen mindestens zwei schriftliche Leistungsnachweise in jedem Fach
26 erfolgen, um eine aussagekräftige Vergleichbarkeit zu schaffen. Außerdem sollen
27 Schülern, die gefährdet sind, die Probezeit nicht zu bestehen, verstärkt
28 Beratungsangebote zu ihrer weiteren Bildungslaufbahn gemacht werden.

Begründung

zu 1.: Der Probeunterricht an bayerischen Realschulen und Gymnasien soll dem Zweck dienen, Schülerinnen und Schülern der 4. Klasse die Chance für einen Besuch dieser Schulen zu geben, auch wenn sie sich nicht durch das Übertrittszeugnis für eine höhere weiterführende Schule qualifizieren konnten. Der Probeunterricht, wie er momentan durchgeführt wird, ist allerdings

keineswegs an den Wissensstand eines 4. Klässlers angeglichen und behandelt oftmals Aufgabenstellungen, in denen die Schülerinnen und Schüler zuvor nie unterrichtet wurden. Besonders Schüler, die einen Übertritt an die Realschule erzielen wollen, haben oftmals erhebliche Schwierigkeiten. So haben im Schuljahr 2016/17 gerade einmal 26,2 % der Teilnehmer den Probeunterricht bestanden[1].

Die Möglichkeit, das Gymnasium oder die Realschule besuchen zu können, ist sowohl für Schülerinnen und Schüler, als auch für ihre Eltern bedeutend. Das Prozedere des Probeunterrichts bringt intensive Vorbereitung mit sich, die nicht durch schulische Vorbereitung gewährleistet wird. Eltern müssen sich häufig durch Nachhilfelehrer oder professionelle Lernbegleitung behelfen, die unter Umständen mehrere hundert Euro kosten können. Gerade für sozial schwächere Familien stellt dies eine große Herausforderung dar. Deswegen ist es wichtig, dass in den Schulen mehr Zeit auf eine Vorbereitung für eine Teilnahme am Probeunterricht verwendet wird und die Schüler so dementsprechend gewappnet sind.

zu 2.: Einführungsklassen dienen als Alternative zum direkten Eintritt in die gymnasiale Oberstufe und entsprechen im Allgemeinen der 10. Jahrgangsstufe des Gymnasiums. Im Schuljahr 2020/21 gab es an 104 der 431 bayerischen Gymnasien Einführungsklassen[2]. Damit der Besuch dieser Klassen flächendeckend gewährleistet ist - insbesondere im ländlichen Raum - ist es wichtig, diese Zahl auszubauen.

Um sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler der Einführungsklasse die bestmögliche Vorbereitung auf die Oberstufe bekommen, müssen die Lehr- und Stundenpläne angepasst werden. Da viele Themen in Fächern wie zum Beispiel Geschichte oder Sozialkunde bereits durch den Unterricht in der Realschule abgedeckt werden, wäre es sinnvoller diese Zeit in Naturwissenschaften zu investieren, da diese den Realschülern meist die größten Schwierigkeiten bereiten. So ist zusätzlich garantiert, dass die Schüler bei der Fächerbelegung in der Oberstufe mehr Auswahl haben.

Durch das Angebot einer zweiten Fremdsprache ebnet die Einführungsklasse auch Schülern den Weg zum Abitur, die auf der Realschule keinen fremdsprachlichen Zweig besucht haben. Allerdings werden diese oftmals mit Schülern unterrichtet, die die zweite Fremdsprache bereits vier Jahre an der Realschule belegt haben. Durch den Vergleich dieser unterschiedlichen Wissensstände werden Sprachanfänger oftmals schlechter bewertet. Hier ist es wichtig konkret zu verankern, dass die Schülerinnen und Schüler gemäß ihres Lernerfolgs benotet werden müssen und nicht im Vergleich zu Mitschülern, die die Sprache schon länger lernen.

zu 3.: Bei der Wirtschaftsschule handelt es sich um eine Schulform, die eine allgemeine, sowie berufliche Grundbildung für Wirtschafts- und Verwaltungsberufe vermittelt. Der Abschluss einer Wirtschaftsschule führt zum Erwerb der Mittleren Reife. Momentan können Schülerinnen und Schüler die Wirtschaftsschule meist frühestens ab der 7. Klasse besuchen. Im Schuljahr 2013/14 wurde von der Stiftung Bildungspakt Bayern in Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium für Bildung und Kultus der Schulversuch "Wirtschaftsschule ab der 6. Klasse" gestartet[3]. Seit dem Schuljahr 2020/21 können alle interessierten Wirtschaftsschulen die Jahrgangsstufe 6 als Zusatzangebot einrichten[4]. Ziel muss es sein, die Wahrnehmung dieses Angebots flächendeckend zu ermöglichen.

Auch die Ausweitung auf die 5. Klasse wäre dementsprechend folgerichtig.

zu 4.: Das Absolvieren einer Fachoberschule (FOS) ist neben dem Wechsel auf das Gymnasium,

eine Möglichkeit für Schüler und Schülerinnen mit der Mittleren Reife, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen. Die FOS vermittelt neben Allgemeinbildung auch fachtheoretische und -praktische Bildung. Dies geschieht durch eine erneute Wahl von Ausbildungsrichtungen und einem zwei- bis dreiwöchigen Wechsel von Schul- und Praktikumsphasen. In §8 I Satz 1 Nr. 1 der Schulordnung für die Berufliche Oberschule - Fachoberschulen und Berufsoberschulen[5] ist festgelegt, dass Schülerinnen und Schüler der 11. Klasse an einer FOS bis zum Ende des ersten Ausbildungsabschnitts einer Probezeit unterliegen. Erreichen sie dort nicht die festgelegten Ergebnisse, endet das Ausbildungsverhältnis. Da die meisten Arbeitgeber oder auch andere Schularten den Lehrbetrieb meist ab August oder September starten, stellt ein Nichtbestehen der Probezeit für die Schülerinnen und Schüler eine unüberbrückbare Lücke in ihrem Lebenslauf dar.

Hinzu kommt, dass die ersten Monate in einer neuen Schule - die zusätzlich einher kommt mit einer neuen Unterrichtsform - oftmals eine Belastung für Schülerinnen und Schüler bedeutet. Durch die verpflichtenden Praktika wird zusätzlicher Druck auf die Schüler ausgeübt und die Eingewöhnung in die neue Schulart erschwert. Eine Verlängerung der Probezeit auf das Ende der 11. Klasse bildet hier eine sinnvolle Maßnahme, um den Schülern den Start in die Fachoberschule zu erleichtern und ihnen die Möglichkeit auf einen bestmöglichen Abschluss zu bieten.

Sollte es trotzdem zum Nichtbestehen der Probezeit kommen, müssen die Schulen garantieren, dass die betroffenen Schüler durch entsprechende Beratungslehrkräfte Alternativen für die Zukunft aufgezeigt bekommen.

Fußnoten:

[1]Übertritt Bayern, Erfolgchancen bei Elternwille nach nichtbestandenem Probeunterricht, <https://uebertrittbayern.de/erfolgchancen-bei-elternwille-nach-nichtbestandenem-probeunterricht/>, aufgerufen am 06.05.2022

[2]Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Übertritt und Schulwechsel in Bayern: So geht die Schulkarriere weiter, <https://www.km.bayern.de/eltern/schularten/uebertritt-schulartwechsel.html>, aufgerufen am 06.05.2022

[3]Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München, Schulversuch "Wirtschaftsschule ab 6. Jahrgangsstufe, <https://www.isb.bayern.de/wirtschaftsschule/uebersicht/ws-6/>, aufgerufen am 06.05.2022

[4]Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Die 6. Jahrgangsstufe wird eingeführt, <https://www.km.bayern.de/eltern/meldung/6413/die-6-jahrgangsstufe-wird-eingefuehrt.html>, aufgerufen am 06.05.2022

[5]Bayerische Staatskanzlei, Schulordnung für die Berufliche Oberschule, <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayFOBOSO-8>, aufgerufen am 06.05.2022

Antrag 82/A047: End Endometriose

Antragsteller*in:	BV Schwaben
-------------------	-------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Bei Endometriose handelt es sich um eine der häufigsten gynäkologischen Erkrankungen
- 2 bei Frauen. Das Krankheitsbild zeichnet sich durch Entzündungen und Wucherungen,
- 3 meist im unteren Bauch- und Beckenraum sowie in der Gebärmutter aus und verursacht
- 4 nicht nur Schmerzen in verschiedener Ausprägung, sondern kann auch zu
- 5 lebensbedrohlichen Darmproblemen und Unfruchtbarkeit führen. So ist jede zweite Frau
- 6 mit unerfülltem Kinderwunsch von Endometriose betroffen. Um ein effektives Vorgehen
- 7 gegen diese Krankheit zu ermöglichen, fordern wir:
- 8 1. Eine Erhöhung der vom Bund bereitgestellten Fördermittel zur Erforschung von
- 9 Endometriose sowie von neuen und patientenschonenden Möglichkeiten der Diagnose
- 10 und Behandlung.
- 11 2. Den Ausbau von zertifizierten medizinischen Einrichtungen zur
- 12 Endometriosebehandlung in Deutschland, um eine qualitativ hochwertige Beratung
- 13 und Behandlung von Endometriose unabhängig von Wohnort und Lebenssituation zu
- 14 ermöglichen. Über die Standorte dieser Einrichtungen soll auf der Website des
- 15 Bundesgesundheitsministeriums informiert werden.
- 16 3. Eine vom Bundesgesundheitsministerium ausgehende Aufklärungskampagne für die
- 17 Bevölkerung sowie für Ärztinnen und Ärzte innerhalb und außerhalb des
- 18 gynäkologischen Fachbereichs. In dieser soll nicht nur auf Symptome der
- 19 Krankheit aufmerksam gemacht werden, sondern auch Informations- und
- 20 Behandlungseinrichtungen aufgeführt werden. Bei der Entwicklung der Kampagne
- 21 soll eng mit der Endometriose-Vereinigung Deutschland zusammengearbeitet werden.
- 22 4. Eine Erforschung der Anwendbarkeit u.a. der Anti-Baby-Pille als Medikament für
- 23 die Behandlung von Endometriose, solange noch keine langfristig effektiven
- 24 Behandlungen der Endometriose entwickelt wurden sowie im Falle einer
- 25 erfolgreichen Erprobung die Kostenübernahme durch die Krankenkassen, sofern der
- 26 Einsatz dieses Therapeutikums nach Empfehlung durch Ärztin oder Arzt von der
- 27 Patientin gewünscht ist. Darüber hinaus sollen auch andere, (zukünftige)
- 28 Therapiemethoden der Endometriose von der Krankenkasse übernommen werden.
- 29 5. Um bereits im frühen Alter ein Bewusstsein für Endometriose zu schaffen, soll
- 30 die Krankheit mit ihren Symptomen Teil der Familien- und Sexualerziehung an
- 31 Schulen zum Beispiel im Rahmen der Biologiestunden werden.

Begründung

zu 1.: Endometriose ist seit über 100 Jahren bekannt und betrifft zwischen 7 und 15 %^[1] der Frauen im reproduktionsfähigen Alter. Es ist jedoch von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Zwischen

dem ersten Auftreten von Symptomen und der Diagnose Endometriose liegen im Durchschnitt 10,4 Jahre[2]. Das liegt einerseits an der mangelnden Bekanntheit der Erkrankung in der Bevölkerung, andererseits an extrem geringen Forschungsbemühungen in diesem Feld. Im Zeitraum von 2000 bis 2017 wurden zur Endometrioseforschung allein der Medizinischen Hochschule in Hannover Gelder vom Bundesministerium für Bildung und Forschung zur Verfügung gestellt, 2008 bis 2011 etwa 200 000 € für die Evaluation eines Schulungsprogramms für Patientinnen mit Endometriose und ein weiteres Mal 200 000 € von 2013 bis 2015 für die Untersuchung zur Lebensqualität und Versorgung von Frauen mit Endometriose. In der 19. Legislaturperiode wurden keinerlei solche Mittel vergeben[3].

Im Vergleich zu anderen durch das BMBF geförderten medizinischen Projekten handelt es sich hierbei um einen stark beschränkten finanziellen Spielraum. Projekte zur Erforschung von Nahrungsmittelunverträglichkeiten wurden/werden im Zeitraum von 2021 bis 2024 mit bis zu 12,5 Millionen Euro unterstützt[4].

Durch die enorm große Anzahl Betroffener verdient das Thema Endometriose und vor allem die Entwicklung von patientenschonenden Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten mehr Aufmerksamkeit. Momentan können durch Endometriose ausgelöste Zysten und Entzündungen nur mit Hilfe von Sonographie (Ultraschall) oder einer Laparoskopie (Bauchspiegelung) festgestellt werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Sonographie Hinweise auf Endometrioseherde gibt, ist vergleichsweise gering und nur gegeben, wenn die Wucherungen bereits eine gewisse Größe erreicht haben. Genauere Auskunft kann allein eine Laparoskopie geben. Bei dieser handelt es sich um einen chirurgischen Eingriff, der unter Vollnarkose durchgeführt wird. Durch einen Schnitt in Bereich des Nabels in die Bauchhöhle wird eine kleine Kamera in den Bauchraum eingeführt. Diese Art der Diagnose schließt allerdings alle Risiken einer Operation mit ein, unter anderem eine erhöhte Thrombosegefahr und die Möglichkeit, dass Gefäße, Nerven oder Organe verletzt werden. Der Eingriff verursacht mehrere Tage nach Durchführung noch Schmerzen, körperliche Belastungen sollen die Patientinnen 5 bis 6 Wochen nach dem Eingriff vermeiden. Die Laparoskopie stellt trotz all dieser Probleme die einzige wirklich zuverlässige Diagnosemöglichkeit einer Endometrioseerkrankung dar[5]. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass durch den Bund mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Alternativen in der Befundstellung zu finden.

Allerdings ist nicht nur die Diagnose der Krankheit mit Schwierigkeiten verbunden. Auch die Behandlung einer Endometriose kann aktuell nur sehr eingeschränkt erfolgen. Zum einen ist eine Therapie durch Antiphlogistika (entzündungshemmende Wirkstoffe) wie Ibuprofen oder Diclofenac möglich, die der Betroffenen die größten körperlichen Beschwerden erträglicher machen soll. Zum anderen können endokrine Mittel wie Gestagene oder die Antibabypille eingesetzt werden. Beide Therapiemöglichkeiten sind wiederum mit eigenen Nebenwirkungen verbunden, insbesondere die hormonelle, da diese eine besondere Belastung für den Körper darstellt. Zusätzlich ist diese Art der Behandlung ungeeignet für Frauen mit einem Kinderwunsch und ein Wiederauftreten der Symptome nach zwischenzeitlich erfolgreicher Bekämpfung von Krankheitszeichen gegeben. Keine dieser Behandlungsmethoden bekämpft die Ursache von Endometriose, was insbesondere daran liegt, dass diese nicht bekannt ist[6]. Genau das zeigt den erhöhten Forschungsbedarf.

zu 2.: Damit Betroffene sich an entsprechend geschultes, medizinisches Personal wenden können, sind zertifizierte Endometriosepraxen, -kliniken oder -zentren[7] von großer Bedeutung. Von

solchen spezialisierten medizinischen Einrichtungen, die sich vor allem durch Erfahrung mit der Behandlung von Endometriose sowie einer interdisziplinären Versorgung auszeichnen, existieren derzeit nur etwa 100 in ganz Deutschland (ausgehend von 17,2 Millionen Frauen im gebärfähigen Alter[8] und bei einer niedrig gegriffenen Schätzung von 10 % mit Endometriose wäre eine zertifizierte Endometrioseeinrichtung für 17 200 Betroffene zuständig). Diese sind allerdings unterschiedlich stark in den einzelnen Bundesländern vertreten, vor allem der ländliche Raum ist stark unterrepräsentiert. Während es im Raum Köln-Bonn-Bochum ca. 15 dieser Einrichtungen gibt, sind es in Sachsen oder Sachsen-Anhalt jeweils zwei im ganzen Landesgebiet. Dies stellt offensichtlich eine klare Unterversorgung dar.

zu 3.: Trotz ihrer weiten Verbreitung wissen nur wenige Menschen um die Existenz der Krankheit, wodurch von Endometriose ausgelöste Symptome sehr selten erkannt und zugeordnet werden können. Daher ist es wichtig, Informationen über die Ursache von Endometriose, das Krankheitsbild und mögliche Anlaufs- und Beratungsstellen zu geben. Dies soll Frauen weiterhelfen, eine Endometrioseerkrankung frühzeitig zu erkennen und sich Hilfe bei der Bekämpfung der Krankheit suchen zu können.

Eine Aufklärungskampagne, ausgehend vom Bundesministerium für Gesundheit, die sich an eventuell Betroffene oder Frauen mit bereits diagnostizierter Endometriose richtet, ist daher dringend anzuraten.

Auch Ärztinnen und Ärzte ziehen oftmals trotz eines für Endometriose typischen Krankheitsbildes eine solche Erkrankung nicht in Erwägung. Aus diesem Grund sollte eine separate Kampagne für medizinisches Personal etabliert werden.

zu 4.: Zwar besteht die Option eines operativen Eingriffs besteht im Zuge der Laparoskopie, diese zeigt langfristig allerdings wenig Wirkung. Bei jeder 2. Patientin treten innerhalb von 5 Jahren erneut Endometrioseherde auf[9]. Deswegen kann die Antibabypille trotz ihrer Risiken eine wirksame Behandlung von Endometriosesymptomen darstelle. Bei dem endokrinen Kontrazeptivum handelt es sich um einen Wirkstoff, der bei einer kontinuierlichen und unterbrechungsfreien Einnahme die Bildung von Gebärmutterschleimhaut verhindert[10]. Da es sich bei Endometrioseherden um Ansiedlungen von Gewebe, ähnlich der Gebärmutterschleimhaut handelt, besteht durch die Einnahme der Antibabypille das Potenzial, das Wachstum der Endometrioseherde zu bremsen. Um dieses Potenzial zu bestätigen, sind entsprechende Studien anzufertigen.

In Deutschland erfolgt die Abgabe der Antibabypille lediglich als Verhütungsmittel und nicht als Medikament für starke Regelschmerzen, wie sie unter anderem durch die Krankheit ausgelöst werden. Daher bezeichnet man den Einsatz der Pille gegen die Endometriosesymptome als sogenannten „off-label-use“, was dazu führt, dass das Präparat nicht als Krankenkassenleistung betrachtet wird. Endometriose stellt als Krankheit eine eigene Legitimation für die Finanzierung entsprechender Medikamente dar, weshalb die Kosten für die Antibabypille sowie andere entsprechende Therapiemethoden von der gesetzlichen Krankenkasse übernommen werden sollten.

zu 5.: Die Veränderungen, die durch die Pubertät bei Mädchen und Jungen stattfinden, verursachen oftmals Verunsicherung. Da die Schule eine Institution darstellt, die den psychischen und physischen Reifeprozess von Kindern und Jugendlichen über einen längeren Zeitraum beinahe tagtäglich begleitet, bietet sich ein Einbinden von Krankheiten wie Endometriose in den

Aufklärungsunterricht (an bayerischen Schulen: Familien- und Sexualerziehung) an. Dies kann beispielsweise im Zuge des Biologieunterrichts sämtlicher Schularten passieren, sobald das Thema der menschlichen Sexualität aufgegriffen wird. Darüber hinaus bietet sich allerdings auch eine interdisziplinäre Behandlung des Themas in verschiedenen Fächern an. Dadurch wird bereits in jungen Jahren eine Sensibilität für eine Krankheit hergestellt und Schülerinnen möglich gemacht, Signale ihres Körpers leichter deuten zu können.

Fußnoten:

- [1] Stiftung Endometriose-Forschung, <https://www.endometriose-sef.de/>, aufgerufen am 20.02.2022.
- [2] Hudelist, G., et al., Diagnostic delay for endometriosis in Austria and Germany. Causes and possible consequences, in: Human Reproduction Vol. 27 Issue 12 Pages 3365–3379, Oxford 2012.
- [3] Bundesministerium für Bildung und Forschung (als Antwort auf eine Bürgeranfragen im Portal „FragdenStaat.de“), <https://fragdenstaat.de/anfrage/aufstellung-der-fordergelder-fur-erforschung-der-endometriose/#nachricht-581311>, 25.03.2021, aufgerufen am 20.02.2022.
- [4] Bundesministerium für Bildung und Forschung, Übersicht über die Förderung Interdisziplinärer Forschungsverbünde zu Nahrungsmittelunverträglichkeiten, <https://www.gesundheitsforschung-bmbf.de/de/interdisziplinare-forschungsverbunde-zu-nahrungsmittelunvertraeglichkeiten-13250.php>, aufgerufen am 20.02.2022.
- [5] Stiftung für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen, Untersuchungen bei Endometriose, <https://www.gesundheitsinformation.de/untersuchungen-bei-endometriose.html>, aufgerufen am 20.02.2022.
- [6] Robert Koch Institut, Frauengesundheitsbericht, https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsB/Gesundheitliche_Lage_der_Frauen_2020.pdf?__blob=publicationFile, aufgerufen am 20.02.2022
- [7] Endometriose-Vereinigung Deutschland e. V., SEF-zertifizierte Endometriosezentren, <https://www.endometriose-vereinigung.de/sefzertifizierte-endometriosezentren.html>, aufgerufen am 20.02.2022.
- [8] Statistisches Bundesamt (Pöttsch, Olga), Aktueller Geburtenanstieg und seine Potenziale, in: Wirtschaft und Statistik Ausgabe 3/2018, Seite 75, Wiesbaden 2018, im Web abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2018/03/aktueller-geburtenanstieg-032018.pdf?__blob=publicationFile#:~:text=Zwar%20reduzierte%20sich%20die%20Anzahl,ist%2C%20um%20500%20000%20zu, aufgerufen am 20.02.2022.
- [9] Stiftung für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen, Untersuchungen bei Endometriose, <https://www.gesundheitsinformation.de/behandlungsmoeglichkeiten-bei-endometriose.html>, aufgerufen am 20.02.2022.
- [10] Wort & Bild Verlag Konradshöhe GmbH & Co. KG, Verhütung: Die Pille, <https://www.apotheken-umschau.de/gesund-bleiben/sex/verhuetung-die-pille-707733.html>, aufgerufen am 20.02.2022.

Antrag 82/A048: Wohlstand fördern, Chancen geben - Bayrisches Landesprogramm zur Gewinnung ausländische Arbeitskräfte

Antragsteller*in:	BV Schwaben
-------------------	-------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Eine Anwerbung von Fach- und Arbeitskräfte muss im Ausland aktiv erfolgen. Wir wollen
- 2 daher vom Freistaat initiierte Büros in den Ländern, mit denen entsprechende
- 3 Vereinbarungen bestehen (Vietnam, Tunesien, Brasilien, etc.), einrichten.
- 4 Ihre Aufgaben sind:
- 5 • Die aktive Anwerbung von Interessenten und die Umsetzung von Assessments mit dem
- 6 Zielen einer Vorauswahl und der Aufbau von Datenbanken /Bewerberpools auf die
- 7 deutsche Arbeitgeber zugreifen können
- 8 • Organisation von Bewerberreisen nach Deutschland um sich bei interessierten
- 9 Unternehmen vorstellen zu können. Hilfe für die Bewerber bei der Suche nach
- 10 Arbeitsplätzen
- 11 • Unterstützung der Unternehmen bei den Antragsverfahren mit deutschen Behörden
- 12 (Botschaften, Ausländerbehörden, BA, Stellen zur Anerkennung ausländischer
- 13 Abschlüsse). Insgesamt soll eine Verfahrensbeschleunigung erreicht werden
- 14 • Initiierung und Ausbau des Deutschsprachkursangebots im Ausland (insbesondere
- 15 fachsprachlich).
- 16 • Berufsbegleitendes Deutschkursangebot in Deutschland
- 17 • Unterstützung bei der Wohnungssuche
- 18 • Förderung einer Willkommenskultur durch integrationsorientierte Angebote (Hilfe
- 19 beim Umgang mit Behörden, Informationen zur deutschen Geschichte, Kultur und
- 20 Lebensweise. Kulturelles und sportliches Angebot in Kooperation mit Vereinen)
- 21 • Aufklärung über die Wirkung von Migration für die Herkunftsländern (Triple WIN
- 22 Situation)
- 23 • Entsprechende bayerische Programme öffentlich ausschreiben
- 24 • Begleitende Evaluierung der Projekte
- 25 Diese Ziele setzen wir uns dabei:
- 26 • Unterstützung von Arbeitgebern und Betrieben bei der Suche nach ausländischen
- 27 Arbeitskräften; Entwicklung eines entsprechenden Serviceangebots.
- 28 • Aufbau von Datenbanken/Bewerberpools
- 29 • Beschleunigung der Verfahren
- 30 • Deutliche Erhöhung der Zahl ausländischer Fach- und Arbeitskräfte und damit
- 31 Stärkung des Wirtschaftsstandorts Bayern

Begründung

Unser Einwanderungssystem ist zu schleppend, zu bürokratisch, zu abweisend. Die Corona Pandemie hat Personalengpässe in fast allen Branchen massiv verschärft.

Fach – und Arbeitskräftemangel behindert die wirtschaftliche Entwicklung, bedroht die Existenz insbesondere mittelständischer Unternehmen und ist eine wesentliche Ursache für die Verknappung von Gütern und Dienstleistung. Arbeitskräftemangel fördert die Inflation. Der zu erwartende Rückgang der Erwerbstätigen wird nicht nur zur verringerten Steuereinnahmen sondern auch zu großen Problemen bei der umlagefinanzieren gesetzlichen Rente führen. Schnelles Handeln ist erforderlich wollen wir den Wohlstand und die Lebensqualität in unserem Land erhalten. Deshalb ist mehr Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt notwendig. Aktuell ist der gesamte Prozess, von der Anwerbung bis zu entsprechenden Anpassungsqualifizierungen in Deutschland, von den Arbeitgebern aktiv zu gestalten. Dies und die bürokratischen Hürden überfordern häufig die Möglichkeiten insbesondere kleinerer und mittlerer Betriebe.

Für die Gewinnung von Arbeitskräften aus dem Ausland sind die Kosten von den Unternehmen zu tragen. Dies unterscheidet die Gewinnung von ausländischen von der Gewinnung inländischen Arbeitskräften (Finanzierung über BA). Die Gewinnung ausländischer Arbeitskräfte kann jedoch, genauso wie die Beratung und Vermittlung von Arbeitskräften in Deutschland, als öffentliches Interesse definiert werden.

Trotz des beschleunigten Fachkräfteverfahren (Paragraph 81 a Aufenthaltsgesetz) ziehen sich die Verfahren über mehrere Monate hin (Anerkennung Berufsabschlüsse 2 Monate, BA Zustimmung eine Woche, Termin zur Visumsbeantragung 3 Wochen, Entscheidung Ausländeramt 3 Wochen = 15 Wochen oder ca. vier Monate). Ohne das kostenpflichtige beschleunigte Verfahren ist mit einem Zeitraum von neun Monaten zu rechnen.

Um den Kreis möglicher Bewerber zu erweitern muss Berufserfahrung anerkannten Berufsabschlüssen (nach deutschem Standard), als Voraussetzung des Zugangs zum deutschen Arbeitsmarkt, gleichgestellt werden (wie dies bereits im IT Bereich der Fall ist).

Für definierte Branchen (HOGA, Einzelhandel, Reinigungsgewerbe, Hoch und Tiefbau, Speditionswesen, Lagerwirtschaft, Landwirtschaft, Botendienste, Produktionshelfer, etc.) bei denen ein hoher Bedarf an Hilfskräften besteht, muss eine Zuwanderung auch ohne Berufsabschlüsse möglich sein.

In vielen Bereichen ist das Beherrschen der deutschen Sprache nicht zwingend notwendig. Oft genügen auch Englischsprachkenntnisse auf B2 Niveau.

Die Anwerbung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ist eine Triple WIN Situation. Sie bietet Chancen für die Bewerber, die Betriebe und die Herkunftsländer. Wie aus der Migrationsforschung bekannt ist, profitieren mittelfristig Herkunftsländer in erheblichem Umfang von Rückkehren, die häufig mit Know-how und Kapital wesentlich zum Aufbau der jeweiligen Länder beitragen. Diese Tatsache und die entsprechenden wissenschaftlichen Erkenntnisse sind weitgehend unbekannt.

Antrag 82/A049: Von der Pandemie zur Endemie

Antragsteller*in: BV Schwaben

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Es ist Zeit von der pandemischen zur endemischen Phase von SARS-CoV-2 zu kommen.
- 2 Deshalb sollten folgende Schritte unternommen werden:
- 3 **Eine bundesweite Kommunikationsoffensive starten**
- 4 Die Gesellschaft ist tief gespalten zwischen Menschen, die große Angst vor Corona
- 5 haben und sich stark einschränkende Maßnahmen im Herbst und Winter wünschen und
- 6 denjenigen, die sich einen weitsichtigen, aber verantwortungsvollen Umgang mit dem
- 7 Virus wünschen. Auf dem Weg in die endemische Phase müssen alle Menschen mitgenommen
- 8 und die Gesellschaft wieder zusammengeführt werden.
- 9 **Aufhebung der Isolationspflicht**
- 10 SARS-CoV- 2 wird in Zukunft wie jede andere ernstzunehmende Atemwegsinfekt behandelt.
- 11 Wer Krankheitssymptome hat, bleibt zu Hause, bzw. geht zum Arzt.
- 12 **Anpassung des Zulassungsrechts für variantenadaptierte Corona-Impfstoffe**
- 13 Das Zulassungsverfahren der variantenadaptierten Impfstoffe muss ähnlich wie bei den
- 14 Influenza-Impfstoffen erfolgen. Es muss eine Genehmigung zur Stammanpassung für die
- 15 zentral in der EU zugelassenen Impfstoffe geben.
- 16 **Impfstoffe weiterentwickeln**
- 17 Die Weiterentwicklung von Impfstoffen muss weiter staatlich begleitet werden, auch
- 18 mit dem Ziel, möglichst schnell weltweit ausreichend Impfstoff zur Verfügung stellen
- 19 zu können.
- 20 **Einsatzmanagement antiviraler Medikamente**
- 21 Beim Übergang in die endemische Phase muss der Fokus auf der Milderung von
- 22 Krankheitsverläufen liegen. Bei der Behandlung von Coronaerkrankungen spielt hierbei
- 23 der Einsatz antiviraler Medikamente und neutralisierender monoklonaler Antikörper
- 24 eine zentrale Rolle. Die weitere Forschung in diesem Bereich muss weiterhin durch
- 25 Bund und Länder unterstützt werden.
- 26 **Beratung zu und Behandlung von Long-Covid**
- 27 Die Landesregierung muss Long-Covid im Blick behalten und den Ausbau von Strukturen
- 28 zur Erforschung und Behandlung weiter vorantreiben. Im Rahmen der GMK sollte die
- 29 Landesregierung hier einen Schwerpunkt setzen.

Begründung

Das neuartige SARS-CoV-2-Virus hält die Welt seit über zwei Jahren in Atem. Zu Beginn der

Pandemie haben nahezu alle europäischen Länder – so auch Deutschland – z.T. harte grundrechtseinschränkende Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Virus und zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Gesundheitssysteme ergriffen. Zugleich wurde in zuvor nie gekannter Geschwindigkeit an der Entwicklung von Impfstoffen gearbeitet, mit dem Ergebnis, dass bereits Ende des Jahres 2020 die ersten hochbetagten Menschen in Deutschland eine Impfung gegen das Coronavirus erhalten haben. Die entwickelten und in der EU zugelassenen Impfstoffe schützen nach wie vor zuverlässig zumindest vor schweren Krankheitsverläufen. Ebenso stehen inzwischen medikamentöse Therapiemöglichkeiten mittels sogenannter antiviraler Arzneimittel sowie monoklonaler Antikörper zur Verfügung. Zugleich verändert sich das Virus und entwickelt hierbei immer neue Varianten und Subvarianten, die einerseits immer ansteckender, aber andererseits bei der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit zu mildereren Verläufen bei einer Erkrankung führen. Diesen Entwicklungen muss auch das Pandemiemanagement angepasst werden – und zwar fortlaufend. Nach gut zweieinhalb Jahren Ausnahmezustand und Krisenmodus unter Berücksichtigung der heute zur Verfügung stehenden medizinischen Möglichkeiten, der Veränderung des Virus und unter Berücksichtigung der Folgeschäden von Maßnahmen, die der Eindämmung der Verbreitung dienten, ist es dringend notwendig, den nächsten Schritt zu gehen: den Übergang von der Pandemie zur endemischen Phase – also das Leben mit dem Virus in einer freiheitlich demokratisch verfassten Gesellschaft zu gestalten. Andere Länder wie z.B. Frankreich sind diesen Weg bereits gegangen.

Antrag 82/A050: Digitale Bildung ganzheitlich und nachhaltig denken

Antragsteller*in:	BV Schwaben
-------------------	-------------

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die FDP Bayern setzt sich dafür ein, dass die Digitalisierung der Schulen unabhängig
- 2 von der Trägerschaft der Schule flächendeckend und zügig umgesetzt wird, um den
- 3 verfassungsgemäßen Auftrag der gleichwertigen Lebensbedingungen zu erfüllen.
- 4 Im Einzelnen setzt sich die FDP Bayern dafür ein:
- 5 • Jede Schule soll in Abstimmung mit den Sachaufwandsträgern bei der Beschaffung
- 6 ihrer digitalen Geräte, dem Einsatz von Kollaborationsplattformen und bei der
- 7 Umsetzung von Fortbildungsveranstaltungen, die damit im Zusammenhang stehen, mit
- 8 hoher Eigenverantwortung entscheiden, welchen Weg sie wählt. Die IT-
- 9 Systembetreuung soll dabei auf Ebene des Landeskreises, der Stadt oder der
- 10 Kommune von professionellen Unternehmen umgesetzt werden.
- 11 • Die Herangehensweise ist zu schärfen: Ziel muss sein nicht vom Förderprogramm
- 12 aus zu denken, sondern vom tatsächlichen Bedarf und Profil der jeweiligen
- 13 Schule. Bürokratie ist abzubauen sowie vereinfachte Fördermöglichkeiten müssen
- 14 aufgesetzt werden.
- 15 • Das Beschaffungswesen ist deutlich zu vereinfachen und hierzu soll ein Leitfaden
- 16 für Kommunen/Landkreise/Städte bereitgestellt, Hürden gesenkt und
- 17 ineinandergreifende Förderstrukturen gewährleistet werden.
- 18 • Faire Wettbewerbsbedingungen sind zu gewährleisten: Zielgenaue Angebote müssen
- 19 zum Tragen kommen. Es darf keine Oktroyierung von staatlichen Monopolangeboten
- 20 wie beispielsweise mebis geben. Staatliche Eingriffe bei Aufbau und Einsatz der
- 21 digitalen Infrastruktur sind auf das rechtlich Notwendige zu reduzieren.
- 22 • Die Technik folgt der Pädagogik. Die Schule vor Ort verwaltet ein eigenes
- 23 schülergebundenes Budget (Modell der „Bildungsgutscheine“) und stärkt somit ihr
- 24 Profil. Wir schlagen 300 € je Schüler vor.
- 25 • Eine landesweite 1:1 Ausstattung der Schülerinnen und Schülern mit Endgeräten zu
- 26 ist zu erreichen. Auf welchem Weg dieses Ziel erreicht werden soll, lassen wir
- 27 den Sachaufwandsträgern offen, damit diese bestmöglich auf die Anforderung vor
- 28 Ort reagieren können.
- 29 • Die technische Ausstattung und Lehrkräftequalifikation ist zu synchronisieren,
- 30 um erfolgreiche Lernumgebungen zu schaffen.
- 31 • Eine Lern-App, die alle Urheberrechtsfragen geklärt hat, soll unter anderem die
- 32 Angebote der Schulbuchverlage bündeln. Zudem entscheiden die Schulen in eigener
- 33 Verantwortung über den Einsatz von freien Lehr- und Lernmaterialien mit offener
- 34 Lizenz.

- 35 • Die Betriebs- und Datengarantie muss gewährleistet werden und eine Begrenzung
36 der Datenhoheit, Speicherung und Verarbeitung ist anzustreben.

Begründung

Während der pandemiebedingten Schulschließungen mussten Schülerinnen und Schüler über Wochen im Distanzunterricht beschult werden. Die Pandemie hat wie in einem Brennglas deutlich gemacht, dass es erhebliche Unterschiede zwischen den Schulen gibt, wenn es um die technische Infrastruktur, die Ausstattung mit digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler sowie Dienstgeräten für Lehrkräfte, den Einsatz und die Stabilität von Lernplattformen sowie der Etablierung von Cloud-Lösungen, die Unterstützung durch eine externe IT-Administration oder den Fortbildungsstand der Lehrkräfte geht. Bayern hat den Digitalpakt Schule zusätzlich bürokratisiert, sodass die Beantragung von finanziellen Mitteln deutlich erschwert wurde. Es gilt jetzt die Digitalisierung der Schulen unabhängig von der Trägerschaft der Schule flächendeckend und zügig umzusetzen, um den verfassungsgemäßen Auftrag der gleichwertigen Lebensbedingungen zu erfüllen.

Antrag 82/A051: Trennung von Kirche und Staat endlich konsequent umsetzen

Antragsteller*in:

BV Schwaben

Die Versammlung möge beschließen:

1 <article role="article">

2 Das Grundgesetz verpflichtet den Staat in Art. 4 GG zu weltanschaulicher Neutralität
3 und der Gleichbehandlung sämtlicher Religionen. Getreu diesem liberalen und säkularen
4 Leitbild fordert die FDP Bayern die rechtliche Gleichbehandlung aller Religions- und
5 Weltanschauungsgemeinschaften. Leitbild einer modernen Religionspolitik sollte ein
6 Staat sein, der alle Religionen, die von seinen Bürgern praktiziert werden,
7 toleriert, akzeptiert und respektiert, aber keine Religionen bevorzugt. Alle
8 Gläubigen und Kirchen sind denselben Regeln zu unterwerfen.

9 In weiten Teilen ist dieses Ziel durch die verfassungsrechtlich garantierte und
10 praktisch gelebte Religionsfreiheit in der Bundesrepublik bereits erreicht.
11 Nachholbedarf besteht aber insbesondere bei der historisch gewachsenen Bevorzugung
12 alteingesessener Religionsgemeinschaften, namentlich der katholischen und
13 evangelischen Kirchen. Diese profitieren von umfassenden Privilegien, die sie
14 größtenteils ihrer Bedeutung in den vergangenen Jahrhunderten verdanken:

- 15 • Die Kirchen können über den Staat Steuern erheben, anstatt wie alle anderen
16 Vereine von ihren Mitgliedern Beiträge einzutreiben.
- 17 • Sie erhalten darüber hinaus umfangreiche finanzielle Zuwendungen, z.B. in Form
18 von staatlicher Finanzierung von Bischofsgehältern und dem Unterhalt von rein
19 kirchlichen Hochschullehrstühlen (einschließlich unangemessener
20 Mitbestimmungsrechte).
- 21 • Im Widerspruch zu prägenden Grundprinzipien des deutschen Arbeitsrechts können
22 Kirchen arbeitsrechtliche Sanktionen, bis hin zur Kündigung, gegenüber ihren
23 Arbeitnehmern aussprechen, allein weil sie ihr Privatleben nicht in
24 ausreichendem Maße an den Glaubensregeln ausrichten. Ganz besonders inakzeptabel
25 ist dies bei nur mittelbar bei der Kirche beschäftigten Arbeitnehmern, die
26 nicht-geistliche Tätigkeiten ausführen (etwa in kirchlichen Krankenhäusern oder
27 Pflegeeinrichtungen).

28 • U.v.m.

29 Dies ist nicht mehr zeitgemäß und soll abgeschafft werden. In einem ersten Schritt
30 sind dafür die verfassungsrechtlichen und staatsvertraglichen Bestimmungen, die die
31 einfachgesetzlichen Privilegien absichern zu beseitigen, um den Gesetzgebern auf
32 Landes- und Bundesebene die notwendigen Spielräume für Reformen zu eröffnen. Das
33 umfasst im Einzelnen insbesondere:

- 34 • Eine entsprechende Reform der bayerischen Verfassung (BV). Diese umfasst u. a.

- 35 die Entfernung des Gottesbezugs aus der Präambel und aus Art. 131 Abs. 2 BV, die
 36 Streichung von Art. 127 und Art. 135 S. 2 BV, sowie eine Überarbeitung der
 37 kirchenrechtlichen Sondervorschriften in Art. 136, Art. 137 und Art. 142 bis 150
 38 BV, die ebenfalls um alle unmittelbaren oder mittelbaren Privilegien für
 39 bestimmte Kirchen zu bereinigen sind.
- 40 • Kirchen, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, sind in
 41 privatrechtliche Rechtsformen zu überführen. Die rechtliche Privilegierung
 42 durch die besondere Körperschaftsform ist nicht nur überflüssig und in einem
 43 säkularen Staat unangemessen, sondern führt in der Praxis zudem zu einer
 44 faktischen Bevorzugung christlicher Kirchen vor anderen Religionsgemeinschaften.
 45 Die damit einhergehenden Sonderrechte, wie das Recht Kirchensteuer zu erheben
 46 oder die arbeitsrechtliche Sonderbehandlung der Kirchen, können auf diesem Wege
 47 ebenfalls zügig beseitigt werden.
 - 48 • Die Kündigung bzw. Neuverhandlung sämtlicher Staatskirchenverträge, soweit es
 49 zur Erreichung der vorgenannten Ziele notwendig ist.
 - 50 • Kirchlicher Einfluss auf die Forschung und die Lehre sind zu unterbinden.
 51 Insbesondere darf die Kirche keinen Einfluss mehr auf die Vergabe von
 52 Lehraufträgen haben. Ausnahmen kann es an theologischen Fakultäten geben.
 - 53 • Der Religionsunterricht muss zu einem Werteunterricht reformiert werden. Der
 54 Religionsunterricht in öffentlichen Schulen ist durch ein Fach zu ersetzen, das
 55 verschiedene weltanschauliche und religiöse Ansätze, sowie die Werte unserer
 56 Verfassung vermittelt.
 - 57 • Religiöse Symbole wie das Kreuz sind aus allen öffentlichen Institutionen zu
 58 verbannen. Die in Art. 7 Abs. 2 BayEUG festgelegte grundsätzliche Anbringung von
 59 religiösen Symbolen in jedem Klassenraum verstößt gegen das GG Art. 4 und ist
 60 daher strikt abzulehnen. Dasselbe gilt für alle Räume aller weiterer Gebäude
 61 öffentlich-staatlicher Institutionen. Der „Kreuzerlass“ der Bayerischen
 62 Staatsregierung von 2018 ist rückabzuwickeln.
 - 63 • Die Entfernung des Gottesbezuges aus sämtlichen Eidesformeln, inklusive der
 64 gerichtlichen Eidesformel gemäß § 64 StPO. Die Möglichkeit zur religiösen
 65 Beteuerung seitens des Beeideten bleibt stets erhalten.
 - 66 • Die Sonderstellung der Religionsgemeinschaften im Medienrecht muss beendet
 67 werden. Die im öffentlich-rechtlichen Rundfunk eingeräumten Sonderrechte für
 68 Religionsgemeinschaften, wie die Sonderrechte bei der Kurzberichterstattung
 69 (z.B. Art1. \S 5 Rundfunkstaatsvertrag) und die Einräumung von Sendezeiten (z.B.
 70 Art. 1 \S 42 Rundfunkstaatsvertrag) sind zu streichen.
 - 71 • Arbeitnehmerrechte müssen auch in kircheigenen Betrieben gesichert werden. Alle
 72 Ausnahmetatbestände im Arbeitsrecht, die den Kirchen als Arbeitgeber eingeräumt
 73 werden, müssen für den Geltungsbereich von der Kirche angestellter Laien
 74 entfallen.
 - 75 • Die Feiertagsregelungen müssen liberalisiert werden. Dazu zählt die Abschaffung
 76 sämtlicher Sonderregelungen für „Stille Tage“, insbesondere auch das Tanzverbot.

77 • Die einengenden Bestimmungen zum Sonntagsverkaufsverbot müssen ebenfalls
78 aufgehoben werden.

79 • Die Hemmschwelle für den Austritt aus der Kirche ist zudem sehr hoch. Noch immer
80 muss aufwendig ein Termin auf dem Amt vereinbart und vor Ort der Austritt
81 erklärt werden. Diese Hemmschwelle muss fallen. Der Austritt muss einfach und
82 schnell digital erfolgen können. Hierzu bedarf es der Öffnung im KirchStG und
83 einer Änderung der AVKirchStG.

84 Nachdem diese Hürden beseitigt sind, sollen die Gesetzgeber auf Bundes- und
85 Landesebene in geeigneten Schritten die endgültige Trennung von Kirche und Staat
86 realisieren. Der FDP Bayern ist bewusst, dass die vollständige Reform der zum Teil
87 seit Jahrhunderten gewachsenen Strukturen ein komplizierter und langwieriger Prozess
88 ist. Es ist jedoch an der Zeit diesen in Gang zu setzen.

89 Im Zuge der Reform sind die vielfältigen Belange aller Beteiligten Parteien
90 angemessen zu berücksichtigen. Dies umfasst, neben den Interessen der zahlreichen
91 direkt oder mittelbar bei den Kirchen beschäftigten Arbeitnehmer, auch die Tatsache,
92 dass die Kirchen vielfach großen Beitrag zu der Erreichung von Zielen leisten, die im
93 öffentlichen Interesse liegen. Zu nennen sind insbesondere umfangreiche Tätigkeiten
94 im diakonischem, pflegendem, betreuendem und erziehendem Sektor, der
95 Gesundheitsversorgung und der Unterhaltung und Instandhaltung historischer und
96 kultureller Gegenstände und Gebäude. Diese Beiträge werden anerkannt und sollen nicht
97 verhindert werden. Jedoch sollten die Kirchen bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten den
98 gleichen Regeln unterworfen sein, wie auch alle anderen Akteure der
99 Zivilgesellschaft.

100 </article>

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 82/A052: Damit die eigenen vier Wände wieder sicher sind

Antragsteller*in: BV Schwaben

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Jeder Mensch hat das grundgesetzlich gesicherte Recht auf körperliche Unversehrtheit.
- 2 Der Schutz vor häuslicher Gewalt ist dabei eine essentielle Aufgabe des Deutschen
- 3 Staates. Betroffene Männer, Frauen und Kinder werden nicht ausreichend gegen diese
- 4 Gefahr geschützt. Ein konsequentes Vorgehen kann dabei nur auf Basis einer möglichst
- 5 fundierten Datenlage geschehen.
- 6 Daher fordern wir:
- 7 1. 1. Die Bundesrepublik Deutschland muss ihre grundgesetzlich verankerte
- 8 Verantwortung übernehmen und sich effektiv gegen alle Arten häuslicher Gewalt
- 9 einsetzen. Dazu zählen körperliche, psychische, sexuelle und wirtschaftliche
- 10 Gewalt gegen Männer und insbesondere gegen Frauen und Kinder. Dabei muss es
- 11 sowohl niedrigschwellige Hilfsangebote als auch konsequenten Schutz und sichere
- 12 Unterstützung für Betroffene geben.
- 13 2. Der Gesundheitsbereich soll als wichtige Schnittstelle Kontakte zwischen
- 14 Gewaltbetroffenen und spezifischen Hilfsangeboten herstellen. Informationen über
- 15 Hilfsangebote zu häuslicher Gewalt sollen standardmäßig sowohl beim Besuch der
- 16 Frauen-, Kinder- oder Hausarztpraxis sowie bei psychologischen Beratungsstellen
- 17 zur Verfügung gestellt werden. Ärztinnen und Ärzte sollen, in den
- 18 Tatbestandsmerkmalen vergleichbar mit der Regelung für Kinder und Jugendliche in
- 19 Art. 14 Abs. 6 GDVG (bayerisches Gesundheitsdienst- und
- 20 Verbraucherschutzgesetz), dazu verpflichtet werden, bei gewichtigen
- 21 Anhaltspunkten für eine Misshandlung, Vernachlässigung oder einen sexuellen
- 22 Missbrauch unter vier Augen diese Vermutung anzusprechen und bei Bedarf
- 23 Informationen über Hilfsangebote zu machen. Die Anhaltspunkte sollen außerdem
- 24 dokumentiert und für ein Jahr aufbewahrt werden. Dies ist zwingend auch zu
- 25 kommunizieren, damit Betroffene, die später Anzeige erstatten wollen, sich dann
- 26 dieser Beweise bedienen können. Mit dem Einverständnis der betroffenen Person
- 27 sollen ebenfalls Beweisfotos angefertigt und DNA für eine eventuell folgende DNA
- 28 Analyse gesichert werden. So kann Betroffenen auch eine fundierte Anzeige
- 29 ermöglicht werden, auch wenn sie sich erst längere Zeit nach der Tat für eine
- 30 Anzeige entscheiden. Kurse, die Allgemein- und Zahnmedizinern vermitteln, wie
- 31 sie Anzeichen häuslicher Gewalt erkennen können, unterstützen wir.
- 32 3. Als Grundlage für jegliche Arbeit im Kampf gegen häusliche Gewalt müssen
- 33 verlässliche Daten erhoben werden. Dazu muss unter anderem Gewalt gegenüber
- 34 Kindern und Jugendlichen in der polizeilichen Kriminalstatistik aufgeführt
- 35 werden. Um eine bessere Vergleichbarkeit verschiedener Studien zu gewährleisten,

setzten sich die Jungen Liberalen dafür ein, dass Bemühungen unternommen werden, die Definition von Gewalt im medizinischen Sinne zu vereinheitlichen oder alternativ Studienergebnisse unter Bezugnahme auf mehrere führende Definitionen von Gewalt zu veröffentlichen. Bei der Erforschung soll aufgrund des hohen Einflusses emotionaler Faktoren wie Scham, Furcht oder Verdrängungsmechanismen und die dadurch vergleichsweise wenig repräsentativen polizeilichen Statistiken auf dem Gebiet der häuslichen Gewalt (Hellfeld) ein besonderer Fokus auf das Dunkelfeld gelegt werden. Da entsprechende Studien besonders aufwändig sind, soll von staatlicher Seite finanzielle Unterstützung für Forschende bereitgestellt werden. Ein Fokus soll dabei auch auf homosexuelle Männer gelegt werden, für die in Pilotstudien eine erhöhte Gefahr, Opfer häuslicher Gewalt zu werden, festgestellt wurde. Repräsentative Studien sollen dieses Ergebnis nun validieren oder falsifizieren.

4. Wenn in einem Frauenhaus Unterstützung gesucht wird, muss diese auch gewährt werden können. Dem eklatanten Mangel an Frauenhausplätzen und Fachpersonal muss entschieden entgegengetreten werden. Darüber hinaus sprechen wir uns klar dagegen aus, dass die Kosten nicht für alle Betroffenen vom Staat übernommen werden. EU-Bürgerinnen, Studentinnen, Auszubildende oder Asylsuchende dürfen nicht weiter keine oder nur eingeschränkte finanzielle Unterstützung bei einem Frauenhausaufenthalt erhalten. Ebenso lehnen wir es ab, dass das Einkommen und Vermögen von Betroffenen eine Rolle dafür spielt, ob der Aufenthalt von Staat gezahlt wird. Unserer Meinung nach sollte in solchen Extremsituationen nur die Abwendung einer bestehenden Gefahr im Vordergrund stehen, daher fordern wir die

Abschaffung dieser Regelung. Allgemein unterstützen wir eine bundesweite Angleichung der finanziellen Unterstützungsleistungen für Frauenhausaufenthalte.

5. Deutschland hat sich national und international über Gesetze und Abkommen verpflichtet, Menschen mit Behinderung besonders zu schützen. Es ist daher ein bedarfsgerechtes Angebot an barrierefreien Beratungsmöglichkeiten sicherzustellen. Um den Schutz dieser besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppe zu gewährleisten, ist die Weiterentwicklung von umfassenden und bundesweit einheitlichen Präventions- und Gewaltschutzkonzepten für entsprechende Einrichtungen notwendig. Hierfür fordern wir spezielle Schulungen für mobile Ärzteteams, die regelmäßig oder stationär eine solche Einrichtung betreuen. Diese Schulungen sollen den Teams ermöglichen, Anzeichen häuslicher Gewalt besser zu erkennen und so den Schutz derjenigen in entsprechenden Einrichtungen mit wenig Interaktion nach außen zu gewährleisten. Gleichzeitig werden die Einrichtungen dadurch nicht unter einen Generalverdacht gestellt.

Begründung

2020 hat die Corona-Pandemie viele Missstände wie ein Brennglas hervorgehoben. Einer dieser

Missstände ist die häusliche Gewalt, mit der laut einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben 25 % der Frauen mindestens ein- oder mehrmals körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt.[1] Laut einer eingeschränkt repräsentativen Pilotstudie, ebenfalls im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben auch 25 % der Männer in Beziehungen bereits irgendeine Form von Gewalt erfahren.[2] Wenn das eigene Zuhause, eigentlich ein Rückzugsort, in dem man sich sicher und geschützt fühlen sollte, zu einer Gefahr wird, in der die körperliche Unversehrtheit nicht mehr sicher ist, muss der Staat seine Verantwortung wahrnehmen und diesen Missstand bekämpfen.

Zu 1.: Häusliche Gewalt ist eine Gefahr, die über lange Zeit andauert und die für Betroffene eine Extremsituation darstellt. Die Person, die man liebt oder geliebt hat und mit der einen so viel verbindet, sorgt dafür, dass man sich in seinen eigenen vier Wänden nicht mehr sicher fühlen kann. Verdrängungsmechanismen oder die Angst davor, die Situation durch Zuhilfenahme öffentlicher Stellen nur zu verschlimmern, hemmen Betroffene, wenn es darum geht, sich Hilfe zu suchen.[3] Darum braucht es niedrigschwellige Informations- und Hilfsangebote, um Betroffene, die oft nicht nur körperlich misshandelt, sondern in 80 bis 90 % der Fälle ebenfalls psychischer Gewalt ausgesetzt sind und überwacht werden[4], zu ermöglichen, diese Angebote auch wahrzunehmen. Wenn Betroffene diesen Schritt gehen, müssen wir auch gewährleisten, dass sie dann geschützt sind und eben keine Konsequenzen zu befürchten haben.

Zu 2.: Im Gesundheitsbereich treffen Betroffene auf medizinisch geschultes Personal, das die Spuren physischer Gewalt erkennen kann und Betroffene beraten kann. Darüber hinaus ist der Arztbesuch eine unauffällige und verhältnismäßig regelmäßige Möglichkeit, sich zwischenzeitlich der Überwachung durch den dominanten Partner oder die dominante Partnerin zu entziehen. Frauenarztpraxen bieten insbesondere betroffenen Frauen eine Möglichkeit, abseits ihres Partners Hilfe zu suchen. Die standardmäßige Ausgabe von Informationen für Betroffene ist bereits Beschlusslage der FDP[5], muss aber um die Auslage von entsprechenden Hilfsangeboten in Kinder- und Hausarztpraxen sowie psychologischen Beratungsstellen ergänzt werden. Hausarztpraxen machen es auch Männern möglich, sich einfach entsprechende Informationen zu besorgen und sind darüber hinaus eine allgemein weit verbreitete und niedrigschwellige Anlaufstelle. Zu häuslicher Gewalt kommt es oft im Zusammenhang mit psychischen Extremsituationen oder Veränderungen, der Geburts eines Kindes, einer Trennung, Schulden, Suchtproblemen, Stress oder Ähnlichem.[6] Insbesondere bei psychischer Gewalt, die sich gegen die emotionale und seelische Stabilität der Betroffenen richtet, liegt eine psychologische Beratung bzw. Betreuung nahe. An dieser Stelle kann ebenfalls mit Informationen für Hilfsangebote angesetzt werden.

In Art. 14 Abs. 6 GDVG werden Ärztinnen und Ärzte, Hebammen und Entbindungshelfer dazu verpflichtet, bei gewichtigen Anhaltspunkten für eine Misshandlung, Vernachlässigung oder einen sexuellen Missbrauch von Kindern unter Übermittlung der erforderlichen personenbezogenen Daten das Jugendamt zu informieren.[7] Bei Erwachsenen wäre eine solche Maßnahme wohl unverhältnismäßig. Dennoch sollten Ärztinnen und Ärzte sich ihrer Verantwortung und ihrer Vertrauensposition bewusst sein und potentiell Betroffene in einer sicheren Umgebung auf diese gewichtigen Anhaltspunkte ansprechen. Dann können gemeinsam weitere Schritte erwogen werden. Selbst wenn nicht direkt Anzeige erstattet wird, kann die Beweislage durch eine ausführliche Dokumentation extrem verbessert werden. Eine Grunddokumentation sollte dabei verpflichtend sein, weitere Maßnahmen wie Fotos nur mit Einverständnis durchgeführt werden.

Mithilfe der einjährigen Aufbewahrung kann gewährleistet werden, dass Betroffene genug Beweise haben, wenn sie sich, so wie es insbesondere in Fällen der häuslichen Gewalt oft geschieht[8], erst nach längerer Zeit für eine Anzeige entscheiden. Aktuell werden über 80 % der Verfahren in Fällen von Partnergewalt eingestellt, in 83 % der Fälle wegen mangelnder Nachweisbarkeit des Tatvorwurfs gemäß § 170 Abs. 2 StPO.[9]

Zu 3.: Im Bereich der häuslichen Gewalt ist die Datenlage im Hellfeld extrem begrenzt. Diese begrenzte Datenlage sollte dann jedoch möglichst gut aufbereitet und behandelt werden. Dafür müssen entsprechende Straftaten auch in der polizeilichen Kriminalstatistik konkret erfasst werden. Dementsprechend sollte auch Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen dort Erwähnung finden.[10] Zusätzlich wird die Vergleichbarkeit durch wissenschaftliche Dispute über eine richtige Gewaltdefinition und die dementsprechend richtige Einordnung von Fällen gehemmt. Die durch polizeiliche Statistiken erfassten Fälle im Hellfeld belaufen sich laut dem Kriminalisten Helmut Kury auf nur 20 % der tatsächlichen Fälle.[11] Dementsprechend müssen die Bemühungen, repräsentative Ergebnisse in umfassenden Dunkelfeldstudien zu gewinnen, gesteigert werden. Darüber hinaus muss auf neue gesellschaftliche Formen des Zusammenlebens reagiert werden. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sind heutzutage zum Beispiel nicht mehr unüblich, zum Zeitpunkt des Erscheinens der Pilotstudie „Gewalt gegen Männer“ (siehe Fußnote 2) jedoch noch deutlich seltener. Solche nun verstärkt auftretenden Formen des Zusammenlebens sind in neueren Studien auch stärker zu berücksichtigen. So können frühere Pilotstudien durch repräsentative Studien validiert oder falsifiziert werden.

Zu 4.: Der Aufenthalt im Frauenhaus stellt für viele Betroffene einen großen Schritt dar. Der Staat muss gewährleisten, dass diejenigen, die sich für diesen Schritt entscheiden, dann auch einen Platz dort bekommen können. Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention), der sich die Bundesrepublik verpflichtet hat, empfiehlt in Art. 23 Nr. 135 eine sichere Unterkunft für Frauen in Frauenhäusern, die auf alle Regionen verteilt sind und eine Familie pro 10.000 Einwohner aufnehmen können.[12] Daraus ergeben sich 2,5 Plätze pro 10.000 Einwohner als ausreichende Anzahl von Frauenhausplätzen und somit eine Bedarfsgroße von 21.400 Plätzen bei einem aktuellen Defizit von rund 14.600 Plätzen. In der Realität bedeutet dies, dass momentan im Schnitt jede zweite hilfesuchende Frau abgewiesen wird.[13] Wie der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages in seinem Gutachten vom Mai 2019 feststellt, sind Frauenhäuser bundesweit überlastet.[14] Diesem Mangel muss entgegengetreten werden.

Die Finanzierung der Leistungen im Frauenhaus sind nicht einheitlich geregelt. Werden sie über Leistungsansprüche nach dem Sozialgesetzbuch (für Frauen kommen SGB II und XII in Betracht, für deren Kinder SGB VIII) finanziert, ergeben sich dadurch Lücken. Diese werden bei asylsuchenden Frauen teilweise über eine Leistungsverpflichtung aus dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gedeckt. Bei dieser Art der Finanzierung gibt es jedoch auch einige Personen, welche die Tagessätze als Selbstzahlerinnen finanzieren müssen. Dazu zählen unter anderem viele Frauen, die über eigenes Einkommen verfügen, oder Studentinnen.[15] Diese Personen müssen Unterkunfts- und Beratungskosten selbst tragen. Frauen, die in eine andere Kommune flüchten, um dort Schutz zu suchen, wird der Schutz aufgrund der verschiedenen Kostenerstattungen teils versagt, teils werden sie von den Frauenhäusern auf eigenes Risiko aufgenommen.[16] Die Zentrale Informationsstelle Autonome Frauenhäuser (ZIF) fordert daher insbesondere die Beseitigung finanzieller Aufnahmehürden.[17] Wir Junge Liberale

setzen uns dafür ein, dass Hilfe bekommt, wer Hilfe benötigt. Insbesondere Studentinnen, die häufig erst seit kurzem in einer neuen Stadt wohnen und dort kaum Bezugspersonen außer des gewalttätigen Partners haben, sollten vom Staat unterstützt werden. Desweiteren ist anzumerken, dass die verschiedenen Arten häuslicher Gewalt häufig gemeinsam auftreten (siehe Fußnote 4). Es ist durchaus wahrscheinlich, dass Frauen, die vor körperlicher Gewalt fliehen, auch unter dem Einfluss wirtschaftlicher Gewalt stehen und trotz Einkommen faktisch keinen oder nur eingeschränkten Zugriff auf das eigene Konto haben. Um die Schutzsuche möglichst einfach zu gestalten und bürokratische Hürden zu verringern, bietet sich eine bundesweite Angleichung der finanziellen Unterstützungsleistungen für Frauenhausaufenthalte an. Die Finanzierung von Frauenhäusern erfolgt einerseits über Mittel der Länder und Kommunen, über Eigenanteile der betroffenen Frauen, deren Kosten nach individueller Prüfung nach Maßgabe der Sozialgesetzgebung übernommen werden können, andererseits über Eigenmittel der Träger, beispielsweise Spenden.[18] In manchen Ländern, etwa Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Thüringen, bestehen zur Finanzierung landesgesetzliche Vorgaben, in anderen Ländern nur Verwaltungsvorschriften. Einige Länder machen keine Vorgaben zu Mindestplatzzahl, Betreuungsschlüssel oder Qualifikation des Personals, andere machen dazu detaillierte Vorgaben, etwa in Nordrhein-Westfalen, wo unter anderem der Gegenstand der Förderung, die Zuwendungsvoraussetzungen sowie Art, Umfang und Höhe der Zuwendung festgelegt werden.[19] So gehört es zu den Zuwendungsvoraussetzungen, dass mindestens acht Frauen Aufnahme geboten wird mindestens drei hauptamtliche (Fach-)Kräfte beschäftigt werden. Auch in Art und Höhe der Förderung auf Landesebene bestehen große Differenzen. So beliefen sich im Jahr 2015 die Zuwendungen von Land und Kommunen in Sachsen auf etwa 450.000 Euro bei 240 Plätzen, in Rheinland-Pfalz dagegen rund 1,4 Millionen Euro bei 286 Plätzen.[20] Dieses Tohuwabohu sollte schnellstmöglich in einfache und einheitliche Bahnen gelenkt werden.

Zu 5: In einer Studie vom BMFSFJ wurden Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen im Rahmen einer repräsentativen Frauenstudie 2004 befragt (vgl. Schröttle/Müller 2004). Jede dritte bis vierte Frau mit Behinderung in ihrer Kindheit und Jugend sexualisierte Gewalt erfahren. Das ist zwei- bis dreimal häufiger als bei Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt. Neben der direkten personalen Gewalt gegen Frauen mit Behinderung sind sie vielfältigen Formen von Diskriminierung und struktureller Gewalt ausgesetzt.[21]

Auffällig sind die hohen Belastungen insbesondere durch sexuelle Gewalt in Kindheit, Jugend und auch im Erwachsenenleben der Befragten. Die im Lebensverlauf am höchsten von Gewalt belastete Gruppe der repräsentativen Befragungen sind Frauen mit psychischen Erkrankungen, die in Einrichtungen leben. Bei den Frauen der Zusatzbefragung waren die gehörlosen Frauen deutlich am häufigsten, insbesondere von sexueller Gewalt in Kindheit, Jugend und Erwachsenenleben betroffen.[22]

Fußnoten:

[1] Müller, Ursula et al.: Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland, repräsentative Studie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums 2004, S. 121

[2] Dr. Puchert, Ralf et al.: Gewalt gegen Männer 2005; Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt, Hessisches Ministerium für Justiz, Männer, abrufbar unter: <https://www.lks-hessen.de/themen/maenner>, abgerufen am 7.10.2021.

[3] Kury, Helmut: Das Dunkelfeld der Kriminalität. Oder: Selektionsmechanismen und andere

Verfälschungsstrukturen, in: Kriminalistik 2/01, 55, Heidelberg 2001, S.74.

[4] Schwander, Marianne: Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt. Neue Erkenntnisse - neue Instrumente, in: Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht, Band 121 Nr. 2, Stämpfli, Bern 2003; Bächler, Andrea: Gewalt in Ehe und Partnerschaft. Polizei-, straf- und zivilrechtliche Interventionen am Beispiel des Kantons Basel-Stadt, Basel/Genf/München 1998.

[5] Ausschnitt aus dem Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl, abrufbar unter: <https://www.fdp.de/forderung/informationen-ueber-hilfsangebote-zu-haesuslicher-gewalt-beim-besuch-des-frauenarztes-zur>, aufgerufen am 8.10.2021.

[6] Internetredaktion des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, <https://staerker-als-gewalt.de/gewalt-erkennen/haeusliche-gewalt-erkennen>, aufgerufen am 8.10.2021.

[7] <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayGDVG-14>, aufgerufen am 8.10.2021.

[8] Lisa Wingenfeld, Elisabeth Mützel, Matthias Graw: Den Menschen als Ganzes sehen, Forensische Aspekte häuslicher Gewalt, Bayerisches Zahnärzteblatt, Heft 12/2009, S. 57-62.

[9] Hagemann-White, Carol/Kavemann, Barbara: Gemeinsam gegen häusliche Gewalt - Forschungsergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung der Interventionsprojekte gegen häusliche Gewalt, im Auftrag des Bundesfamilienministeriums 2004, S. 17/18.

[10] Pressemitteilung der FDP/DVP-Fraktion im Baden-Württembergischen Landtag, 08.03.2021, abrufbar unter: <https://fdp-dvp-fraktion.de/pressemitteilungen/weinmann-und-keck-haesusliche-gewalt-muss-entschiedener-bekaempft-werden/>, aufgerufen am 8.10.2021.

[11] Kury, Helmut: Das Dunkelfeld der Kriminalität. Oder: Selektionsmechanismen und andere Verfälschungsstrukturen, in: Kriminalistik 2/01, 55, Heidelberg 2001, S.74.

[12] Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, Istanbul, 11.5.2011.

[13] Antrag der Fraktion der Freien Demokraten im Bundestag, Frauenhäuser als Teil des staatlichen Schutzauftrages wahrnehmen, 10.12.2019, BT-Drucksache 19/15770.

[14] Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags, Frauenhäuser in Deutschland, 27.05.2019.

[15] ebenda.

[16] Frauenhauskoordinierung e. V., Qualitätsempfehlungen, für Frauenhäuser und Fachberatungsstellen für gewaltbetroffene Frauen, Berlin, Oktober 2014, S. 7.

[17] Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser, Pressemitteilung zum Weltfrauentag, 8. März 2019, abrufbar unter: https://www.autonome-frauenhaeuser-zif.de/sites/default/files/report_attachment/presseerklaerung_zif_8.3.2019.pdf; Auch der „Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.“ fordert eine bundesweit verbindlich gestaltete Finanzierung des Hilfesystems für gewaltbetroffene Frauen und Kinder, vgl.: Stellungnahme der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins anlässlich der Anhörung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung im Niedersächsischen Landtag zu Frauenhäusern für von Gewalt betroffene Frauen am 16. August 2018, 26. Juli 2018, abrufbar unter: https://m.deutscher-verein.de/de/uploads/empfehlungen-stellungnahmen/2018/dv-17-18_frauenhaeuser.pdf.

[18] Frauenhauskoordinierung e. V., Qualitätsempfehlungen, für Frauenhäuser und Fachberatungsstellen für gewaltbetroffene Frauen, Berlin, Oktober 2014, S. 7.

[19] Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen (Frauenhäuser), v. 18. Dezember 2014, abrufbar unter: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=10000000000000000425.

[20] Schweigler, Daniela, Die Finanzierung der Zuflucht im Frauenhaus zwischen Arbeitsförderungsrecht und europa- und völkerrechtlichen Vorgaben, 2018, in: Zesar, 2018, S. 109-118, abrufbar unter: <https://www.juris.de/r3/document>, S. 3. 22 BMFSFJ - Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen

[21] Schröttle, Monika et al., Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bielefeld, Frankfurt, Berlin, Köln, 2012.

Antrag 82/A053: Der Schutz Israels ist deutsche Staatsräson.

Antragsteller*in: KV Neustadt/A.

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der Schutz Israels ist deutsche Staatsräson, dies ist allgemeiner Konsens aller
- 2 demokratischen Parteien in Deutschland und Inhalt des AMPEL-Koalitionsvertrages.
- 3 Im Zuge der größtenteils staatlich finanzierten Documenta 15 in Kassel wurden
- 4 öffentlich verunglimpfende Hasserfüllte Bilder gezeigt und auch noch von den
- 5 Verantwortlichen verteidigt, welche in der Tradition der Nazihetzschrift Stürmer
- 6 standen. Juden und ins Besondere Israelis wurden als Mörder, Vergewaltiger, Dämonen
- 7 und Schweine dargestellt.
- 8 Ferner wird die palästinensische Autonomiebehörde jedes Jahr mit mehreren hundert
- 9 Millionen Euro deutschem Steuergeld bezuschusst. Mit diesem Geld werden
- 10 antisemitische Schulbücher finanziert, ebenso wie die sog. Märtyrerrenten für die
- 11 Angehörigen von Selbstmordattentäter und die „Ministerrenten“ für verurteilte
- 12 Terroristen, welche länger als 30 Jahre in Israel inhaftiert waren.
- 13 Ebenso wird die UNRWA jährlich mit mehreren hundert Millionen Euro Steuergeldern aus
- 14 Deutschland bezuschusst. Dieser Anteil ist in den letzten 15 Jahren um mehr als das
- 15 10-Fache gewachsen. Ein nicht geringer Anteil dieses Geldes, fließt nachweislich an
- 16 die Hamas, welche auch damit ihre Terrorherrschaft finanziert und unter anderem die
- 17 Terrorraketenangriffe auf die israelische Zivilbevölkerung finanziert.
- 18 Deutschland bekennt sich zu seiner historischen Verantwortung gegenüber Israel. Dies
- 19 darf kein bloßes Lippenbekenntnis sein und es darf erst recht nicht mit deutschen
- 20 Steuergeldern finanziert werden, wenn gegen die einzige rechtsstaatliche Demokratie
- 21 im Nahen Osten vorgegangen wird.
- 22 Die FDP Bayern möge beschließen, dass:
- 23 • staatliche Gelder aus Deutschland dürfen nie wieder an Organisationen fließen,
- 24 welche sich offen der Auslöschung Israels verschrieben haben, wie es unter
- 25 anderem bei der palästinensischen Autonomiebehörde sowie der Fatah und Hamas der
- 26 Fall ist.
- 27 • staatliche Gelder dürfen nicht länger an Institutionen gleichwelcher Art
- 28 fließen, welche das Existenzrecht Israels negieren, bestreiten oder gar
- 29 bekämpfen, die Zahlungen sind unverzüglich einzustellen und erst beim
- 30 gerichtsfesten Beweis des Gegenteils durch die betreffenden Organisationen
- 31 wieder aufzunehmen.
- 32 • offene Israelfeindlichkeit bei staatlich finanzierten Ausstellungen darf nicht
- 33 länger geduldet werden und muss zum umgehenden andauernden und vollständigen
- 34 Entzug der staatlichen Förderungen führen.

Antrag 82/A054: Friedliches Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen und Religionen in der BRD

Antragsteller*in:

KV Neustadt/A.

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Gemäß dem deutschen Grundgesetz hat jeder politisch Verfolgte Anspruch auf Asyl in
- 2 der BRD. Das ist absolut richtig und ein Leuchtturm der Freiheit. Gleichzeitig ist
- 3 die freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie die Religionsfreiheit für jedermann
- 4 grundgesetzlich garantiert.
- 5 Leider mussten in der CSD-Saison 2022 beinahe bei jedem CSD Übergriffe verbaler und
- 6 zunehmend auch körperlicher Art gegen queere Menschen welche sich offen zu ihrer
- 7 Natur bekannten, festgestellt werden. Der Mord an Malte C. welcher als Transmann ein
- 8 hohes Maß an Zivilcourage bewies und zwei lesbische Frauen gegen queerfeindliche
- 9 Anfeindungen verteidigte, stellte den traurigen Höhepunkt dar. Zum Entsetzen aller
- 10 stellte sich in diesem und beinahe allen anderen Fällen heraus, dass es sich bei dem
- 11 Täter um einen Asylbewerber handelte. Auch in Flüchtlingsunterkünften kommt es
- 12 regelmäßig zu Übergriffen auf queere Personen. Dies ist blanker Hohn für die
- 13 Betroffenen, umso mehr als diese häufig in die BRD geflüchtet sind, um nicht mehr
- 14 aufgrund ihrer queeren Natur verfolgt zu werden.
- 15 Ebenso wurden in der absoluten Mehrzahl der Übergriffe auf andere Religionen
- 16 insbesondere auf Menschen jüdischen Glaubens, Geflüchtete als Täter identifiziert. In
- 17 jedem einzelnen Fall handelte es sich um Personen, die vorher schon einschlägig
- 18 straffällig wurden.
- 19 Unser Grundgesetz bietet allen Menschen Schutz, vor diesem Hintergrund darf es nicht
- 20 geduldet werden, dass Personen, sich auf den Schutz desselbigen berufen, im Gebiet
- 21 der BRD ebenjenes für andere Menschen ad absurdum stellen.
- 22 Die FDP Bayern möge beschließen: das Asylbewerbergesetz wird dahin gehend geändert
- 23 wird, dass:
- 24 • Personen, welche Straftaten gegen die sexuelle Eigenbestimmung, das friedliche
- 25 Zusammenleben der Religionen oder die sexuelle Identität anderer begehen,
- 26 verlieren durch ihr eigenes Handeln das Recht auf Asyl in der BRD
- 27 • Diese Personen sind sofort in Haft zu nehmen und im umgehend erfolgenden
- 28 Verfahren rechtssicher zu verurteilen.
- 29 • Bei erfolgter Verurteilung, sind diese umgehend in Abschiebehaft zu überführen
- 30 und schnellstmöglich abzuschieben.
- 31 • Ferner sind diese Personen mit einer mindestens 10-jährigen Wiedereinreiseperr
- 32 für das Staatsgebiet der BRD zu versehen.
- 33 Der Schutz von Minderheiten gleichwelcher Couleur, darf nicht aufgeweicht werden,
- 34 indem man den vermeintlichen Schutz von Personen, die nicht bereit sind, anderen ihre

- 35 Rechte zu gewähren, höherstellt als die Rechte der Betroffenen.

Antrag 82/A055: Jährliche Anpassung des unpfändbaren Arbeitseinkommens und des Freibetrags auf Pfändungsschutzkonten (Grundfreibetrag).

Antragsteller*in:

KV Kempten

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Das unpfändbare Arbeitseinkommen, als auch der Freibetrag auf den
- 2 Pfändungsschutzkonten beträgt ab dem 1. Juli 2021 monatlich 1.259,99 Euro (bei 0
- 3 Unterhaltsberechtigten). Die Freibeträge werden alle 2 Jahre automatisch erhöht. Die
- 4 letzte Erhöhung betrug 80 Euro.
- 5 Unter gewissen Umständen kann der Freibetrag auf den Pfändungsschutzkonten erhöht
- 6 werden. Die gesetzliche Grundlage stellt § 850k Abs. 2 der Zivilprozessordnung (ZPO)
- 7 dar, welche eine Erhöhung in den folgenden Fällen zulässt:
- 8 • Erhalt von Kindergeld
- 9 • bei der Zahlung von Unterhalt an andere Personen
- 10 • Erhalt von einmaligen Sozialleistungen (beispielsweise, wenn das Jobcenter die
- 11 Kosten für eine Klassenfahrt übernimmt)
- 12 • Entgegennahme von Sozialleistungen für Personen, denen gegenüber der Schuldner
- 13 nicht unterhaltspflichtig ist (in Bedarfsgemeinschaften, z. B. bei
- 14 Patchworkfamilien)
- 15 Zusätzlich ist es möglich, den Pfändungsfreibetrag zu erhöhen, wenn wegen Krankheit
- 16 sogenannte Mehrbedarfzahlungen eingehen. Diese können laufend erfolgen, wie etwa das
- 17 Pflegegeld, oder nur einmalig gezahlt werden, beispielsweise wenn die Krankenkasse
- 18 eine Kostenerstattung vornimmt.
- 19 Derzeit ändern sich die Pfändungsfreibeträge alle 2 Jahre. Außerdem erhöht sich der
- 20 Pfändungsfreibetrag, wenn anderen Personen Unterhalt geschuldet wird.

Begründung

Aufgrund der rasant steigenden Lebenshaltungskosten, ausgelöst vor allem durch explodierende Energiekosten, muss auch diesem Bereich Rechnung getragen werden.

Gerade, durch eine Insolvenz, in Not geratenen Menschen haben durch die derzeit geltenden Freibeträge Schwierigkeiten,

Aus Sicht des Antragstellers sind 2jährige Anpassungen um je durchschnittlich 4 % nicht ausreichend.

Antrag 82/S001: § 33 Abs. 2 Landesfachausschüsse (Anzahl der Vertreter)

Antragsteller*in:	Junge Liberale Bayern, Liberale Hochschulgruppe Bayern, Liberale Frauen Bayern
--------------------------	--

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 § 33 Landesfachausschüsse Abs. 2 (e)-(h) der Landessatzung werden wie folgt neu
- 2 gefasst:
- 3 „(e) zwei Vertreter des Landesverbandes der Jungen Liberalen, soweit sie dem
- 4 Landesverband angehören;
- 5 (f) zwei Vertreter der Liberalen Hochschulgruppen, soweit sie dem Landesverband
- 6 angehören;
- 7 (g) zwei Vertreter der Liberalen Senioren, soweit sie dem Landesverband angehören;
- 8 (h) zwei Vertreterinnen der Liberalen Frauen, soweit sie dem Landesverband
- 9 angehören.“

10